



Deutsches Institut für Urbanistik



Jahresbericht 2011

Deutsches Institut für Urbanistik
Jahresbericht 2011



Impressum

Jahresbericht 2011

© 2012 Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15,
10969 Berlin

Telefon: 030/39 001-0
Telefax: 030/39 001-100
E-Mail: difu@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Redaktion:

Klaus J. Beckmann, Klaus-Dieter Beißwenger, Sybille Wenke-Thiem

Coverfotos:

Elke Postler, Doris Reichel, Wolf-Christian Strauss, Sybille Wenke-Thiem

Thomas Hampel (großes Foto: HafenCity Hamburg)

Das Difu dankt der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung für die freundliche Bereitstellung des Titelfotos

Teamfotos:

David Ausserhofer, Doris Reichel, Jennifer Rumbach, Wolf-Christian Strauss

Satz und Gestaltung:

Elke Postler, Berlin

Gestaltungskonzept:

hawemannundmosch, Agentur für Werbung und Designentwicklung, Berlin

Druck:

Spree Druck Berlin GmbH

Dieser Band ist auf hochweißem Recyclingpapier mit FSC-Zertifikat,
Blauem Engel und der EU-Blume gedruckt

Inhalt

Vorwort	5
A Einleitung	
Das Difu 2011: Weiter auf hohem Niveau und mit aktuellen Themen	9
B Forschung	
Städtebau und Stadtentwicklung	17
Wohnen	23
Bevölkerung und Soziales	25
Politik, Verwaltung und Recht	28
Wirtschaft	31
Finanzen und Investitionen	34
Infrastruktur	37
Mobilität	40
Kommunaler Umweltschutz	44
Nachhaltige Ressourcenwirtschaft	48
Steuerung und Aufgabenorganisation	51
C Fortbildung	
Difu-Veranstaltungen	56
Fahrradakademie	59
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)	60
D Wissensmanagement	
Veröffentlichungen/Redaktion	63
Internet, Datenbanken und IuK-Technik	66
E Organisation, Personal und Finanzen	
Organisation/Organigramm	70
Institutsleitung und Geschäftsführung	71
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	72
Personal	73
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	74
Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services	78
F Kontakte und Kooperationen	
Difu-Zuwender	83
Wissenschaftlicher Beirat	84
Mitgliedschaften, Gremien und weitere Aktivitäten	85
G Daten und Fakten	
Forschungsprojekte im Überblick	88
Veröffentlichungen	92
Veranstaltungen	96
Vorträge	98

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Jahresbericht 2011 des Difu: ein Nachweis der Kontinuität und der thematischen Aktualität!



Der dritte »neue« Jahresbericht – nach dessen Neugestaltung und dem Umzug des Difu an den Standort Zimmerstraße Ende 2009/Anfang 2010 – zeigt es anschaulich: Die Leistungsvielfalt des Difu ist gleichermaßen geprägt durch Kontinuität und Verlässlichkeit wie durch Anpassungsfähigkeit, Innovationskraft und Kreativität. Der Jahresbericht 2011 spiegelt auch wider, dass sich Themenschwerpunkte, Arbeitsorganisation und methodische Ansätze des Difu mit den Aufgaben und Problemen in den deutschen Städten und Gemeinden wandeln. Neben bewährten Difu-»Service-Basics« werden »alte« Themen wieder aufgegriffen – z.B. Bürgerbeteiligung und Partizi-

pation, Rolle von Zentren – und »neue« Themen in das Arbeitsprogramm und Leistungsportfolio integriert. Zu nennen sind hier etwa Elektromobilität, kommunaler Klimaschutz, öffentliche Fahrzeugangebote, Energiewende...

Als wandlungsfähig in der Kontinuität erweist sich das Difu nicht nur bei der thematischen Ausrichtung seiner Arbeitsfelder, sondern auch in der kritischen Reflexion und Prüfung neuer Gestaltungsprinzipien in den Städten – einige Stichworte hierzu: Dezentralität, Vernetzung, Selbststeuerung, Rekommunalisierung. Nicht zuletzt hat das Institut auch seine Mitarbeiterstruktur entsprechend angepasst und weiterentwickelt.

Es bleibt unser besonderes Anliegen, den deutschen Städten und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Aufgaben und Herausforderungen zur Seite zu stehen: durch die Ergebnisse und Erkenntnisse unserer anwendungsorientierten Forschung, mittels Aus- und Fortbildung, durch Print- und Online-Veröffentlichungen sowie mit Internetangeboten. Dabei werden vielfach auch Aufgaben des Bundes und der Länder unterstützt. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist hierzu Voraussetzung wie auch immer wieder erwiesene Realität – Grund genug, uns hierfür ganz herzlich bei unseren Kooperationspartnerinnen und -partnern zu bedanken.

Liebe Leserin, lieber Leser, auch für das Jahr 2012 sehen wir Ihrer kritischen Begleitung und Ihren vielfältigen Anregungen mit Interesse entgegen.



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer



Einleitung

Das Difu 2011:

Weiter auf hohem Niveau und mit aktuellen Themen

Das Difu 2011: Weiter auf hohem Niveau und mit aktuellen Themen

Während die Jahre 2009 und 2010 noch stark durch den strukturellen Wandel des Difu nach dessen Umstrukturierung 2008 geprägt waren, steht der Jahresbericht 2011 in erster Linie für die erfolgreiche Konsolidierung des Instituts: Dessen Forschungsergebnisse, Fortbildungsangebote, Veröffentlichungen und Dienstleistungsaktivitäten sind quantitativ und qualitativ stabil auf einem hohen Niveau. Das Jahr 2011 war zugleich das Jahr der schrittweisen und erfolgreichen Umsetzung neuer Perspektiven. Dazu trugen die forschenden Arbeitsbereiche genauso bei wie die Sachgebiete Personal, Haushalt/Finanzen, Allgemeine Verwaltung, EDV, Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit. Das Difu wird gefragt und gehört!

Davon zeugen z.B. die vielfältigen Forschungsprojekte in ihrer großen fachlichen Breite und hohen thematischen Aktualität. Die Difu-Veranstaltungsangebote werden intensiv nachgefragt. Die Difu-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter werden von verschiedensten politischen, fachlichen und gesellschaftlichen Akteuren der Stadtentwicklung um Vorträge oder um Beiträge in Veröffentlichungen gebeten, in fachliche und fachpolitische Gremien geladen. Die Liste der Mitgliedschaften und Aktivitäten ist ein beredtes Zeugnis dieser Wertschätzung von Kompetenzen und Erfahrungen, die im Difu versammelt sind. Neben Veröffentlichungen und Veranstaltungen als Difu-eigenen Produkten ist die Mitarbeit in Fachgremien und in fachlich orientierten Politikgremien zu einem wesentlichen Strang für die Verbreitung von Forschungsergebnissen und von praktischem Know-how geworden.

Die Erfolge des Difu und die Anerkennung, die seine Arbeit erfährt, beruhen auf der fachlichen Kompetenz, dem Engagement, der Effizienz und der großen Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie nicht zuletzt auf deren Freude an der Arbeit. Dafür gebührt ihnen große Anerkennung.

Die positiven Rückkopplungen aus den Zuwerderstädten, aus dem Sitzland Berlin und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) als den institutionellen Zuwendern sind gleichermaßen Lohn für das Engagement wie Ansporn für den weiteren Einsatz, für Innovation und Kreativität bei Stabilität und Verlässlichkeit. Das Difu ist auch deswegen so erfolgreich, weil es gute und engagierte Partner hat – sei es in den Fachgremien des Deutschen Städtetages oder im Wissenschaftlichen Beirat, sei es als Kooperationspartner in Forschungs-

projekten oder bei Veranstaltungen, sei es in den einzelnen Städten oder den Fachministerien auf Bundes- und Landesebene.

Fachliche Vielfalt und »Marken« des Difu

Die fachliche Breite der Forschung und Fortbildung korrespondiert mit der Breite der Aufgabengebiete in den Kommunen. Das Difu wählt seine Themen vor allem nach dem Prüfkriterium aus, ob es damit einen maßgeblichen Beitrag zur nachhaltigen sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Regionen leisten kann. Die bearbeiteten Fragestellungen resultieren vor allem aus strukturell veränderten Problemlagen:

- Bevölkerungsabnahme und strukturelle Alterung (demografischer Wandel),
- Migration, soziale Spaltung und Erfordernisse der Integration,
- wirtschaftsstruktureller Wandel und neue wirtschaftliche Zukunftsfelder,
- Energiewende, Energieeffizienz und Einsatz regenerativer Energien,
- Klimaschutz (»mitigation«) und Klimafolgenbewältigung (»adaption«),
- neue Organisations-, Bau- und Betriebsformen kommunaler Infrastrukturen, intelligenter Technologieeinsatz (»smart cities«),
- Schwäche der kommunalen Haushalte sowie neue Formen und Partnerschaften der Leistungserbringung,
- technologische Innovationen in den Bereichen Energie, Kommunikation und Mobilität,
- Prozessorganisation, Partizipation bei Vorbereitung, Entscheidung, Durchsetzung und Umsetzung von städtebaulichen Großprojekten oder Infrastruktur-Großprojekten, d.h. Wandel der Rollen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft,
- Verstärkung der Individualisierung von Lebensweisen, Konsum und Teilnahme,
- Verstärkung dezentraler und informationsgesteuerter Leistungserbringung und Leistungssysteme sowie
- Renaissance der Städte und Re-Urbanisierung in den Funktionsbereichen Wohnen, Arbeiten, hochwertiger Handel, Kultur und Freizeit.

Dabei finden vor allem die veränderten Rollen und Beteiligungen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft Beachtung – bei gleichzeitiger Stärkung und Profilierung der Aufgaben und Rollen von Rat und Verwaltung als »repräsentativ-demokratisch« legitimierten Gremien. Im Vordergrund der

wissenschaftlich-praktischen Betrachtung stehen Langfristaspekte: im Hinblick auf nachhaltige Stadtentwicklung, Infrastrukturgestaltung und Verkehrsentwicklung, auf kommunale Finanzausstattung und Wirtschaftsentwicklung, auf nachhaltige Entwicklung von lokalem Gesellschafts- und Sozialsystem.

Die steigenden, sich strukturell verändernden Anforderungen an Aktivitäten, Strategien, Organisation und Verfahren in Städten stehen zunehmend in einem Spannungsverhältnis zur kommunalen Haushaltslage. Insofern bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen, Aufgaben, Verfahren und Instrumenten einer nachhaltigen kommunalen Finanz- und Infrastrukturplanung. Die Betrachtung auf den kommunalen Kernhaushalt zu beschränken, erscheint dabei nicht (mehr) angemessen. In den Blick genommen werden muss vielmehr der gesamte »Konzern Stadt« mit allen seinen (ausgegliederten) Teilen: der kommunalen Wohnungswirtschaft, der technischen Infrastruktur (Energie, Wärme, Wasser, Abwasser, Verkehr, öffentlicher Personennahverkehr), einigen Teilen der sozialen Infrastruktur (Kindergärten, Schulgebäuden, Krankenhäusern) und vor allem den Betriebsämtern für Bau und Betrieb von Liegenschaften.

Projektcluster verstärkt und neue Themenfelder erschlossen

Im Jahr 2011 konnten 32 Projekte abgeschlossen werden – acht von ihnen waren institutionell finanziert und dienten dazu, neue Themenbereiche zu erschließen; die anderen Projekte wurden durch unterschiedliche Auftraggeber finanziert.

Difu-Projektergebnisse fanden mittels Veröffentlichungen, Vorträgen, Fortbildungsveranstaltungen und sonstigen Verbreitungsformen Eingang in wissenschaftliche, fachpolitische und planungspraktische Diskussionen. Beispielhaft seien in diesem Zusammenhang folgende Difu-Projekte genannt:

- Evaluation der Modellregionen »Elektromobilität« des BMVBS,
- Stärken-Schwächen-Analyse der Ausbildung zum Höheren Technischen Verwaltungsdienst und Erarbeitung einer Handlungs- und Marketing-Strategie,
- Leitfaden Kommunalen Klimaschutz,
- Klimagerechte Stadtentwicklung,
- Expertise zum Raumordnungsgesetz Sachsen-Anhalt,
- Städtebauförderung und Doppik,
- 5. Bundeswettbewerb Suchtprävention,
- Fachgutachten Mittelkürzungen im Programm »Soziale Stadt«,
- Evaluation des Programms »Soziale Stadt« am Beispiel Leipziger Osten,
- Programme des Bundes für die nachhaltige

- Stadtentwicklung und »Soziale Stadt«,
- Stadt der kurzen Wege.

Folgende grundfinanzierte Projekte dienten unter anderem dazu, neue Themenfelder zu erschließen und praxisbezogene Handreichungen zu erarbeiten:

- Neue Formen und Prozesse der Information und Beteiligung bei städtebaulichen und infrastrukturellen Großprojekten,
- Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht,
- Rekommunalisierung von Leistungsbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge,
- Argumentationsstrategien für den ÖPNV,
- Umfrage »Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Klimawandel in Kommunen«,
- Sicherung der Nahversorgung in Mittel- und Großstädten.

Gleichzeitig gelang es 2011, eine Reihe von Projekten erfolgreich zu akquirieren:

- Fortführung der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) (für 2012 und 2013),
- Bausteine der Fortführung der Bundestransferstelle »Soziale Stadt«,
- Bilanz der Umsetzung der Leipzig-Charta in verschiedenen europäischen Staaten,
- Evaluation des Förderprogramms »Stadtumbau West«,
- Expertise zur Evaluierung des Flächennutzungsplans Berlins,
- Umgang mit naturschutzrechtlichen Ausgleichserfordernissen bei der Nachnutzung von Konversionsflächen,
- Gutachten zu den Auswirkungen von Flughäfen am Beispiel Berlin-Brandenburg BER,
- Grundkonzeption für eine zukunftsfähige Bundesverkehrswegeplanung,
- Fortschreibung Nationaler Radverkehrswegeplan NRVP 2.0,
- Investitionsbedarf des alters- und demografiegerechten Umbaus der Infrastruktur von Städten und Gemeinden,
- Demografischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz,
- Demografischer Wandel und Klimaschutz,
- Zertifizierung Europafähige Kommune,
- Untersuchung der Kostenbeteiligung Dritter an den Infrastrukturkosten von Baumaßnahmen,
- Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum,
- Transnationale Projekte zu Mobilität und Verkehr,
- Expertise Stadtentwicklungsmonitoring,
- Vorbereitung eines Deutschen Nachhaltigkeitspreises für Städte.

Im Rahmen der Projektakquise wie auch bei der Bearbeitung sogenannter interner Projekte – sie werden aus institutionellen Mitteln finanziert –

Themencluster und thematische Schwerpunkte

Baulich-räumliche Stadtentwicklung, Wohnen und Recht

- Städtebau, Stadtumbau, Denkmalschutz und Baukultur
- Wohnen
- Bau- und Planungsrecht
- Evaluation von Politikprogrammen
- Sicherheit in der Stadt

Soziale Stadtentwicklung

- Bildung und Stadt(teil)entwicklung
- Soziale Ungleichheit und stadträumliche Fragmentierung
- Familie und Jugendhilfe
- Migration und Integration von Zuwanderern
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Ältere Menschen in der Stadt
- Schule und (Aus-)Bildung

Hauptfokus: Zukunft der Städte und Stadtregionen, Internationales

- Kommunale Aufgabenerfüllung im Wandel, Rekommunalisierung
- Modernisierung und Ökonomisierung der Verwaltung
- Governance und Konzern Stadt
- Neue Anforderungen an Planung, Steuerung, Beteiligungsformen (formell/informell) und Überwachung der Leistungserbringung
- Integrativer Steuerungs- und Handlungsansatz in der Stadtentwicklung
- Interkommunale und regionale Kooperation
- Europäische und internationale Kooperationen

Umwelt

- Klimaschutz und Energiemanagement
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel
- Stoffstrommanagement und Abfallwirtschaft
- Luftreinhaltung und Lärminderung
- Flächenkreislaufwirtschaft und Bodenschutz
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Umweltrecht

Wirtschaft und Finanzen

- Strategien kommunaler Wirtschaftspolitik in der Wissensgesellschaft
- Wirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung
- Kommunale Infrastruktur und Finanzplanung
- Investitionen und Finanzen
- Innovation und Technologien

Mobilität und Infrastruktur

- Infrastruktur/Daseinsvorsorge
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Mobilitäts- und Verkehrsmanagement
- Rechtsfragen der Daseinsvorsorge und des Straßenverkehrs
- ÖPNV, Fahrradverkehr, Fußverkehr
- Städtischer Wirtschaftsverkehr



Aktuelle Forschungsthemen des Difu

gilt: Das Difu ist neben der Sicherung der Vielfalt und der Aktualität der Themen bestrebt, einige »thematische Marken« zu stärken und weiterzuentwickeln. Dies gilt für folgende Themenbereiche:

- Planungsrechtsnovellen, z.B. Vorbereitung durch Planspiele,
- Bundestransferstelle »Soziale Stadt«,
- Fahrradportal, Fahrradakademie, Begleitung des Nationalen Radverkehrsplans, Seminare »Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten«,
- »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«,
- Wettbewerb »Kommunale Suchtprävention«,
- Kommunale Finanz- und Investitionssituation, Infrastrukturbedarf in Städten und Gemeinden,
- Evaluierung von Politikprogrammen,
- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe.

Wirtschaftliche Situation: stabil und solide

Das Difu konnte seine Leistungserträge in 2011 stabilisieren: Sie beliefen sich auf 4,66 Mio. Euro

(2010: 4,86 Mio. Euro). Dies unterstreicht die hohe Leistungsfähigkeit im Bereich der Forschungsprojekte – gleichermaßen getragen durch einige größere, mehrjährige Projekte (z.B. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Fahrradakademie/Nationaler Radverkehrsplan, Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz) und eine Vielzahl von Einzelprojekten unterschiedlicher Projektförderer und großer thematischer Breite. Die Projekteinnahmen betrugen 4,3 Mio. Euro (2010: 4,0 Mio. Euro) und machen damit 52 Prozent der Gesamteinnahmen des Difu aus (siehe zu den Details Teil E unter »Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services«).

Die Beiträge der Zuwanderstädte blieben mit 1,5 Mio. Euro nahezu konstant, trotz der Austritte von Wiesloch und Fürth, bei intensiverer Beitragsvorbereitung seitens Freiburg und Augsburg. Der Bund (BMVBS) und das Land Berlin leisteten wie in den Vorjahren Zuwendungen in Höhe von je 677,4 Tsd. Euro.

36 Difu-Veröffentlichungen und 5 AGFJ-Publikationen runden das Leistungsbild ab. Hinzu

Leitbild des Difu

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 auf Initiative von Städten aus dem Deutschen Städtetag (DST) als Nachfolger des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums gegründet. Es ist das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum, erbringt vielfältige Dienstleistungen für die Kommunen und hat Standorte in Berlin und Köln. Das Difu ist eine Solidareinrichtung der Städte und wird durch mehr als 100 Kommunen sowie die institutionellen Zuwender Bund und Land Berlin gefördert. Zudem wirbt das Difu projektbezogene Forschungsmittel ein. Alleiniger Gesellschafter des gemeinnützigen Instituts ist der Verein für Kommunalwissenschaften (VfK).

■ Unser Selbstverständnis

Das Deutsche Institut für Urbanistik versteht Städte als kulturellen Ausdruck der in ihnen lebenden Menschen.

Das Difu sieht sich in der Tradition der europäischen Stadt. Es trägt durch seine Arbeit zu einem demokratisch verfassten Gemeinwesen sowie zur Stärkung der lokalen Demokratie bei. Ein funktionierendes Gemeinwesen ist Voraussetzung für eine sozial gerechte Verteilung von Lebenschancen, ressourcenschonende Wirtschaftsweisen und den Schutz der natürlichen Umwelt. Das Difu hat die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger im Blick und unterstützt mittelbar deren Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Das Difu fühlt sich den Aufgaben und Interessen der deutschen Kommunen und dem Gemeinwohl verpflichtet. Es versteht sich als „Think Tank“ und Impulsgeber für die deutschen Städte und Gemeinden. Das Difu ist in seiner Arbeitsweise und seinen Ergebnissen unabhängig.

Das Difu ist innovativ. Es versteht sich als lernende Organisation und wandelt sich mit seinen Aufgaben, Themen und Produkten. In seiner Forschung denkt es voraus und berücksichtigt die künftigen Herausforderungen der Städte und Gemeinden. Sein Ziel ist es, produktive Ideen in die Kommunen hineinzutragen und die Städte und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Zukunftsaufgaben zu unterstützen.

Das Difu ist Mittler zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis. Es erbringt Forschungs- und Serviceleistungen in exzellenter Qualität. Die Arbeitsergebnisse des Difu sind fundiert und belastbar. Sie lassen sich verlässlich in der Praxis der Städte und Gemeinden anwenden.

Das Difu ist in Forschung und Kommunen gleichermaßen gut vernetzt. Es bringt als aktiver Partner fachliche Expertise in diese Netzwerke ein und nimmt Impulse auf.

Das Difu ist ein Ort des Erfahrungs- und Informationsaustausches für Städte und Gemeinden. Es ist ein Netzknoten der kommunalen Familie und bietet Verwaltung und Politik, aber auch Zivilgesellschaft und Wirtschaft ein Forum.

kommen kundenorientierte Produkte aus einzelnen Forschungsprojekten. Es wurden 29 Seminare (2010: 33 Seminare) mit 1293 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (2010: 1489) erfolgreich durchgeführt. Unter anderen wurden dabei folgende Themenfelder aufgegriffen: übergreifende Stadtpolitik, Städtebau, Steuerung in Kommunen, Bildung/Kultur/Denkmalpflege, Verkehr, Wirtschaft, Infrastruktur. Das Difu-Internet-Angebot basiert auf 14 Websites (Domains). Die Vielzahl der Aufrufe (durchschnittlich 2,3 Mio. pro Monat) ist ein Indiz für den Plattformcharakter des Difu-Internet-Angebots.

Am 31.12.2011 waren im Difu 123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit beschäftigt (2010: 110), unter ihnen 58 Zeitkräfte.

Organisatorisch wurde Herr Dr. Grabow neben der Leitung des forschenden Bereichs »Wirtschaft und Finanzen« mit Aufgaben der kaufmännischen Geschäftsführung betraut. Herr Dr. Bunzel, Leiter des Bereichs »Stadtentwicklung, Recht und Soziales«, hat auch die Funktion des Vertreters des wissenschaftlichen Direktors inne.

Um seine wissenschaftlichen und Serviceleistungen bedarfsgerecht zu erbringen und damit auch die wirtschaftliche Situation auf Dauer zu si-

chern, führte das Difu 2011 eine Kunden- und Nutzerbefragung bei Städten und Gemeinden durch. Auf Grundlage der Ergebnisse wurde beim jährlichen Ansprechpartnertreffen eine breite Diskussion geführt: zum Image des Instituts, zur Qualität seiner Produkte und Leistungen sowie zu den Gründen für eine Zuwenderschaft. Im Ergebnis zeigte sich: Das Urteil ist überwiegend positiv. Optimierungspotenziale wurden ausgemacht mit Blick auf die Bekanntheit einzelner Produkte und die Themenauswahl.

Difu-Institutsstrategie 2020 – ein langfristiger Arbeitsprozess für die Zukunft

Ein Kernelement der Difu-Institutsstrategie 2020 – das Leitbild – konnte in den Jahren 2010 und 2011 erarbeitet und verabschiedet werden. Es beschreibt Selbstverständnis, Arbeitsweise und Unternehmenskultur des Instituts und seiner Beschäftigten (siehe Kasten Leitbild) und bildet die auf die Zukunft gerichtete Perspektive für das Difu.

Die Institutsstrategie definiert einen Handlungsrahmen, in den sich eine Reihe strategischer Projekte (»Strategiebausteine«), Handlungsansätze und Maßnahmen einordnet. Diese werden schrittweise konkretisiert, umgesetzt und eval-

► Unsere Arbeit

Das Deutsche Institut für Urbanistik orientiert sich in seiner Forschung und seinen Dienstleistungen an den Anforderungen, denen sich die Kommunen als Kunden und Partner des Instituts gegenübersehen. Es bezieht seine Arbeit auf aktuelle Themen, zugleich ist seine Forschung vorausschauend. Es unterstützt die Städte und Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben durch anwendungsorientierte Forschung, durch Fortbildung, Wissenstransfer und Handlungsempfehlungen. Seine Arbeit ist durch große Praxisnähe gekennzeichnet.

Das Difu befasst sich mit den vielfältigen Handlungsfeldern nachhaltiger ökonomischer, ökologischer, sozialer, kultureller, baulicher und städtebaulicher Entwicklung der Kommunen einschließlich deren Steuerung und Aufgabenorganisation.

Das Difu unterstützt das Zusammenwirken von demokratisch legitimierten Gremien, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Es arbeitet zugleich an den Schnittstellen der föderalen Ebenen zwischen Bund, Ländern, Kommunen und der Europäischen Union.

Das Difu nutzt und entwickelt Methoden und Kommunikationsformen der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure. Es gibt Empfehlungen zur Verbesserung des inhaltlichen und prozessualen Handelns von Politik und Verwaltung. Sie sind wesentliche Bestandteile der Leistungen des Instituts. Die Arbeit des Difu ist gekennzeichnet durch Interdisziplinarität, ein enges Zusammenwirken von Forschung und Praxis sowie die Kooperation mit nationalen und internationalen Partnern.

► Unsere Unternehmenskultur

Das Deutsche Institut für Urbanistik bietet seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern attraktive Arbeitsplätze und schafft bestmögliche Rahmenbedingungen zur Realisierung unterschiedlicher Arbeitsformen für verschiedene Lebenssituationen. Das Difu verwirklicht die Chancengleichheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und geht auf spezifische Bedürfnisse der Beschäftigten ein.

Die Arbeit am Difu ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit, Kollegialität und solidarischem Miteinander. Dies findet seinen Ausdruck insbesondere in einer offenen Kommunikation sowie einer wertschätzenden Diskussions-, Feedback- und Anerkennungskultur. Die Führungskräfte stellen die Nachvollziehbarkeit und Transparenz von Entscheidungen sicher und nehmen ihre Führungsverantwortung aktiv wahr.

Das Difu sieht die unterschiedlichen Qualifikationen und Kompetenzen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als wertvollste Ressource seiner Arbeit an. Es trägt durch seine Arbeitsformen und Organisationsstrukturen dazu bei, diese möglichst produktiv zu nutzen und vorhandene Potenziale zu entwickeln. Das Difu fördert konsequent die Fähigkeiten und Qualifikationen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu setzen ihre Kompetenzen ergebnis- und serviceorientiert ein. Sie gehen mit Ressourcen verantwortlich um und arbeiten effektiv und effizient.

liert – in einem Wechselwirkungsprozess von »Bottom-up«- und »Top-down«-Aktivitäten. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten diese zukunftsorientierten Aktivitäten durchaus auch ein Mehr an Arbeitsbelastung. Für das diesbezügliche Engagement sei den Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Als erster Strategiebaustein wurde das »Personalentwicklungskonzept« im Sommer 2011 mit einer Gesamtbetriebsvereinbarung abgeschlossen – seine Ziele: die Führungs- und Entscheidungskultur weiterzuentwickeln, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt weiter zu qualifizieren und das Qualifikationsprofil des Instituts optimal an die sich verändernden Anforderungen anzupassen. Zentrales Instrument ist das Mitarbeiter-Jahresgespräch, weitere Bestandteile sind die »Gesundheitsförderung« und der »interne Wissenstransfer«. Das Personalentwicklungskonzept wird in seinen Details laufend umsetzungsbezogen angepasst.

Der zweite Strategiebaustein – das »Fortbildungskonzept« – ist ebenfalls weit gediehen. 2011 ging es dabei vor allem um die weitere Ausgestaltung der Moderationskompetenzen in der Difu-Mitarbeiterschaft, um die Verfahren der Themengewinnung für die Jahresprogramme und um die An-

schaffung einer bereichsübergreifend einsetzbaren Tagungssoftware. Insgesamt ist die (Neu-)Etablierung der Marke »Fortbildung am Difu« erfolgreich gelungen.

Als dritter Strategiebaustein wurde im Jahr 2011 eine »Kosten-Leistungs-Rechnung« für das Difu erarbeitet und technisch implementiert. Mit dem 01.01.2012 startet die Probephase, eine Betriebsvereinbarung über die endgültige Einführung ist in Arbeit.

Ein vierter Strategiebaustein startete 2011 mit dem Ziel, Leistungsprofil wie Produkte und Organisation im Bereich »Wissensmanagement« zu prüfen und anzupassen. Wichtige Grundlagen hierfür liefern unter anderem Erkenntnisse und Anregungen aus dem Strategiebaustein »Image, Kundenurteile und Kundenpflege«. Zu ihm gehörten 2011 eine Befragung von politischen Entscheidungsträgern (Stadtspitze, Fraktionsvorsitzende) und Fachbereichsleitungen in den Städten sowie das Difu-Ansprechpartnertreffen in Mannheim.

Der sechste Strategiebaustein »Themen- und Forschungskonzepte 2020/2030« dient dazu, die mittel- und langfristig zu bearbeitenden Forschungsfelder zu spezifizieren. Ein erster

Entwurf benennt folgende Problem- und Themencluster:

- »Bewältigung der sozialen Spaltung in den Städten – Städte als Lebensorte« mit Themenschwerpunkten wie Bildung und Ausbildung im sozialräumlichen Zusammenhang, ethnische und altersstrukturelle Integration, Gesundheitsschutz und Gesundheitsvorsorge, Wohnungspolitik und Wohnraumbereitstellung, verkehrliche Entwicklung zur Teilhabe und Teilnahme;
- »Städte als Kristallisationsebene – Neue Formen des Zusammenwirkens von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft« mit Themenfeldern wie Neubestimmung der Rollen, der Verantwortungsteilung und des Zusammenwirkens, Gestaltung von Informations-, Beteiligungs- und Kooperationsprozessen, Trägerschaft von Infrastrukturen und Leistungen, intraregionale Kooperations-, Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen;
- »Wandel kommunaler Aufgaben und integratives Management konzeptioneller Politik« mit Handhabung der Finanzierungsengpässe, steigender Komplexität und Unsicherheit, neuen Aktionsnetzwerken und Kooperationsformen, Renaissance der öffentlichen Wirtschaft;
- »Daseinsvorsorge und Infrastruktur-Umgestaltung von Infrastruktursystemen« mit Anforderungen aus demografischem und sozialem Wandel, Veränderung der Lebensweisen, Finanzkrise und Schuldenbegrenzung, Klimawandel und Klimaanpassung, Energiewende, Bedeutungsgewinn dezentraler Strukturen und postfossiler Mobilität (»Elektromobilität«);

- »Städte als Labore nachhaltiger Finanzierung – Anforderung an Finanzverfassung, Finanzplanung und Leistungsbereitstellung« mit Themen wie strategische kommunale Finanz- und Infrastrukturplanung, Finanzbedarf, neue Finanzierungsformen, Public-Private-Partnerships, Ausgestaltung von Stadt-Umland-Partnerschaften.

Um die inhaltlichen Schwerpunkte weiter zu profilieren, werden neben Nutzer- und Kundenbefragungen vor allem Diskussionen in der Gesellschafterversammlung sowie der fachliche Austausch mit dem Wissenschaftlichen Beirat, in Gremien des Deutschen Städtetages und mit dem BMVBS intensiv genutzt.

Für den siebten Strategiebaustein »Betriebsatmosphäre/Unternehmenskultur« erarbeitet eine Difu-Arbeitsgruppe Vorschläge, wie sich die Arbeitsbedingungen am Institut für die verschiedenen Mitarbeitergruppen mit Blick auf Motivation und Gesundheitsförderung weiter verbessern lassen.

Fazit

Zum Jahreswechsel 2011/2012 ist das Difu gut aufgestellt, um für die Städte und Gemeinden, für die institutionellen Förderer Bund (BMVBS) und Land Berlin, aber auch für Projektförderer weiterhin fruchtbare Leistungen zu erbringen. Das Difu wird auch ein interessanter und qualifizierter Partner für andere Forschungseinrichtungen sowie für Akteure der Aus- und Fortbildung bleiben. Für die dem Institut zuteil gewordene Unterstützung, für das ihm entgegengebrachte Vertrauen – beides unerlässlich für den Erfolg – sei hier ausdrücklich gedankt.



Forschung

Städtebau und Stadtentwicklung

Wohnen

Bevölkerung und Soziales

Politik, Verwaltung und Recht

Wirtschaft

Finanzen und Investitionen

Infrastruktur

Mobilität

Kommunaler Umweltschutz

Nachhaltige Ressourcenwirtschaft

Steuerung und Aufgabenorganisation



v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann, Stephanie Bock, Detlef Landua, Daniela Michalski, Thomas Franke, Jessika Sahr-Pluth, Wolf-Christian Strauss, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Bettina Reimann, Christa Böhme, Gregor Jekel, Arno Bunzel
Foto: David Ausserhofer.

Im Fokus dieses Difu-Themenbereichs stehen die bauliche, baukulturelle und funktionale Entwicklung der Städte. Ganz zentral sind zudem stadtentwicklungspolitische Themen, etwa die soziale Stadtentwicklung, die Umsetzung des Prinzips Nachhaltigkeit sowie die Nutzung sozialräumlicher und integrativer Steuerungsmodi für Politik und Verwaltung. Angesichts der fortschreitenden Zersiedelung des Umlands, des damit verbundenen »Flächenverbrauchs« (siehe auch »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA« und »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft«), des demografischen Wandels, der Erfordernisse von Klimaschutz und Klimaanpassung, der Energiewende sowie des Strukturwandels in der Wirtschaft wird der Innenentwicklung von Städten große Bedeutung beigemessen. Hohe Aufmerksamkeit genießen auch Aufgaben der Stadterneuerung mit einem umfassenden Ansatz, Stichworte hier: Stadtumbau, Soziale Stadt, Erneuerung sozialer und technischer Infrastruktur.

Strategische Ausrichtungen: Integrierter Ansatz und Nachhaltigkeit

Auf den in der Stadtentwicklungspolitik zentralen strategischen Elementen »des Integrierten« und der »Nachhaltigkeit« basieren auch die von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam entwickelte Nationale Stadtentwicklungspolitik

sowie die »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt«. In diesen Zusammenhang ordnet sich das Difu-Projekt »Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt« ein, das 2011 abgeschlossen wurde. Ziel war es, Programme des Bundes aller Ressorts für die nachhaltige Stadtentwicklung und die Soziale Stadt zu recherchieren und Potenziale für deren bessere Bündelung zu ermitteln. Die Ergebnisse erleichtern den Akteuren vor Ort die häufig aufwändige Bündelung der verschiedenen Förderaktivitäten.

Veröffentlichung: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (Bearbeitung: Hollbach-Grömig, Beate, Christa Böhme, Hanna Blieffert und Holger Floeting, alle Difu): Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt (BMVBS-Online-Publikation 3/2012).

Die Difu-Untersuchung mit dem Titel »5 Jahre Leipzig Charta – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt« stellt die deutsche Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik stärker in den internationalen Fokus. Dabei soll bilanziert werden, inwieweit von diesem Beschluss Impulse für eine integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU und den Beitrittskandidaten ausgegangen sind. Die Ergebnisse sollen unter anderem in eine

Konferenz zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik einfließen, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) für den Herbst 2012 plant.

Die Publikation »Städte für ein nachhaltiges Deutschland« – vom Difu im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung auf Veranlassung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs »Nachhaltige Stadt« erarbeitet – zeigt erfolgreiche Umsetzungsbeispiele für nachhaltiges Handeln aus den beteiligten Städten auf. Im Mittelpunkt stehen kommunale Strategien, Steuerungs- und Managementansätze, mit denen sich Nachhaltigkeitsziele verwirklichen lassen. Es geht um zukunftsfähige Entwicklungsvorhaben und deren Organisation, um die Festlegung von Verantwortlichkeiten, um Beteiligung und Mitwirkung, um Möglichkeiten, nachhaltige Stadtentwicklung finanziell abzusichern und tragfähige Haushalte zu planen. Nicht zuletzt geht es um die Rahmenbedingungen, die Städte und Gemeinden für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort brauchen.

Veröffentlichung: Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (Autoren: Grabow, Busso, Klaus-Dieter Beißwenger, Stephanie Bock, Lisa Melcher und Stefan Schneider, alle Difu): Städte für ein nachhaltiges Deutschland – Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, Berlin 2011.

Programme als lernendes System: Evaluation in der Stadtentwicklung

Evaluationen werden im Bereich der Stadtentwicklung immer wichtiger – dies nicht nur aufgrund von § 104b Grundgesetz, wonach der Einsatz von Mitteln der Städtebauförderung zu überprüfen ist. Kommunen sind sehr daran interessiert, die Wirkungen von Projekten und Maßnahmen der Stadtentwicklung solide einzuschätzen (Ergebnis- oder summative Evaluation) bzw. bei laufender Umsetzung Rückkopplungen zu erhalten, inwieweit die Steuerung zu modifizieren ist (Prozess- oder formative Evaluation). Dafür steht eine Reihe von Einzelmethoden aus der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, etwa Dokumentenanalyse, schriftliche Befragung und leitfadengestütztes (Gruppen-)Interview. Das Difu hat 2011 mehrere Evaluationsprojekte durchgeführt:

Evaluation der integrierten Quartiersentwicklung im Leipziger Osten

Seit 1999 werden im Leipziger Osten Förderprogramme für eine (integrierte) Quartiersentwicklung umgesetzt – allen voran das Programm Soziale Stadt. Zur Fortschreibung des zugrunde liegenden Integrierten Entwicklungskonzeptes

(IEK) führte das Difu 2010 und 2011 eine Evaluation durch und unterstützte als »senior expert« die Stadt Leipzig bei der laufenden Anpassung des Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes für den Leipziger Osten (InSEK LeO).

Veröffentlichung: Franke, Thomas, und Christa Böhme: Evaluation Programmumsetzung Soziale Stadt im Leipziger Osten. Evaluationsbericht – Kurzfassung, Berlin 2011.

Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West

Das BMVBS hat gemeinsam mit den Ländern eine Evaluierung des Städtebauförderungsprogramms Stadtumbau West veranlasst. In Vertretung des BMVBS beauftragte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) das Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+ Partner und das Difu mit der Evaluierung des Programms. Nach fast siebenjähriger Laufzeit wurde überprüft, inwieweit sich das Programm als geeignet erweist, den städtebaulichen Auswirkungen des Strukturwandels wirksam – auch präventiv – zu begegnen und die Attraktivität westdeutscher Städte und Gemeinden zu steigern. Kontinuierlich begleitet wurde die Evaluierung von einer Lenkungsgruppe, in der Bund, Länder und Kommunen sowie Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Finanzwirtschaft, Projektentwicklung, Verbände und Wissenschaft vertreten waren. Die Evaluierung wurde Ende 2011 mit Empfehlungen zur weiteren Ausgestaltung und Fortführung des Programms abgeschlossen. Das Gutachten (Bearbeitung im Difu: Bettina Reimann, Gregor Jekel, Klaus J. Beckmann) wird Anfang 2012 veröffentlicht.

Vortrag: Beckmann, Klaus J., und Martina Buhtz: »Ergebnisse der Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West«; Kongress »Stadtumbau West: Motor des Strukturwandels – Ergebnisse der Evaluierung«, 3. November 2011, Berlin.

Expertise zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt

Die Bundesregierung hat im Haushaltsjahr 2011 die Bundesmittel im Städtebauförderungsprogramm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« von rund 95 Mio. Euro auf knapp 29 Mio. Euro reduziert. Außerdem ist die Förderung von Modellvorhaben zur Durchführung sozial-integrativer Maßnahmen in der Gebietskulisse der Sozialen Stadt nicht mehr möglich. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Difu ein Brennpunktseminar zur »Zukunft der Sozialen Stadt«. Darüber hinaus erstellte das Difu im Auftrag des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Fachgutachten zu den Auswir-

kungen der Kürzungen. Für die Untersuchung wurden Daten der beim Difu angesiedelten Bundestransferstelle Soziale Stadt sowie verschiedene Evaluationsberichte analysiert. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen jedoch die Ergebnisse von Experteninterviews mit Programmverantwortlichen auf Länder-, kommunaler und Projektebene.

Veröffentlichung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hrsg.) (Bearb. im Difu: Franke, Thomas): Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt: Sind die Entwicklung benachteiligter Stadtteile und lokale Integrationsprozesse gefährdet? Bonn 2011.

Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung

Seit 1993 werden in benachteiligten Quartieren Nordrhein-Westfalens Vorhaben der integrativen Stadtteilentwicklung umgesetzt – seit 1999 im Zuge des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt. Da die Gebiete nur über einen begrenzten Zeitraum gefördert werden können – seit 2006 ist dies in Artikel 104b des Grundgesetzes festgeschrieben –, wird das Thema Sicherung und Selbstständigkeit tragfähiger Strukturen in den Quartieren zunehmend relevant. Vor diesem Hintergrund erarbeitete das Difu im Auftrag der Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU) und des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MWEBWV) eine zweisprachige Broschüre. In ihr werden Ansätze zur Verstetigung sowie gute Beispiele für deren Umsetzung in Nordrhein-Westfalen dargestellt.

Veröffentlichung: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (Bearb. im Difu: Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss): Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2011.

Zentral für die Innenentwicklung: Stadterneuerung und Stadtumbau

Wirtschaftlicher Strukturwandel, demografische Entwicklungen wie Einwohnerverluste, zunehmende soziale Segregation und nicht zuletzt Klimaschutz und Klimaanpassung bilden aktuelle Herausforderungen für Stadterneuerung und Stadtumbau. Neben der aktuellen Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West durch das Difu (siehe oben) veranstaltet das Institut seit 1973 jährlich in einer anderen Stadt einen »Interkommunalen Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung«. 2011 konnte Gotha (Thüringen) als Gastgeberstadt gewonnen werden. Kommunale Praktikerinnen und Praktiker tauschten dort ihre Erfahrungen mit in-

tegrierten Ansätzen der Stadtentwicklung sowie unterschiedlichen Stadterneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen in vom Strukturwandel betroffenen Stadtteilen aus. Ein Schwerpunkt war darüber hinaus die Frage, wie sich moderne Einzelhandelsformen in historische Stadtkerne einbinden lassen.

Konversion ehemaliger Militärstandorte

Die Konversion ehemals militärisch genutzter Flächen ist von anhaltender Aktualität. So wichtig die Entwicklung solcher Flächen für die Städte ist, so komplex sind häufig die Probleme, die dabei zu bewältigen sind. So ist es angesichts der notwendigen Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen nicht immer wirtschaftlich, die Altstandorte zu entwickeln: Abräumung, Altlastenbeseitigung, Infrastrukturanpassung und nicht zuletzt die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen führen häufig zu höheren Kosten als bei einer Inanspruchnahme »der grünen Wiese«. Beruhend auf einer Kooperation mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund untersucht das Difu anhand von sechs Konversionsvorhaben unterschiedliche Herangehensweisen. Erstellt werden soll ein nachvollziehbarer Orientierungsrahmen für die Gemeinden, damit diese das Kompensationserfordernis zu einem festen Bestandteil des Nachnutzungskonzeptes machen, aber auch den Abwägungsspielraum rechtssicher nutzen können. Mitte 2012 werden die Ergebnisse veröffentlicht.

Flächennutzungsplanung als städtebaulicher Orientierungsrahmen

Flächennutzungspläne sind zukunftsorientiert und setzen, auf Prognosen und Annahmen gestützt, für einen bestimmten Zeitraum den Rahmen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung. Je weiter in die Zukunft gerichtet die Planung ist, desto unsicherer werden jedoch Prognosen und desto mehr können sich zentrale Rahmenbedingungen verändern. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung untersuchte das Difu am Beispiel der Berliner Flächennutzungsplanung, wie diese als gesamtstädtischer räumlicher Ordnungsrahmen auf aktuelle Anforderungen wie Klimaschutz und Klimaanpassung, demografischen Wandel oder Beteiligung der Öffentlichkeit reagieren kann. Hierfür wurden strategische Planungsziele und Grundannahmen in den Blick genommen, das Ineinandergreifen informeller Planwerke und formeller Bauleitplanung untersucht sowie Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen reflektiert. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind weitgehend auch auf andere Städte übertragbar.

Veröffentlichung: Bunzel, Arno, Daniela Michalski, Robert Sander und Wolf-Christian Strauss: Die Flächennutzungsplanung – Räumlicher Ordnungsrahmen der Stadtentwicklung. Reichweite und Aktualität am Beispiel Berlin, Berlin 2012 (Difu-Sonderveröffentlichung).

Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung

Bürgerbeteiligung ist Kernelement eines modernen Politikverständnisses und Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Gestaltung von Lebenswelten. Ohne Beteiligung lässt sich Stadtentwicklung heute nicht mehr realisieren. Das Difu bot 2011 ein stark nachgefragtes Seminar mit dem Titel »Die Geister, die ich rief: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe« an. Angesichts neuer Herausforderungen insbesondere im Zusammenhang mit stadtprägenden Groß- und Infrastrukturvorhaben wird zudem ein Projekt vorbereitet, mit dem Ursache/Wirkung-Zusammenhänge für gelungene bzw. misslungene Beteiligungsprojekte in den Kommunen geklärt und Handlungsmöglichkeiten im Zusammenspiel von Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft identifiziert werden sollen. Es ist geplant, eine breit angelegte Kommunalbefragung durchzuführen und ausgewählte Fallbeispiele zu bearbeiten.

Baukultur und Denkmalschutz

Kommunen müssen die Erfordernisse des Strukturwandels und des Klimaschutzes mit denen der Erhaltung denkmalgeschützter und anderer erhaltenswerter Gebäude oder historischer Ensembles in Einklang bringen.

Das Difu hat 2011 in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag die 2010 begonnene Seminarreihe »Denkmalschutz nicht ohne Klimaschutz« fortgesetzt. Im Fokus standen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen, kommunale Projekte der energetischen Sanierung von Baudenkmalern, Controlling und Monitoring von energetischen Maßnahmen an Denkmälern sowie juristische Rahmenbedingungen.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Städtebau und Stadtentwicklung finden Sie unter »Daten und Fakten«.

Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA



v.l.n.r.: Daniel Zwicker-Schwarm, Doris Reichel, Stephanie Bock, Jens Libbe, Christine Grabarse, Doris Becker, Holger Floeting, Thomas Preuß, Gregor Jekel, Juliane Heinrich (nicht abgebildet: Patrick Diekelmann, Rüdiger Knipp, Anja Neubauer)
Foto: Wolf-Christian Strauss.

Noch immer werden in Deutschland zu viele Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen: In den Jahren 2007 bis 2010 waren dies durchschnittlich 87 Hektar pro Tag. Zwar sind damit die Wachstumsraten beim »Flächenverbrauch« in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bleiben aber hochaktuell. Vor diesem Hintergrund verfolgt der Förderschwerpunkt REFINA (»Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement«) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zwei Ziele: 1.) innovative Lösungsansätze und Strategien zu erarbeiten, mit denen sich die Flächeninanspruchnahme reduzieren und ein nachhaltiges Flächenmanagement verwirklichen lassen, 2.) dies in Form von Demonstrationsvorhaben zu prüfen und umzusetzen.

Seit 2006 und bis 2012 wird der Förderschwerpunkt vom Difu in Zusammenarbeit mit dem Aachener Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR Aachen) projekt- und fachübergreifend begleitet. Der Schwerpunkt lag hierbei 2011 auf dem Wissenstransfer der im Förderschwerpunkt erarbeiteten Ergebnisse und Ansätze, mit denen sich das Problembewusstsein für Flächeninanspruchnahme schärfen lässt. Gemeinsam mit Landesministerien aus Nordrhein-Westfalen,

Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen sowie dem Planverband SRL wurden sieben Regional Konferenzen konzipiert und durchgeführt. Sie hatten das Ziel, den Transfer der REFINA-Ergebnisse in die kommunale und regionale Praxis hinein zu stärken, und stießen auf sehr gute Resonanz. Bei dem am 21. Juni 2011 in Brüssel organisierten Workshop »Forum on Sustainable Land Management in Europe – Approaches and Experiences«/»Forum Nachhaltiges Flächenmanagement in Europa – Ansätze und Erfahrungen« wurden ausgewählte REFINA-Ergebnisse in Europa vorgestellt und im Kontext der Europa 2020-Strategie sowie der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie diskutiert.

Mit dem Anfang 2011 von der Projektübergreifenden Begleitung vorgelegten REFINA-Handbuch wurden zentrale Ergebnisse von REFINA anwendungsorientiert vorgestellt. Abgeschlossen wurde 2011 zudem die Expertise »Urbanes Landmanagement. Urbane Landwirtschaft, urbanes Gärtnern und Agrobusiness – Aktuelle Entwicklungen, Forschungsrelevanz, Forschungsfragen«. Sie wird im Frühjahr 2012 veröffentlicht.

Veröffentlichung: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin 2011.

Städtebau und Stadtentwicklung

Bundestransferstelle Soziale Stadt

v.l.n.r.: Wolf-Christian Strauss, Klaus-Dieter Beißwenger, Doris Reichel, Christa Böhme, Thomas Franke, Christine Grabarse (nicht abgebildet: Manuel Ott, Siiri Flatow, Stephan Matzdorf)
Foto: David Ausserhofer.



Ziel des 1999 von Bund und Ländern aufgelegten Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« ist es, eine positive Trendwende hin zur Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter Stadtteile einzuleiten. Die Bundestransferstelle Soziale Stadt – angesiedelt beim Difu – dient im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) dem bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen an der Programmumsetzung Beteiligten. Die Internetplattform www.sozialestadt.de (Informationen zum Programm und seinen Handlungsfeldern, zu den Programmgebieten und zu Praxisbeispielen) sowie der persönliche Informationstransfer stehen hierbei im Zentrum. Darüber hinaus tragen verschiedene Veranstaltungen zur Weiterentwicklung des Programms bei.

Zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen für die Soziale Stadt seitens der Bundesregierung siehe oben Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«. Dort werden auch Evaluationsprojekte mit Bezug zur Sozialen Stadt vorgestellt.

Werkstattgespräch »Engagement von Unternehmen und Stiftungen im Quartier«

Für das Jahr 2012 ist eine Neuausrichtung des Programms unter dem Titel »Soziale Stadt – Inves-

titionen im Quartier« vorgesehen. Damit ist auch beabsichtigt, neue Partnerschaften für die Stadtteilentwicklung zu gewinnen und Dritte besser in die Programmumsetzung einzubinden. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Bundestransferstelle im November 2011 in Berlin ein Werkstattgespräch »Engagement von Unternehmen und Stiftungen im Quartier«; das Ziel: mit Unternehmen und Stiftungen in den Dialog zu treten sowie Interessen und Bedingungen für gemeinsames Handeln auszuloten. Deutlich wurde, dass das Engagement von Unternehmen und Stiftungen in der Quartiersentwicklung vor allem langfristig verlässliche Rahmenbedingungen benötigt.

Fachkongress »Integration vor Ort – Herausforderung für die soziale Stadtentwicklungspolitik«

Im Dezember 2011 trafen sich in Berlin-Neukölln rund 125 Akteure der Sozialen Stadt zum Fachkongress »Integration vor Ort – Herausforderung für die soziale Stadtentwicklungspolitik«, organisiert von der Bundestransferstelle. Neben der kommunalen Ebene waren auch die Bundes- und die Länderebene sowie Wissenschaft und Publizistik mit Diskutanten und Referenten vertreten. In den Beiträgen wurde deutlich, dass dem Quartier und dem unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld eine zentrale Rolle für Verlauf und Erfolg von Integration zugemessen wird.



v.l.n.r.: Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Gregor Jekel, Antje Seidel-Schulze, Bettina Reimann, Arno Bunzel
Foto: Doris Reichel.

Bevölkerungsrückgang, Alterung und Vereinzelung im Zuge der demografischen Entwicklung, ein Wandel der Anbieterstruktur auf den Wohnungsmärkten und veränderte bauliche Anforderungen an Wohngebäude bilden wesentliche Rahmenbedingungen für die kommunale Wohnraumversorgung. Dabei weisen Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftliche Dynamik und die zunehmende Vielfalt von Lebensweisen und Lebensstilen in der Gesellschaft (Heterogenisierung) – regional und auch kleinräumig – sehr unterschiedliche Ausprägungen auf. Entsprechend haben sich die Anforderungen an die Wohnraumversorgung ausdifferenziert: qualitativ und quantitativ, regional und sozial.

Zu den aktuellen Rahmenbedingungen der Wohnraumversorgung zählt die finanzielle Notlage vieler öffentlicher Haushalte. Die kommunalen Aufwendungen für die soziale Wohnraumversorgung machen einen erheblichen Anteil an den Gesamtausgaben der Kommunen aus. Anhaltende Bedeutung für die Zukunft kommunaler Wohnungspolitik hat auch die Diskussion um die Leistungsmöglichkeiten kommunaler Haushalte, einen ressourceneffizienten Mitteleinsatz sowie die Kooperation mit semi-öffentlichen und privaten Akteuren.

Aufwertung und Rückbau von Wohnungsbeständen im Stadtumbau

Im Rahmen der Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West (siehe oben Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«) wurden auch die vielfältigen Bezüge des Programms zur kommunalen Wohnraumversorgung herausgearbeitet. Wie die Evaluierung ergab, spielt in einzelnen Ländern – vor allem in Nordrhein-Westfalen, Bremen und dem Saarland – die Qualifizierung des Wohnungsbestandes eine ähnlich große Rolle wie im Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost. Der Stadtumbau dient vorrangig der Aufwertung und der Leerstands-beseitigung durch Rückbau und Teilrückbau von Wohngebäuden, zum Teil auch von Gebäuden der sozialen Infrastruktur. Ein Rückbau von Wohngebäuden erfolgt zumeist in Verbindung mit anschließendem Ersatzneubau. Die Stärkung innerstädtischen Wohnens gilt sowohl in kleineren Städten als auch in Ballungszentren als zentraler Baustein, um Innenstädte und Ortskerne zu stabilisieren. Auch in Nachnutzungskonzepten zur Reaktivierung von Brachflächen oder zur Umnutzung leer stehender Gebäude ist der Wohnungsneubau, insbesondere für Familien, aber auch für altersgerechtes Wohnen, ein wichtiger Bestandteil.

Soziale Wohnraumversorgung

Angesichts wachsender sozialräumlicher Polarisierung, zunehmenden Armutsrisikos im Alter und steigender Sozialausgaben der Kommunen steht die soziale Wohnraumversorgung im Fokus des Themenbereichs Wohnen. Fragen zu Förderbedingungen und Förderpraxis der Wohnungsbauförderung in den Ländern, zu aktuellen Herausforderungen unter unterschiedlichen Wohnmarktbedingungen sowie Praxisfragen etwa im Bereich der Angemessenheitskriterien für Unterkunftsleistungen nach SGB II und SGB XII werden immer wieder im Rahmen von Forschung und Beratung aufgegriffen.

Weitere Aktivitäten

Ein seit jeher wichtiger Baustein der Wohnraumversorgungspolitik ist die Wohneigentumsbildung. Als deren Zielgruppe bzw. Akteure werden zunehmend die Migranten relevant. Die Wohneigentumsbildung von Migranten stellt eine wichtige Komponente im Abwägungsprozess zur Wohnstandortwahl und räumlichen Mobilität von Haushalten dar. Sie gilt als möglicher Stabilisierungsfaktor insbesondere für benachteiligte Stadtteile. Auch ist die Bildung von Wohneigentum ein wichtiger Bestandteil privater Altersvorsorge. Zu diesem Thema wurde im Mai 2011 ein Difu-Seminar angeboten.

Aus aktuellem Anlass – 2012 ist das internationale Jahr der Genossenschaften – werden erneut Genossenschaften und gemeinschaftliche Wohnformen als Thema aufgegriffen werden. In diesem Themenzusammenhang bedeutsame Fragen betreffen die Rolle von Genossenschaften in der Stadtentwicklung, mögliche Kooperationsfelder sowie die Möglichkeiten von Kommunen, das genossenschaftliche Wohnen zu stärken.

Weitere Aktivitäten im Themenfeld Wohnen umfassten Veröffentlichungen, Vorträge und Informationsarbeit bei Städten und Verbänden zur sozialen Wohnraumversorgung, zur Rolle von Genossenschaften in der Stadtentwicklung und bei der Wohnraumversorgung sowie die wachsende Bedeutung neuer Wohnformen für die kommunale Wohnraumversorgung.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Wohnen finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Kerstin Landua, Klaus J. Beckmann, Antje Seidel-Schulze, Thomas Franke, Beate Hollbach-Grömig, Detlef Landua, Christa Böhme, Bettina Reimann, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Holger Floeting, Jessika Sahr-Pluth
Foto: David Ausserhofer.

Wirtschaftliche Umstrukturierungen, der Wandel in der Bevölkerungszusammensetzung, Armut in Verbindung mit wachsender sozialer und gesundheitsbezogener Ungleichheit, Migration und Zuwanderung sowie neue Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sicherheitslage in urbanen Räumen beeinflussen die Stadtgesellschaft. Um den sozialen Zusammenhalt in den Städten zu befördern, ergreifen die Städte eine Vielzahl von Aktivitäten. Zunehmend wichtiger werden dabei Handlungsansätze in den Bereichen Kleinstädtische Stadtbeobachtung, Stadt- und sozialräumliche Integration, Jugendhilfe, (Aus-)Bildung, Gesundheitsförderung und Kriminalprävention.

Demografischer Wandel

Seit mehr als zehn Jahren zählt der demografische Wandel zu den zentralen Themen der Kommunalpolitik. Fragen aus diesem Bereich werden folgerichtig immer wieder in Projekten und Veranstaltungen des Difu aufgegriffen und bearbeitet. Da der demografische Wandel ein Querschnittsthema ist, sind Fragen der Stadtentwicklung, der Infrastrukturplanung oder aus dem Sozialbereich ebenso einzubeziehen wie Aspekte der Wirtschaftsförderung, des Verkehrs und einer »demografiefesten« Finanzplanung.

Vor dem Hintergrund der Zunahme von Älteren in der Gesellschaft untersucht das Difu den

»Investitionsbedarf in den alters- und demografiegerechten Umbau der Infrastruktur von Städten und Gemeinden« bis zum Jahr 2030. Beauftragt wurde die Studie von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW); sie wird im Jahr 2012 abgeschlossen (siehe ausführlicher in Teil B »Finanzen und Investitionen«).

Im Difu-Seminar »Demografischer Wandel: Wo stehen Städte und Gemeinden heute?« wurden die Strategien und Handlungsansätze auf den Prüfstand gestellt, die Kommunen in Bezug auf die verschiedenen Aspekte des demografischen Wandels entwickelt haben. Perspektiven für den künftigen Umgang mit dem demografischen Wandel wurden ausgelotet.

Kleinstädtischer Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung

Der im Jahr 2010 als Pilotprojekt durchgeführte »Kleinstädtischer Städtevergleich« wurde 2011 neu aufgelegt. Gefördert vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat das Difu – in Kooperation mit Prof. Hartmut Häußermann (res urbana) – sozialräumliche Tendenzen der Stadtentwicklung für den Zeitraum 2007 bis 2009 untersucht. An dem städtevergleichenden Projekt beteiligten sich 19 deutsche Großstädte. Im Mittelpunkt standen Fragen der sozialen Segregation

und Polarisierung mit Blick auf Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Migrantenanteil der Bevölkerung. Dazu wurden für jede Stadt und deren Stadtteile Indizes berechnet. Zu diesen gehörten bereits erprobte »Ungleichheitsmaße« wie der Segregationsindex. Zudem wurden neue methodische Ansätze für dynamische Indizes entwickelt (Trendanalyse, Distanzmaß). Damit ist es stadtübergreifend möglich, kleinräumige Vergleiche durchzuführen, einzelne Stadtteile mit außergewöhnlichen Entwicklungen zu identifizieren und Aussagen zur sozialen Situation zu treffen. Eines der zentralen Ergebnisse des Projekts: Die Segregation im Hinblick auf Kinderarmut nimmt zu. 2012 werden die Ergebnisse der Untersuchung in der Reihe »Difu-Impulse« veröffentlicht.

Migration und Integration von Zuwanderern

Angesichts der demografischen und sozialen Entwicklungen in den Städten bleibt die Integration von Zuwanderern ein wichtiges kommunales Handlungsfeld. Es handelt sich dabei in der kommunalen Praxis wie in der Difu-Forschungstätigkeit um ein Querschnittsthema, das die Themenfelder Wohnen, Schule und (Aus-)Bildung, Gesundheitsförderung sowie demografischen Wandel berührt.

2011 lag im Difu ein besonderer Fokus auf der Beschäftigung mit älteren Migranten in der Stadt. Gerade in westdeutschen Großstädten und Ballungsgebieten steigen die Anforderungen, die sich im Zusammenhang mit Altersarmut, Altenhilfe und Pflege, aber auch mit sozialer Einbindung und Aktivierung ergeben. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die stadträumliche Integration als Herausforderung für die soziale Stadtentwicklungspolitik. Hierzu richtete die Bundetransferstelle Soziale Stadt einen Fachkongress aus (siehe auch Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung – Bundetransferstelle Soziale Stadt«).

Erfolgreiche Integration von Zuwanderern ist für Städte nicht zuletzt ein wichtiger Standortfaktor (Stichworte hier: Migrantenökonomie, Fachkräftemangel, Bildungsangebote). In Fortbildungsangeboten begleitet und diskutiert das Difu daher regelmäßig die Aktivitäten von Städten, Kreisen und Gemeinden, die ein Integrationsmonitoring aufgebaut haben.

Kinder, Jugendliche und Bildung

Das Thema Bildung hat im kommunalen Verwaltungshandeln – nicht zuletzt in der Diskussion von stadtentwicklungspolitischen Fragen – an Bedeutung gewonnen. Es wird im Difu sowohl fortbildungs- als auch projektbezogen bearbeitet.

Seit 2008 führen das Difu und der Deutsche Städtetag jährlich Veranstaltungen zu aktuellen

schulpolitischen Themen durch. Das Seminar 2011 befasste sich mit Fragen des Übergangs von den Kindertageseinrichtungen in die Schule. Die Kommunen – so ein Ergebnis aus den Diskussionen – müssen den Auf- und Ausbau tragfähiger Kooperations- und Netzwerkstrukturen von Kitas, Grundschulen, Bildungsbeiräten und Bildungsforen stärker unterstützen.

In einem neu begonnenen Difu-Eigenprojekt wird untersucht, welche Verknüpfungen von Bildung und Quartiersentwicklung in der kommunalen Praxis derzeit erprobt werden. Die kommunale Bildungssituation beeinflusst als »weicher« Standortfaktor maßgeblich räumliche Entscheidungen von Wirtschaftsunternehmen oder auch die sozialräumliche Ausdifferenzierung von Städten.

Ebenso nimmt die Kinder- und Jugendhilfe als Thema im Difu einen hohen Stellenwert ein. Fortbildung und Qualifizierung von Fachkräften der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe werden im Difu dauerhaft von der »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ) getragen. Die AGFJ führt mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bundesweite Fachtagungen zu aktuellen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe durch (siehe auch Teil C »Fortbildung«).

Gut nachgefragte Tagungsthemen im Jahr 2011 waren unter anderem die Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente im Sozialgesetzbuch II (einschließlich der Umsetzung des »Bildungs- und Teilhabepaketes«), die Auseinandersetzung mit der Frage, wann Heimerziehung für Kinder erfolgreich ist, sowie die Umsetzung des für 2012 geplanten Bundeskinderschutzgesetzes in der kommunalen Praxis.

Veröffentlichungen: Arlt, Maja, und Kerstin Landua: Erziehung ist erfolgreich, wenn sie Ordnung in den Herzen und Köpfen der Kinder schafft! Ein Tagungsbericht, in: Blickpunkt Jugendhilfe, Jg. 16/2011, Nr. 3/4, S. 52–55.

Landua, Kerstin: Frühe Hilfen auch für Jugendliche? Gilt der § 8a SGB VIII bis zur Volljährigkeit? Ein Tagungsbericht, in: ZKJ – Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Jg. 6/2011, Nr. 1, S. 30–32.

Landua, Kerstin: Kindergerechtes Deutschland?!, in: Sozialmagazin, Jg. 36/2011, Nr. 3, S. 56–59.

Landua, Kerstin: Sind die Hilfen, die wir anbieten, nicht nur gut gemeint, sondern auch gut gemacht? Ein Tagungsbericht, in: Blickpunkt Jugendhilfe, Jg. 16/2011, Nr. 1, S. 27–31.

Prävention und Gesundheitsförderung

Soziale Benachteiligung und besondere Lebenslagen rücken gegenwärtig verstärkt ins Blickfeld kommunaler Prävention und Gesundheitsförderung. Zunehmende Bedeutung gewinnen dabei sozialraumorientierte Handlungsansätze, die in den Lebenswelten der Menschen ansetzen.

So wurden mit dem 5. Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention« – er wurde vom Difu im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) 2010/2011 betreut – Maßnahmen gesucht, die auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind, denen es an materiellen und sozialen Ressourcen mangelt und die in schwierigen Lebenssituationen aufwachsen. Die 63 Beiträge aus den Kommunen zeigen: Vor allem suchbelastete Familiensituationen, Bildungsbenachteiligungen und schwierige Integrationsbedingungen werden zum Anlass für Engagement in der kommunalen Suchtprävention genommen. Überdurchschnittlich viele Beiträge zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Eltern intensiv einbeziehen; zudem nehmen Frühe Hilfen eine besondere Rolle in der soziallagensensiblen Suchtprävention ein. Um Jugendliche, die für herkömmliche Beratungsangebote wenig zugänglich sind, erfolgreich zu erreichen, setzt eine Vielzahl der Beiträge ausdrücklich auf die Beteiligung und das Engagement von Jugendlichen und stellt insbesondere »Peer«-Ansätze vor. Insgesamt 13 Kommunen wurden mit einem Preis ausgezeichnet.

Ein weiteres vom Difu im Auftrag der BZgA 2011 bearbeitetes Projekt befasste sich mit der Nutzung und Weiterverwendung gesundheitsrelevanter Daten, die auf kommunaler Ebene und Länderebene erhoben werden. Recherchiert wurde zum einen, inwieweit in den Kommunen Daten erfasst werden, mit denen sich suchbezogene Ausgangs- und Bedarfssituationen beschreiben lassen. Zum anderen ging es darum, den aktuellen Status quo der Schuleingangsuntersuchungen der Länder und die entsprechenden Daten zu ermitteln.

Die beim Difu angesiedelte »Arbeitsgruppe gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung« (AGGSE) beschäftigte sich auch 2011 insbesondere mit der Gesundheitsförderung im Stadtteil. So führte die Arbeitsgruppe bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention e.V. einen Workshop zum Thema »Gesundheitsförderung im Quartier – Bündnisse für eine lebenswerte Kommune« durch. Im Kontext der Aktivitäten der AGGSE wurden zudem die Arbeiten für die Herausgabe eines Handbuchs »Stadtplanung und Gesundheit« abgeschlossen. Die Publikation wird im ersten Quartal 2012 im Verlag Hans Huber (Bern) erscheinen.

Veröffentlichungen: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): 5. Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention«. Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen. September 2010 bis Juni 2011. Dokumentation (Autoren: Böhme, Christa, Bettina Reimann und Michael Bretschneider), Berlin 2011.

Böhme, Christa, und Bettina Reimann: Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen.

Ergebnisse des 5. Bundeswettbewerbs »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention«, in: *proJugend*. H. 4/2011, S. 28–31.

Vorträge: Böhme, Christa: Wettbewerbsergebnisse im Überblick. Fachtagung »Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen«, 7. Juni 2011, Berlin.

Reimann, Bettina: Wie gelingen eine qualitätsgesicherte und nachhaltig wirksame Prävention und Gesundheitsförderung im Quartier? Herausforderungen und Umsetzungserfolge. KNP-Jahrestagung »Gesund aufwachsen in Kita, Schule, Familie und Quartier«, 19. Mai 2011, Bonn.

Urbane Sicherheit

Die Rahmenbedingungen kommunaler Sicherheitsaufgaben haben sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Bekannte Themen wie die kommunale Kriminalprävention werden neu diskutiert, neue Fragen sind hinzugetreten. Der Aufgabenbereich kommunaler Ordnungsdienste hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert, und neue Organisationsstrukturen haben sich entwickelt.

Im Rahmen des Forschungsprojekts »DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur« – ein interdisziplinäres Verbundprojekt mit sieben Partnern, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms der Bundesregierung »Forschung für die zivile Sicherheit« – hat das Difu zwei Kommunalumfragen in den deutschen Städten mit über 50 000 Einwohnern zum Thema Sicherheit durchgeführt. Das Ziel war, einen systematischen Überblick über das Verständnis von städtischer Sicherheit, über Akteure, kommunale Aktivitäten im Bereich Sicherheit und Ordnung sowie Einschätzungen zu »sicheren« und »unsicheren« Orten in der Stadt zu erlangen. Ergebnisse der Befragungen werden 2012 veröffentlicht.

In der Öffentlichkeit werden unterschiedliche Räume in der Stadt als sichere oder unsichere Orte wahrgenommen. Als unsicher gelten dabei nicht nur Orte, an denen die Kriminalitätsrate hoch ist, sondern auch solche, an denen Nutzungskonflikte auftreten, die ungepflegt sind oder Zerstörungen aufweisen. Tatsächliche und »gefühlte« Sicherheit unterscheiden sich dabei zum Teil erheblich voneinander. Das Difu-Seminar »No-Go-Areas, Kriminalitätsschwerpunkte und Inseln der Sicherheit« ging der Frage nach, wie Räume zu unsicheren Orten werden können und welche Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Seite bestehen, um sichere Orte zu schaffen.

Weiterführende Informationen:
<http://www.dynass-projekt.de/>

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Bevölkerung und Soziales finden Sie unter »Daten und Fakten«.

v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann,
Franciska Frölich v. Bodel-
schwingh, Arno Bunzel,
Jessika Sahr-Pluth, Irene
Schlünder, Stefanie Hanke,
Wolf-Christian Strauss,
Rüdiger Knipp
Foto: David Ausserhofer.



Politik und Verwaltung sind gleichermaßen Adressaten wie »Gegenstand« der wissenschaftlichen Arbeit des Difu. An der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung geht es um Fragen der Modernisierung von Strukturen und Abläufen innerhalb der Kommunalverwaltung, aber auch von solchen zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft. Nach den massiven Protesten gegen das Großprojekt Stuttgart 21 erscheint es umso dringlicher, überkommene Strukturen mit Blick auf Partizipation und Teilhabe der Bürger zu überprüfen. Auch Fragen der Zusammenarbeit im regionalen, nationalen und internationalen Kontext werden für die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden immer wichtiger. Entsprechende Herausforderungen sind zugleich auch Gegenstand des Themenbereichs »Steuerung und Aufgabenorganisation« (siehe hierzu dort; dorthin gehören auch Fragen der Verwaltungsmodernisierung).

Von zentraler Bedeutung für die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen – insbesondere an der Schnittstelle von Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft – ist der Rechtsrahmen. Er wird durch Bund, Länder und die EU gesetzt. Als Adressat vieler Regelungen sind die Kommunen, trotz Verbots der Aufgabenübertragung im Verhältnis Bund-Kommunen (Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG) und trotz Konnexitätsprinzip (»Wer bestellt, bezahlt«), immer wieder mit zusätzlichen Anforderungen und einer wachsenden Finanzierungslast kon-

frontiert. Die zugrundeliegenden Gesetzgebungsverfahren fachlich aus dem Blickwinkel der Kommunen zu begleiten und die Folgen für die kommunale Ebene aufzuzeigen, ist Aufgabe der Rechtstatsachenforschung (Evaluationen, Planspiele und Praxistests) am Difu. Hierbei liegt der Schwerpunkt im Bereich des Städtebaurechts und des raumbezogenen Umweltrechts. Recht ist dabei ein zentraler Steuerungsmodus, dessen sich die Kommunen bedienen, um ihre Aufgaben zu bewältigen und ihre stadtentwicklungspolitischen Ziele umzusetzen.

Politik(beratung)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu sind in vielen Gremien von Akademien, Forschungsgesellschaften und Beiräten aktiv. Dort wie auch in Ausschüssen und Kommissionen der kommunalen Spitzenverbände beraten sie Städte und Gemeinden, Bund und Länder. Die vielfältigen Mitgliedschaften und Gremientätigkeiten (vgl. Berichtsteil E) zeigen das Engagement und die – direkten wie indirekten – Leistungen der Politikberatung, aber auch der wissenschaftlichen Beiträge des Difu. Außerdem entfalten die Vorträge, Redebeiträge und Moderationen bei Veranstaltungen eine Breitenwirkung. Politikberatung des Difu findet ihren Ausdruck auch im Zusammenhang mit der Ausgestaltung von Programmen und Gesetzen von kommunaler Relevanz.

Im Jahr 2011 sind besonders hervorzuheben die Mitarbeit von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann im Beirat für Raumentwicklung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), seine Mitgliedschaft in dessen Wissenschaftlichem Beirat und im Kuratorium »Nationale Stadtentwicklungspolitik«, die Mitgliedschaft in der Nationalen Plattform Elektromobilität und die Mitarbeit in deren Arbeitsgruppe »Rahmenbedingungen«. Hinzu kommt die Leitung des Netzwerks »Mobilität und Logistik« in der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften sowie der Arbeitsgruppe »Verkehrsplanung« in der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen.

Partizipation/Bürgerbeteiligung

Das Difu hat 2011 die Vorarbeiten für ein Eigenprojekt durchgeführt, das im Jahr 2012 die Themen Partizipation/Bürgerbeteiligung in den Vordergrund rückt: Es geht dabei vor allem um die neuen Herausforderungen, aber auch die zahlreichen Defizite, die sich gerade im Zusammenhang mit stadtprägenden Stadtentwicklungsvorhaben (Großvorhaben, Infrastrukturprojekten) zeigen. Primäre Ziele: die Ursache/Wirkung-Zusammenhänge für gelungene und misslungene Beteiligungsprojekte in den Kommunen zu klären und herauszuarbeiten, welche Handlungsmöglichkeiten die politischen Spitzen im Zusammenspiel von Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft haben. Geplant ist, eine breit angelegte Kommunalbefragung durchzuführen und ausgewählte Fallbeispiele zu bearbeiten.

Arbeitshilfe im Städtebaurecht

Seinem Auftrag folgend, Wissen in die kommunale Praxis zu vermitteln, erstellt das Difu kontinuierlich Arbeitshilfen – mit Schwerpunkten beim Bau- und Umweltrecht. Häufig kann dabei auf Ergebnisse von Difu-Forschungsprojekten zurückgegriffen werden. Genutzt werden zudem die vielfältigen Kontakte zu Bauverwaltungen sowie der Erfahrungsschatz kommunaler Praktikerrinnen und Praktiker, die als Autoren gewonnen werden. 2011 erschien die Arbeitshilfe zum Bebauungsplanverfahren in 2., aktualisierter Auflage; eine Überarbeitung des Handbuchs »Städtebauliche Verträge« ist in Vorbereitung, die 4. Auflage soll im Herbst 2012 erscheinen.

Veröffentlichung: Wallraven-Lindl, Marie-Luis, und Anton Strunz: Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007, 2., aktualisierte Auflage, hrsg. v. Arno Bunzel, Berlin 2011 (Difu-Arbeitshilfe).

Weiterentwicklung des rechtlichen Instrumentariums

Zur Novellierung des Bauplanungsrechts führt das Difu im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-,

Stadt- und Raumforschung (BBSR) derzeit ein Planspiel durch, an dem sieben Kommunen unterschiedlicher Größenordnung aus dem gesamten Bundesgebiet mitwirken: Bremerhaven, Dortmund, Landshut, Leipzig, Treuenbrietzen und Wittmund sowie die Gemeinde Alling. Aufgabe des Planspiels: die Gesetzentwürfe in Form eines Vorab-Tests mit den künftigen Normanwendern auf Verständlichkeit, Praktikabilität und Wirksamkeit zu überprüfen. Im Grundsatz geht es darum, den Regelungsentwurf durch Verwaltungseinheiten und sonstige Betroffene auf konkrete Fälle anzuwenden. Das – durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima veranlasste – Vorziehen der klimaschutzbezogenen Teile des geplanten Gesetzgebungsvorhabens als Teil des Gesetzespakets zur Energiewende und zum Atomausstieg hatte zur Folge, dass auch im Planspiel ein modifiziertes und beschleunigtes Vorgehen in Bezug auf diesen ersten Teil der Novelle erforderlich wurde.

Die Planspiele kennzeichnende intensive Kommunikation zwischen Planspielkommunen und dem moderierenden Betreuer musste komprimiert im Rahmen eines Difu-Workshops im Mai 2011 erfolgen. Es gelang dort, detaillierte Empfehlungen zu erarbeiten. Sie wurden dem federführenden Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages zugleitet und dort in der Sachverständigenanhörung Ende Juni 2011 vorgestellt.

Derzeit arbeitet die Bundesregierung an Teil 2 der geplanten Novelle. Die darin vorgesehenen Änderungen sollen im Rahmen des Planspiels eingehend geprüft werden. Das Planspiel hat dabei dem zeitlichen Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens zu folgen.

Veröffentlichung: Bunzel, Arno: Das Planspiel zur BauGB-Novelle 2011 – Neuerungen für eine klimagerechte Stadtentwicklung, in: Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR), H. 2/2012.

Das brandenburgische Umweltministerium hat im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für ein neues Landesnaturschutzgesetz den Auftrag der Landesregierung aufgegriffen, die freie Zugänglichkeit von Seeufern durch ein kommunales Satzungsrecht und andere geeignete gesetzgeberische Maßnahmen zu unterstützen. Den Gemeinden soll damit ein im Verhältnis zum Bebauungsplan einfacheres Instrument an die Hand gegeben werden, Wege an Seeufern und entsprechende Betretungsrechte zum Zwecke der Erholung in Natur und Landschaft zu sichern. Im Auftrag des Ministeriums überprüft das Difu die Tauglichkeit der geplanten Satzungsermächtigung in rechtlicher wie in praktischer Hinsicht und entwickelt Empfehlungen, wie sich ein solches Satzungsrecht ausgestalten lässt. Das Projekt wird im ersten Quartal 2012 abgeschlossen.

→ Einführung eines Satzungsrechts für Uferwege

→ Planspiel zur Novellierung des Bauplanungsrechts

→ Folgekostenverträge
für soziale Infrastruktur

Es stellt für viele Städte eine große Herausforderung dar, die notwendigen Infrastruktur-Folgeinvestitionen bei der Entwicklung neuer Baugebiete zu finanzieren. Ein häufig angewandtes Instrument ist hier der städtebauliche Vertrag. In seinem Rahmen übernehmen der oder die Vorhabenträger jene Kosten, die der Stadt für solche Folgemaßnahmen entstehen. Anhand von Beispielen aus der Landeshauptstadt Potsdam werden in dieser – von der Stadt beauftragten – Studie Grundlagen der Kostenermittlung und der vertraglichen Umlage dieser Folgekosten erarbeitet. Dabei werden auch Erfahrungen und Beispiele aus anderen Städten einbezogen. Daneben soll ermittelt werden, wie sich verschiedene Verfahrensalternativen auf den Haushalt der Stadt Potsdam, aber auch auf die Bodenpreise auswirken. Ziel ist es, eine Handlungsempfehlung für die Stadt Potsdam zu erarbeiten, die Modellcharakter auch für andere Städte hat.

Transnationale Zusammenarbeit von Städten

→ INTERREG IV B Nordsee-
programm der Europäischen Union

Das INTERREG IV B Nordseeprogramm fördert gegenwärtig in rund 50 Projekten die Zusammenarbeit von Städten und Regionen, Universitäten und Forschungsinstituten, Verbänden sowie Unternehmen aus den Bundesländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit europäischen Partnern im Nordseeraum. Das Programm zielt vor allem darauf, den wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Zusammenhalt zu stärken, und bietet eine Plattform für Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Entwicklung von Strategien und Problemlösungen – über Verwaltungs- und Ländergrenzen hinweg. Das Difu hat im Auftrag der Nationalen Kontaktstelle des Nordseeprogramms, des Bundes und der beteiligten Bundesländer eine Expertise zu den Ergebnissen der bisherigen transnationalen Zusammenarbeit und zur künftigen Ausgestaltung des Programms nach 2013 erarbeitet. Für sieben Themenfelder (darunter Erreichbarkeit und Mobilität, klimagerechte Stadt- und Regionalentwicklung, Demografischer Wandel, Stadt-Land-Partnerschaften) wurden mögliche Handlungsansätze für transnationale Kooperationsprojekte dargestellt. Eine zweisprachige Publikumsbroschüre und eine Ausstellung für die Fachöffentlichkeit ergänzen die Produktpalette aus diesem Projekt.

Veröffentlichungen: Nationale Kontaktstelle des INTERREG IV B Nordseeprogramms c/o Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Transnationale Zusammenarbeit im deutschen Nordseeraum (INTERREG B) – Stand und Perspektiven. Expertise (Bearbeitung: Zwicker-Schwarm, Daniel, Beate Hollbach-Grömig und Andrea Wagner, alle Difu), Hamburg 2011.

Nationale Kontaktstelle des INTERREG IV B Nordseeprogramms c/o Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Mit vereinten Kräften! Ergebnisse und

Perspektiven von INTERREG B. Ein Beitrag der Deutschen Regionen im Nordseeraum (Bearbeitung: Zwicker-Schwarm, Daniel, Beate Hollbach-Grömig und Andrea Wagner, alle Difu), Hamburg 2011.

Rechtsfragen zum Konnexitätsprinzip

Nach dem in allen Landesverfassungen verankerten Konnexitätsprinzip muss ein Land, wenn es eine Aufgabe auf die kommunale Ebene überträgt, die mit der Aufgabenübertragung einhergehenden Mehrbelastungen der Kommunen ausgleichen – unabhängig von deren Finanzkraft. Die praktische Durchsetzung dieses Prinzips wirft aber nach wie vor zahlreiche Rechtsfragen auf. Im Berichtsjahr erschien die Dokumentation der Tagung zu diesem Thema, die das Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag Ende 2010 durchführte.

Veröffentlichung: Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke (Hrsg.): »Wer zahlt die Zeche?«. Das Konnexitätsprinzip richtig angewandt. Dokumentation der Tagung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag am 1. Dezember 2010, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 7/2011).

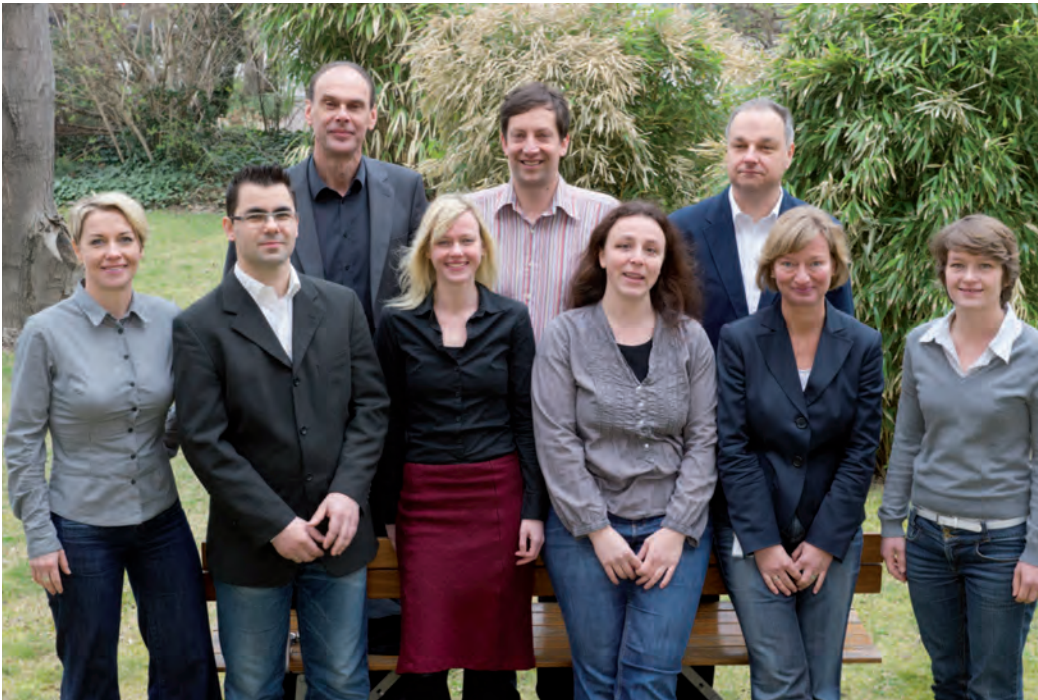
Kommunale Selbstverwaltung und Raumordnung

Raumordnungsplanung übt angesichts der Steuermacht, die von Zielen der Raumordnung für einen ganzen Strauß unterschiedlicher raumrelevanter Interessen ausgeht, eine große Faszination aus. In gleichem Maße besteht bei den betroffenen Planungsträgern, den Gemeinden, die Sorge, unverhältnismäßig in den eigenen verfassungsrechtlich abgesicherten Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt zu werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Bis zu welchem Grad ist eine solche »Flankierung« sinnvoll und vor allem auch rechtlich zulässig? Die Beiträge einer Fachtagung, die das Difu dazu 2011 durchführte, werden im Frühjahr 2012 unter dem Titel »Raumordnungsplanung quo vadis?« veröffentlicht.

Weitere Aktivitäten

An der Schnittstelle zum Themenfeld »Politik, Verwaltung und Recht« liegen auch Fragen, die den Bereich der Kommunalwirtschaft, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Elektromobilität oder die Finanzierung des Straßenausbaus durch wiederkehrende Straßenausbaubeiträge betreffen. Die Aktivitäten des Instituts zu diesen Themen finden sich in den Themenfeld-Darstellungen »Steuerung und Aufgabenorganisation« sowie »Mobilität«.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Politik, Verwaltung und Recht finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Antje Seidel-Schulze, Stefan Schneider, Busso Grabow, Marion Eberlein, Daniel Zwicker-Schwarm, Nadine Dräger, Holger Floeting, Beate Hollbach-Grömig, Melanie Wagner
Foto: David Ausserhofer.

Globalisierung, ökonomisch-technologischer Strukturwandel, Normensetzungen durch die Europäische Union, die demografische Entwicklung, die Energiewende und Klimaschutzanforderungen setzen für das Handeln aller Städte und Gemeinden einen wichtigen Rahmen. Die Herausforderungen unterscheiden sich allerdings je nach Situation vor Ort. Kommunale Wirtschaftsförderung verändert sich damit in ihren Aufgaben kontinuierlich. Nach wie vor sind die »klassischen« Aufgaben wie Bestandsbetreuung und Gewerbeflächenentwicklung sehr wichtig. Es kommen jedoch zunehmend neue Anforderungen hinzu, die auch zusätzliche Qualifizierungen erfordern. So gewinnt beispielsweise in den letzten Jahren der Aspekt des nachhaltigen Wirtschaftens an Bedeutung (siehe hierzu auch Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«). Dabei geht es darum, Städte als Wirtschafts- und Arbeitsorte in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht zukunftsfähig zu gestalten. Klimawandel und Klimaschutz gehören zu den neuen Herausforderungen – auch für die Wirtschaftsakteure. Es gilt weiterhin, unter finanziell schwierigeren Rahmenbedingungen soziale Problemlagen in Stadtquartieren zu bewältigen und zugleich funktionierende Stadt- und Ortsteilzentren zu erhalten. Wissen und Kompetenz sind dabei unverzichtbare Ressourcen. Partnerschaften, Netzwerke unter Einbeziehung von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie der adäquate Einsatz

neuer Technologien sind wichtige Instrumente. Das Difu hat diese Themen 2011 im Rahmen von Forschungsprojekten, Fortbildungsangeboten und Veröffentlichungen aufgegriffen.

Gewerbeflächen und Standortfaktoren

Im Projekt »Stadtentwicklungskonzept Gewerbeflächen für die Landeshauptstadt Potsdam« hatte sich das Difu in den Jahren 2009 und 2010 mit Instrumenten kommunaler Gewerbeflächenpolitik beschäftigt. In zwei Projekten vertieft das Difu derzeit das Thema. Für die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung wurde ein Pilotprojekt zur Aktivierung von Gewerbeflächen im Bestand im Industriegebiet Billbrook evaluiert. Für das Jahr 2012 ist in diesem Rahmen ein kommunaler Erfahrungsaustausch zum Management von Bestandsgebieten geplant. Für die Stadt Heidelberg wird in einem Baustein zum Gewerbeflächenkonzept der Flächenbedarf speziell von forschungsintensiven Unternehmen untersucht.

Für einen nachhaltigen Umgang mit Gewerbeflächen müssen neben den klassischen Gewerbeflächen »auf der grünen Wiese« zunehmend untergenutzte Gewerbeareale, Baulücken, Reservegrundstücke sowie Industrie- und Gewerbebrachen in den Blick genommen werden. Um solche Gewerbeflächenpotenziale nutzbar zu machen, spielen Immobilienportale im Netz eine

→ Bausteine kommunaler Gewerbeflächenpolitik

→ Nachhaltige Wirtschaft
in der Stadt

wichtige Rolle. Mit einem praxisorientierten Forschungs- und Entwicklungsprojekt wurde am Fallbeispiel der Stadt Gera der »State of the Art« einer lokal und regional orientierten Gewerbeimmobilienbörse entwickelt und umgesetzt. In der Veröffentlichung zum Projekt wird gezeigt: Gewerbeflächenpotenziale lassen sich nur dann erfolgreich aktivieren, wenn Akteure aus Wirtschaftsförderung und Stadtplanung, Immobilienbesitzer, Makler und Immobiliennachfrager gut zusammenarbeiten und »Win-win-Situationen« erzeugt werden können. Die vorgestellte Lösung ist auch auf andere Städte und Gemeinden übertragbar, da unter anderem auf die in Deutschland meistverbreitete Wirtschaftsförderungssoftware aufgesetzt wird.

Veröffentlichung: Grabow, Busso, Josiane Meier, Antje Seidel-Schulze, Daniel Zwicker-Schwarm, Jürgen Bunde und Stefan Blümling: Flächen ins Netz (FLITZ). Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 8/2011).

Wissen als Ressource und nachhaltige Wirtschaftspolitik

→ Stärkung regionaler
Wertschöpfungsketten

In einem größeren Forschungsverbund unter Beteiligung des Difu wurde die Wertschöpfungskompetenz der Region Ingolstadt beispielhaft für eine produktbezogene Wissensregion untersucht. Auftraggeber waren die Audi AG und die Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt e.V. Um die Stärken und Potenziale der Region zu ermitteln und eine Vernetzung zu fördern, trafen sich rund 70 regionale Unternehmensleiter und Vertreter der Hochschulen zu vier Workshops. Im Fokus stand die Frage, wie aus unterschiedlichen Einzelkooperationen innovative und langfristig funktionierende Netzwerke entstehen. Sechs konkrete Projekte stehen am Ende der Workshop-Reihe; sie reichen von Themen wie Informations- und Wissensmanagement über ein Kompetenzzentrum für Virtuelle Entwicklung bis hin zu Projekten im Bereich Mobilität. Die Themen Gründer, Gesundheit und Logistik wurden im Rahmen des Projekts ebenfalls aufgegriffen und nochmals gesondert in Vertiefungsveranstaltungen behandelt.

→ Bestandssicherung und
-entwicklung – aber wie?

Der Abschlussbericht der Studie stellt die zentralen branchenübergreifenden Wertschöpfungsfelder und deren wesentliche Wissensträger sowie die räumliche Dimension der Wissensvernetzung und deren Verankerung in der Region vor. Er zeigt, wie diese Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der Region Ingolstadt und innerhalb des Wertschöpfungsprozesses miteinander verflochten sind, welche Lücken das regionale Wertschöpfungssystem aufweist und welcher Raum dadurch für neue Geschäftsfelder besteht. Der Abschlussbericht benennt und erläutert strategische Handlungsfelder und Projektideen, mit denen die Wertschöpfungskompetenz und damit

→ Zukunft der Arbeits-
märkte

die Wettbewerbsfähigkeit der Region langfristig gestärkt werden können.

Veröffentlichung: Abschlussbericht der Studie Wertschöpfungskompetenz, abzurufen unter:
<http://www.ingolstadtlandplus.de/projekte/wirtschaft/wertschoepfungskompetenz.html>

Die regionalen Wissensressourcen und den Wissenstransfer zu bündeln, ist ein zentraler Ansatzpunkt, um die Innovations- und Konkurrenzfähigkeit der lokalen und regionalen Wirtschaft zu stärken. Damit wird die ökonomische »Säule« einer nachhaltigen Wirtschaft vor Ort gefestigt. Das Projekt »Szenarien für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik – am Beispiel: Die nachhaltige Stadt 2030« – Auftraggeber ist das Umweltbundesamt (UBA) – befasst sich seit Ende 2009 nicht nur mit der ökonomischen Perspektive, sondern auch mit den ökologischen und sozialen Aspekten einer »nachhaltigen Wirtschaft« (siehe auch Teil B »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft«). Bearbeitet wird das Vorhaben von einem Konsortium aus dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) als Konsortialführer, dem Difu und der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) an der FU Berlin. Zum Thema »Nachhaltige Wirtschaft in der Stadt« wird ein partizipativer Szenario-Prozess durchgeführt. In diesem werden mittels anschaulicher, integrierter Zukunftsbilder Handlungsoptionen, Strategieelemente und Vernetzungsansätze entwickelt.

Aktuelle Themen der Wirtschaftsförderung

Betreuung und Unterstützung der örtlichen Unternehmen gehören zu den klassischen Handlungsfeldern kommunaler Wirtschaftsförderung. Im Unterschied zu Aktivitäten des Standortmarketings oder der Unternehmensakquisition erfolgen sie oftmals »im Hintergrund«. Angesichts der oben beschriebenen Rahmenbedingungen ergeben sich jedoch laufend neue Anforderungen an die Bestandssicherung und -entwicklung. Im Difu-Seminar »Erfolgreiche Bestandssicherung und -entwicklung« wurden daher unterschiedliche Handlungsansätze zur einzelbetrieblichen Betreuung vorgestellt, etwa die Förderung branchen- und standortbezogener Vernetzungen im Rahmen von Clusterinitiativen und Standortgemeinschaften sowie geeignete Organisationsmodelle (z.B. Wirtschaftsservice, One-Stop-Agencies). Über alle Stadtgrößen und über regionale Zugehörigkeit hinweg gibt es – das wurde deutlich – eine Reihe gemeinsamer Themen, die als besonders wichtig erachtet werden. Dazu gehören die Fachkräftesicherung, Unternehmensnetzwerke und die Einzelhandelsentwicklung.

Die Zukunft der Arbeitsmärkte ist ein immer wieder diskutiertes Thema. Einerseits zielen viele wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen

darauf ab, die Beschäftigtenzahlen zu steigern; andererseits wird das Ende der Arbeitsgesellschaft aufgrund wachsender Produktivität infolge des technologischen Fortschritts debattiert. Lokale Arbeitsmärkte standen schon immer in vielfältigen Abhängigkeitsbeziehungen zu ihrem weiteren Umfeld. Lange Zeit dominierte die Betrachtung der Einbindung in die nationalen Arbeitsmärkte gegenüber Fragen der internationalen Verflechtung. Mit der Globalisierung und den rückläufigen Möglichkeiten der Nationalstaaten, sich gegen Einflüsse von außen abzuschotten, haben die Auswirkungen internationaler Entwicklungen auf die lokalen Arbeitsmärkte aber deutlich an Bedeutung gewonnen – ohne dass die örtlichen Bedingungen bedeutungslos geworden wären.

Eine Folge der Globalisierung ist die Ungleichzeitigkeit und Unterschiedlichkeit der Entwicklungen auf der lokalen Ebene: Während einige Teile der Stadt in die »globalen Ströme« eingebunden sind, orientieren sich andere in stärkerem Maß an »lokalen Rhythmen«. Für einige Bereiche der Kommune werden global orientierte Wachstumsstrategien mit der Betonung bestimmter Ansatzpunkte (Wissen, Kreative Cluster) sinnvoll sein, für andere dagegen Präventionsstrategien (präventive Beschäftigungspolitik) notwendig werden; wieder andere bieten gute Ansätze für die Entwicklung lokaler Ökonomien oder sind Schauplatz spezialisierter räumlicher Konzepte (Quartiersmanagement, Experimentierräume). Selbst innerhalb eingeführter Aufgabenfelder wie der Gründerförderung wird eine Differenzierung der Ansätze nötig (High-Tech-Gründer, Gründer aus der Arbeitslosigkeit, Gründer mit Migrationshintergrund). Dieser Differenzierung müssen neue Ansätze im Umgang mit lokalen und regionalen Arbeitsmärkten Rechnung tragen.

Veröffentlichung: Floeting, Holger, Dietrich Henckel und Josiane Meier: *Schöne bunte Arbeitswelt. Arbeitsmärkte zwischen Globalisierung und Lokalisierung*, in: B. Belina, N. Gestring, W. Müller, D. Sträter (Hrsg.): *Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*, Münster 2011, S. 43–68.

Einzelhandel und Stadtmarketing

Der städtische Einzelhandel hat sich in den letzten 40 Jahren stark verändert. Dies gilt auch für den Lebensmitteleinzelhandel und die Nahversorgung der Stadtbewohner. So gibt es inzwischen viele Discounter in Ortsrandlagen, die Fußläufig kaum zu erreichen sind. Gleichzeitig nahm die Anzahl von Wohngebieten ohne zu Fuß erreichbaren Supermarkt oder Lebensmittel-Discounter zu, vor allem in kleineren und mittleren Städten. Kommunen können hier steuernd eingreifen: Einzelhandels- und Zentrenkonzepte, das Städtebaurecht und nicht zuletzt Konzepte und Strategien des Einzelhandels selbst müssen in intensiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und dem Handel

eingesetzt werden, um eine gute Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Veröffentlichung: Kühn, Gerd: *Einzelhandel in den Kommunen und Nahversorgung in Mittel- sowie Großstädten*, Berlin 2011 (Difu-Paper).

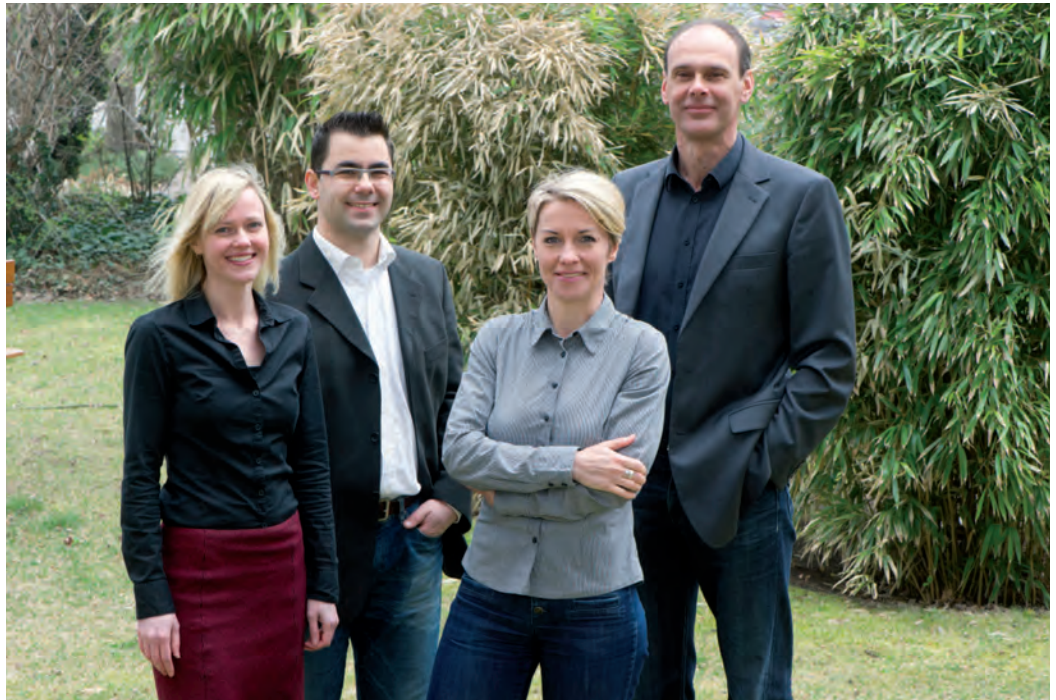
Zum Thema Innerstädtische Einkaufszentren gibt es nach wie vor hohen Informationsbedarf: Obwohl bereits in den vergangenen 15 Jahren in vielen Städten Center dieses Typs entstanden sind, ist ein Ende der Entwicklung nicht in Sicht. Einerseits hält der Druck seitens Investoren und Entwicklern auf die Städte unvermindert an; andererseits sehen viele Städte in der Ansiedlung eines innerstädtischen Einkaufszentrums die Chance, ihren Haupteinkaufsbereich in der Innenstadt zu stabilisieren oder aufzuwerten. Zudem bieten die in die Krise geratenen Warenhäuser neue Ansiedlungsoptionen. Zentrale Frage ist, inwieweit das ursprünglich für die peripheren Räume der »Zwischenstädte« ersonnene Konzept auch in den Innenstädten zu einer tragfähigen Lösung führen kann. Insbesondere Konzepte für sehr große, monostrukturierte und standardisierte Center sorgen in den Städten für Konfliktstoff. Beauftragt vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wurde eine Arbeitshilfe erstellt, die Kommunen Hinweise gibt, wie sich die Ansiedlung eines großen innerstädtischen Einkaufszentrums stadtverträglich steuern lässt.

Veröffentlichung: Junker, Rolf, Gerd Kühn und Holger Pump-Uhlmann: *Arbeitshilfe zum Umgang mit großen innerstädtischen Einkaufszentren*, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2011.

Der Städtetourismus zählt seit einigen Jahren zu den dynamischsten Segmenten des Tourismussektors und trägt in vielen Städten zunehmend zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Mehr als 1,6 Mio. Beschäftigte »leben« vom Städtetourismus. Vor allem Einzelhandel und Gastronomie profitieren davon. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat lediglich zu einem kleineren Abschwung geführt. Gründe für die insgesamt positive Entwicklung liegen in den Trends zu Kurz- und Tagesreisen, zu Zweit- und Drittreisen, in einem zunehmenden Eventtourismus, im Kultur- wie im Shoppingtourismus, einem der zentralen »Treiber« des Städtetourismus. Absehbar ist eine stärkere Polarisierung der Nachfrage im Tourismus. Die Diskussionen im Seminar »Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor: Handlungsfelder, Trends und Perspektiven« im Oktober 2011 in Berlin zeigten: Qualität der Angebote und Einzigartigkeit werden – in einem kaum größer werdenden Markt bei wachsender internationaler Konkurrenz – künftig noch wichtiger.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Wirtschaft finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor



v.l.n.r.: Marion Eberlein,
Stefan Schneider, Antje Sei-
del-Schulze, Busso Grabow
Foto: David Ausserhofer.

Nachhaltige Stadtentwicklung fußt ganz elementar auf finanzieller Nachhaltigkeit. Diese ist durch verschiedene Prinzipien geprägt: langfristig dauerhafter Haushaltsausgleich, langfristige Planung unter Berücksichtigung der absehbaren großen Entwicklungslinien in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, Transparenz der Folgekosten von Entscheidungen und Vorhaben nicht nur der Stadtentwicklung. Jedes Handeln muss sich langfristig rechnen – ob direkt monetär oder indirekt durch eine Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Unter den gegebenen Bedingungen und in naher Zukunft kann allerdings von einer nachhaltigen Entwicklung der kommunalen Finanzen in Deutschland (noch) keine Rede sein.

→ Wachsende Diskrepanz zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen

Viele Kommunen sind heute finanziell kaum noch leistungsfähig. Im Vergleich zu Bund und Ländern ist die kommunale Verschuldung mit knapp 90 Mrd. Euro zwar absolut gesehen noch relativ gering – trotzdem können viele Städte, Gemeinden und Landkreise ihren Gemeinwohlaufrag künftig immer weniger wahrnehmen. Die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen geht weiter auf. Zwar kommt inzwischen der konjunkturelle Aufschwung seit 2010 mit einiger Verzögerung in den kommunalen Kassen an. Auch werden die kommunalen Haushalte dadurch entlastet, dass der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter schrittweise und ab 2014 vollständig übernehmen will.

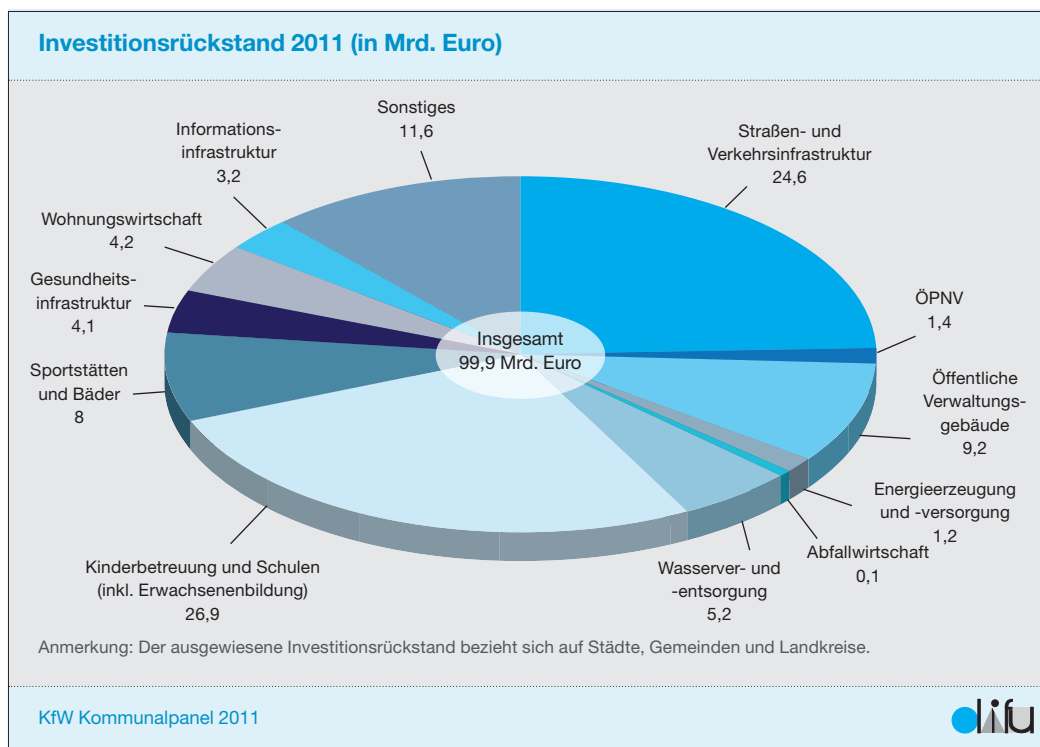
→ KfW Kommunalpanel 2011

Allerdings kommen künftig neue Herausforderungen auf die Kommunen zu, deren Auswirkungen heute nur schwer abzuschätzen sind: Zu nennen sind hier die Schuldenbremse, die Reduzierung der Mittel aus Förderprogrammen wie der Städtebauförderung und der Gemeindeverkehrsfinanzierung, höhere Ausgaben durch den demografischen Wandel und – in den neuen Ländern – das Auslaufen der Mittel aus dem Solidarpakt II. Damit stellt sich die zentrale Frage, wie der infrastrukturelle Rahmen der Daseinsvorsorge gesichert werden kann.

Entsprechend fokussierte das Difu 2011 im Themenbereich Finanzen und Investitionen seine Forschungsschwerpunkte. Nachhaltige Entwicklung der Kommunalfinanzen, Investitionsrückstände und -bedarfe, Finanzierung und Management von Investitionen werden in enger Verzahnung mit den umfassenderen Fragen zur Zukunft der kommunalen Infrastruktur (siehe auch Teil B »Infrastruktur«) behandelt.

Investitionen, Investitionsbedarfe und ihre Finanzierung

Bereits zum dritten Mal führte das Difu im Auftrag der KfW Bankengruppe eine Befragung von knapp 2000 Städten und Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern durch (Kommunalpanel). Anders als in den Vorjahren wurden diesmal auch



die Landkreise befragt. Ziel des »KfW Kommunalpanels 2011« ist es, einen aktuellen Überblick über die finanzielle Situation, den Investitionsbedarf, die Investitionstätigkeit und die Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen zu erhalten. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im zweiten Quartal 2012 der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt (Online-Veröffentlichung, Reihe KfW-Research). Die KfW Bankengruppe plant darüber hinaus eine Fachtagung zur Situation der kommunalen Finanzen. Es ist vorgesehen, das Kommunalpanel auch 2012 wieder aufzulegen.

Besondere Anforderungen ergeben sich für kommunale Infrastrukturen aus dem demografischen Wandel. So geht etwa die Alterung der Bevölkerung mit einer steigenden Anzahl von Personen einher, deren Mobilität eingeschränkt ist und die einen erhöhten Betreuungsbedarf aufweisen. Dies wiederum zwingt die Kommunen, ihr Infrastrukturangebot entsprechend anzupassen – nicht nur quantitativ, sondern gerade auch qualitativ. Dabei geht es um den Erhalt einer funktionsgerechten Daseinsvorsorge, um eine veränderte zielgruppenspezifische Nachfrage, um altersgerechte und barrierefreie Angebote. Ziel der Difu-Studie »Investitionsbedarf in den alters- und demografiegerechten Umbau der Infrastruktur von Städten und Gemeinden«, von der KfW Bankengruppe in Auftrag gegeben, ist es zu untersuchen und abzuschätzen, wie die Alterung der Gesellschaft die kommunale Infrastruktur und den kommunalen Investitionsbedarf bis 2030 beeinflusst. Auch Aspekte der Mobilitätseinschränkung und der Barrierefreiheit sollen berücksichtigt werden.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung – das sehen immer mehr Entscheidungsträger in den Kommunen genauso – ist es unabdingbar, die fiskalischen Wirkungen der kommunalen Investitionstätigkeit intensiver ins Kalkül zu ziehen. Ein Instrument dazu ist die Doppik, die den Kommunen wichtige Steuerungsinformationen an die Hand geben kann. In vielen Fällen bleibt ihr Nutzen aber noch diffus. Die Akzeptanz der Doppik in Politik und Verwaltung muss erst noch durch praktische Anschauung wachsen. Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beauftragte Difu-Studie »Städtebauförderung und Doppik« zeigt am Beispiel dieses zentralen Instruments einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wie fachpolitische und finanzwirtschaftliche Ziele zusammenspielen müssen. Gerade im Kontext einer rückläufigen Bereitstellung von Ressourcen stellt die Doppik eine wichtige Informations- und Steuerungsgrundlage dar.

Veröffentlichung: Schneider, Stefan, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig und Mandy Schwausch: Städtebauförderung und Doppik (BBSR-Online-Publikation; in Vorbereitung).

Nachhaltige Kommunalfinanzen

Für eine nachhaltige Gesundung der Kommunalfinanzen in mittel- und langfristiger Perspektive gibt es eine Reihe von Voraussetzungen: Kommunen müssen mit ihren Unternehmen zusammen betrachtet werden und mit diesen abgestimmt agieren. Sie müssen ihre Spielräume auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit Blick auf eine

→ Haushaltswirkungen der Städtebauförderung

→ Alters- und behindertengerechte Infrastruktur

nachhaltige Entwicklung ausloten. Bund und Länder müssen eine Reform der Gemeindefinanzen vorantreiben. Nicht zuletzt muss die Entwicklung des Anlagevermögens neben dem Haushaltsausgleich gleichberechtigt in den Blick genommen werden. Ein entsprechendes Konzept einer nachhaltigen Finanzentwicklung in den Kommunen haben Difu-Autoren in einem Beitrag für die Zeitschrift RaumPlanung skizziert. In ihm werden auch die ökologischen und sozialen Effekte der Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge (»Stadttrendite«) – ob in städtischer Eigenregie oder übertragen an Dritte – stärker berücksichtigt.

Veröffentlichung: Grabow, Busso, und Stefan Schneider: Nachhaltige Finanzen im Konzern Stadt, in: RaumPlanung, H. 10–11/2011, S. 229–235.

→ Konnexitätsprinzip

→ Nachhaltige Finanzen
im Konzern Stadt

Die Einsicht in die grundsätzliche Notwendigkeit einer nachhaltigen Kommunalfinanzierung ist das Eine – die Umsetzung in praktisches Handeln das Andere. Ganz konkret wird daher am Beispiel und im Auftrag der Stadt Köln ein entsprechendes Konzept mit Leben gefüllt. Das Difu untersucht im Rahmen einer »Vorstudie – Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt«, wie auf Basis des Neuen Kommunalen Finanzmanagements und einer ganzheitlichen Betrachtung des »Konzerns Stadt« ein praktikabler Daten- und Berechnungsrahmen entwickelt werden kann. Dieser soll die finanzwirtschaftliche Situation des »Konzerns Stadt Köln« in einer langfristigen Perspektive transparent machen und die fiskalischen Folgen zukunftsrelevanter politischer Entscheidungen (oder Unterlassungen) in verlässlichen Schätzrechnungen verdeutlichen. Als ersten Schritt prüft das Difu gemeinsam mit dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln) Ansatzpunkte, Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung eines infrastruktur-basierten Nachhaltigkeitskonzepts für die städtischen Finanzen. Die Ergebnisse der Vorstudie werden im Frühsommer 2012 vorliegen.

→ Lösungsansätze und
Finanzierungsinstrumente

Trotz aller problematischen Rahmenbedingungen – exponentiell zunehmende Kassenkredite, mittelfristige Einschränkungen durch die »Schuldenbremse«, Wegbrechen von Fördermitteln – gibt es eine Vielzahl von fachspezifischen Ansätzen, Daseinsvorsorge auch ohne »ein dauerndes Mehr« an Geld zu sichern. Autorinnen und Autoren aus dem Difu entwickeln in einem Difu-Impulse-Band einige Vorschläge, wie sich – in Einzelfällen kurzfristig, vor allem aber mittel- und langfristig – die (finanziellen) Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden erweitern lassen.

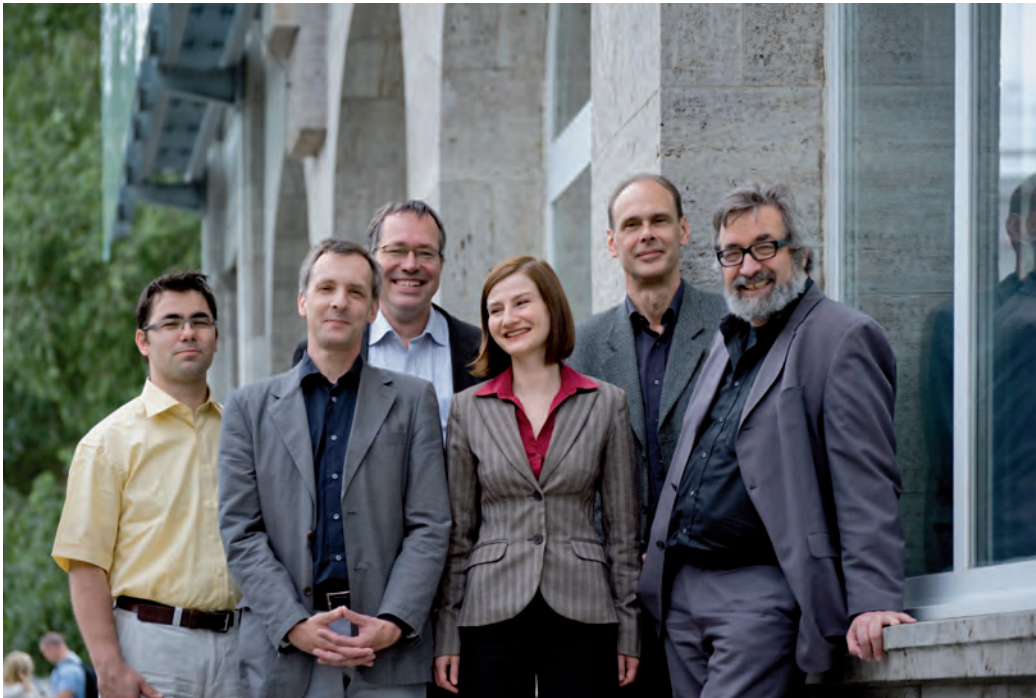
Veröffentlichung: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 3/2011).

Unter einer ähnlichen »Generalfrage« stand ein Difu-Seminar zu »Alternativen Finanzierungs- und Beschaffungsinstrumenten«: Wie können Kommunen ihren Aufgaben auch zukünftig gerecht werden? Es ging um Möglichkeiten, zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen, den Mitteleinsatz effizienter und effektiver zu steuern und die Beschaffung zu optimieren. Die Beiträge waren konsequent an wichtigen Querschnittsthemen ausgerichtet: Risikomanagement, Lebenszyklusansatz, wirkungsorientierte Steuerung im aktivierenden Staat und die Rolle der Doppik.

Ein wichtiger Grundsatz, der die Kommunen vor finanziellen Belastungen durch neue oder erweiterte Aufgabenübertragungen von Seiten des Bundes und der Länder schützen soll, ist das »Konnexitätsprinzip«. Obwohl dieser Grundsatz von Bund und Ländern anerkannt wird, ist der Dreh- und Angelpunkt bei der Einhaltung des Konnexitätsprinzips die Auslegung der Konnexitätsbestimmungen. Für das Difu und den Deutschen Städtetag war dies Anlass, einen Beitrag zur Rechtsentwicklung bei der Anwendung des Konnexitätsprinzips zu leisten: Aktuell umstrittene Fragen wurden im Rahmen einer Fachtagung diskutiert und tragfähige Vorgehensweisen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips vorgeschlagen. Die Dokumentation der Fachtagung wurde in der Reihe Difu-Impulse veröffentlicht (siehe auch Teil B »Politik, Verwaltung und Recht«).

Veröffentlichung: Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke (Hrsg.): »Wer zahlt die Zeche?« Das Konnexitätsprinzip – richtig angewandt. Dokumentation der Tagung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag am 1. Dezember 2010, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 7/2011).

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Finanzen und Investitionen finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Stefan Schneider, Jens Libbe, Tilman Bracher, Stefanie Hanke, Busso Grabow, Klaus J. Beckmann
Foto: Doris Reichel.

Die städtischen Infrastrukturen unterliegen zahlreichen sich verändernden Rahmenbedingungen. Diese wirken sich mehr oder weniger unmittelbar auf vorhandene Netze, Anlagen und Gebäude wie auch die nötigen Anpassungsmaßnahmen aus. Bereits in den vergangenen Jahren standen dabei drei Herausforderungen besonders im Fokus: die Konsequenzen aus dem sozio-demografischen Wandel für die technische und wirtschaftliche Funktionsfähigkeit, die begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten öffentlicher Haushalte und vorhandene Investitionsrückstände sowie die notwendigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Eine weitere, überaus bedeutende Herausforderung bildet die im Jahr 2011 von der Bundesregierung beschlossene Energiewende. Städte und Gemeinden sind gefordert, ihren Beitrag zu den energiepolitischen Zielen der Bundesregierung zu leisten.

Veröffentlichung: Beckmann, Klaus J., und Jens Libbe: Infrastruktur und Stadtentwicklung. Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung zeigt Herausforderungen und Handlungsoptionen für die technische und soziale Infrastrukturplanung der Städte auf, in: Stadt und Gemeinde, H. 4/2011, S. 154–156.

Das stadttechnische Versorgungskonzept von morgen – Herausforderungen in der Wärmeversorgung

In einer vom Difu und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) organisierten Dialog-Veranstaltung am 16. März 2011 erörterten 20 Experten aus den Bereichen Stadtentwicklung, Infrastruktur und Wissenschaft die Frage, wie das stadttechnische Versorgungskonzept von morgen aussehen wird. Brisanz erhielt die Diskussion durch die tragischen Ereignisse von Fukushima sowie die bundespolitische Debatte zur Kernenergie. Damit stand ein Ergebnis schon vor Gesprächsbeginn fest: Die Anstrengungen bei Energieeinsparung und -effizienz werden über die Ziele des Energiekonzepts der Bundesregierung vom September 2010 hinausgehen müssen.

Die große Herausforderung liegt im Siedlungs- und Gebäudebestand. Stadtentwicklungsplanung und Versorgungswirtschaft stehen vor einem immer weniger überschaubaren und kaum zusammenpassenden Puzzle mit starker Heterogenität:

→ Komplexes Puzzle aus Anlagen, Verbräuchen und Sanierungsstandards im Siedlungsbereich

Dies betrifft Anlagen, Verbräuche und Einwohnerdichten, den erreichten Sanierungsstandard bei Gebäuden sowie die Verteilung sanierter Gebäude im Siedlungsbereich. Unrentable Netze durch ungesteuerte Entwicklungen drohen besonders in der Wärmeversorgung, sofern keine dezidierte Abstimmung erfolgt. Dies schließt die Dimensionierung oder auch Neuorientierung der Netze mit Blick auf einen steigenden Kältebedarf ein. Ziel muss eine größtmögliche Energieeffizienz sein. Verbrauchsnahe Erzeugung spielt ebenso eine Rolle, wie Primärenergie, Anlagentechnik etc. auf die lokalen Bedürfnisse abzustimmen sind.

In der Veranstaltung zeigte sich, dass das Thema alle Kommunen betrifft – unabhängig davon, ob diese stark wachsen oder sich im Stadtbau befinden, bezüglich Fläche oder Bevölkerung groß oder klein sind, ein Wärmenetz vorhanden ist oder nicht. Um finanzielle, energetische und städtebauliche Ineffizienzen zu vermeiden, müssen langfristige Baumaßnahmen im Gebäudebereich wie bei den technischen Infrastrukturen stärker zwischen Planung, Versorgern sowie weiteren relevanten Akteuren abgestimmt werden. Immobilieneigentümer stehen je nach Wohnungsmarktsituation vor der Frage, wie sie energetische Maßnahmen refinanzieren. Als wichtige Planungs- und Handlungsvoraussetzungen wurden klare und verlässliche Aussagen der Politik genannt.

Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in der Stadt

Die Zukunft der städtischen Energieversorgung hängt davon ab, inwieweit es den Kommunen gelingt, Stadt- und Infrastrukturentwicklung als Ganzes zu betrachten und Letztere als strategische Frage der Stadtentwicklung zu behandeln. Die planenden Akteure auf Seiten der Kommunen wie der Stadtwerke sind hierbei gleichermaßen gefordert. Sie stehen dabei nicht selten im Zwiespalt zwischen den Zielen Erzeugung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz einerseits sowie Gewinnerwartungen der Städte an »ihre« Stadtwerke andererseits. Es bedarf integrierter gesamtstädtischer Energiekonzepte, um räumliche, wirtschaftliche und energiepolitische Anliegen zu verknüpfen, so ein Ergebnis eines Seminars, das vom Difu in Kooperation mit dem »AGFW – Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.« im Oktober 2011 veranstaltet wurde. Gegenwärtig – auch das wurde deutlich – besteht eine große Diskrepanz zwischen dem Wissen um koordinierte, integrierte Planung und der tatsächlichen Zusammenarbeit zwischen den Akteuren. Gleichwohl gibt es erste Beispiele, auf denen aufgebaut werden kann.

→ Integrierte Stadtentwicklungs- und Energieversorgungskonzepte erforderlich

→ Debatte um Wasserpreise verengt geführt

Veröffentlichung: Libbe, Jens: Notwendigkeit dezentraler Infrastrukturen, in: Pinnekamp, Johannes (Hrsg.): 3. Aachener Kongress »Dezentrale Infrastruktur«, Aachen 2011, S. 1–12 (Reihe Gewässerschutz – Wasser – Abwasser).

Zukunftsfähige Infrastruktur, Stadtentwicklung und Raum

Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die Herausforderungen, die sich aus dem energiepolitischen Paradigmenwechsel für Stadtentwicklung und Infrastrukturplanung ergeben, aufgenommen und prüft die Überarbeitung des »Stadtentwicklungsplans Ver- und Entsorgung« aus dem Jahr 1998. Neben einer Aktualisierung der Bestandsaufnahme städtischer Infrastruktur sollen neue Aspekte der Ver- und Entsorgung mit erneuerbaren Energien berücksichtigt werden.

Das Difu wurde mit einer Sondierungsstudie beauftragt, die der Senatsverwaltung strategische Hinweise zum weiteren Vorgehen geben soll. Der Titel der Studie »Zukunftsfähige Infrastruktur, Stadtentwicklung und Raum« steckt dabei den Untersuchungsrahmen ab. Ziel ist es, eine Standortbestimmung in zweifacher Hinsicht vorzunehmen: zum einen im Hinblick darauf, wie sich Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien räumlich auswirken; zum anderen im Hinblick auf die Notwendigkeit sowie den Stand von Forschung und Praxis einer konzeptionell integrierten Betrachtung von Stadtentwicklung und Energie. Projekte und Förderprogramme werden erfasst, Beispiele aus anderen Städten herangezogen. Neben einer Bestandsaufnahme wird ein Expertengespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Bereichen Stadtentwicklung, Infrastrukturplanung und Forschung durchgeführt.

Der öffentliche Wassersektor in Deutschland – ineffizient und reformbedürftig?

Der Wassersektor in Deutschland wird in regelmäßigen Abständen kritisiert: Er sei im internationalen Vergleich ineffizient und nicht konkurrenzfähig. Auch die kartellrechtliche Kontrolle von Wasserpreisen – von der (ebenfalls vielfach kritisierten) Rechtsprechung der Zivilgerichte bestätigt – wirft erneut die Frage nach Struktur und Organisation des Wassersektors auf. Zugleich stellen Klimawandel und demografische Entwicklung neue Herausforderungen an dessen Flexibilität und Fähigkeit, neue technische Optionen zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund führte die Evangelische Akademie Hofgeismar gemeinsam mit dem Difu eine Tagung zum Thema »Der öffentliche Wasser-

sektor in Deutschland – ineffizient und reformbedürftig?« durch. Dabei wurde deutlich, dass die drei Diskurse nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Die Debatte um Wasserpreise wird regelmäßig verkürzt geführt. Die kartellrechtliche Kontrolle unter Bezugnahme auf Mittelwerte ist solange wenig aussagekräftig, wie spezifische örtliche Bedingungen nicht ausreichend mit in die Betrachtung einbezogen werden. Die Berücksichtigung örtlicher Rahmenbedingungen setzt umgekehrt den Willen und die Fähigkeit der (kommunalen) Unternehmen voraus, ihre Kostenstellen entsprechend differenziert aufzuschlüsseln. Hier besteht mancherorts noch Verbesserungsbedarf. Insbesondere in den alten Bundesländern verfügen viele Unternehmen über keine aussagekräftige Kostenrechnung. Notwendig ist auch eine größere Einheitlichkeit im Handeln der Landeskartellbehörden. Derzeit werden mit dem sogenannten Kostenprüfungsansatz, dem Vergleichsverfahren sowie dem Dialog mit den Versorgern unterschiedliche Strategien durch die Aufsichtsbehörden verfolgt. Ähnliches gilt im Übrigen für die Kommunalaufsicht, die je nach Bundesland unterschiedlich agiert. Es ist mit Blick auf das für die öffentlich-rechtlichen Unternehmen geltende Gebührenrecht entscheidend, dass die Kommunen auf Kostendeckung achten. In diesem Zusammenhang wiesen viele Veranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf einen schleichenden Verfall der Infrastruktur aufgrund unzureichender Rückstellungen hin.

Wasserpreise müssen aber auch in Relation zur langfristigen Infrastrukturplanung gesetzt werden. Ein technisches System wie die Wasserversorgung oder die Abwasserentsorgung ist extrem pfadabhängig. Heutige Preise und Gebühren spiegeln letztlich planerische Entscheidungen der Vergangenheit. Insofern ist es wichtig, sich heute zu vergewissern, wie das technische System in Zukunft aussieht. Neuartige Sanitärsysteme sowie die engere Kopplung zwischen den Bereichen Abwasser, Abfall und Energieversorgung werden das vorhandene System grundlegend verändern – mehr, als dies heute innerhalb der Branche gemeinhin erkannt wird. Als künftiger Standard sind die Trennung von Grau- und Schwarzwasser sowie die Nutzung von Abwärme zu erwarten.

Es bestand Einvernehmen, dass der Frage der Pfadabhängigkeit bzw. der erforderlichen größeren Flexibilität des Gesamtsystems große Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Dies ist letztlich nicht nur eine technische Frage, sondern beeinflusst auch das institutionelle Gefüge der Branche. Die Art der Organisationsform, ob nun öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich, ob zu 100 Prozent kommunales Eigentum oder funktionale oder materielle Privatisierung, ist nicht allein entscheidend. Allerdings bieten gerade kommunale Strukturen die Chance, den infrastrukturellen Umbau und die Zusammenführung bisher getrennter Sparten gezielt voranzutreiben und Effizienzpotenziale zu heben.

Veröffentlichung: Kluge, Thomas, und Jens Libbe: Energie- und ressourceneffiziente kommunale Wasserinfrastruktur, in: Kommunalwirtschaft, H. 3/2011, S. 155–157.

Orientierungen für Infrastruktur- und Stadtplanung

In der Vergangenheit waren Richt- und Orientierungswerte wichtige Instrumente in der stadtplanerischen Praxis. In Form von status-quo-orientierten Kennzahlen – entstanden unter Voraussetzungen eines stetigen Wachstums und der Pfadabhängigkeit vorhandener Infrastruktur – werden sie den heutigen Herausforderungen jedoch nicht mehr gerecht. Erforderlich sind stattdessen Orientierungen, die Planerinnen und Planer befähigen, neben quantitativen Kennzahlen auch Wirkungszusammenhänge zwischen Stadt- und Infrastrukturplanung zu erkennen. Hier steht insbesondere der Planungsprozess im Zentrum. Gemeinsames Ziel des Difu und der Wüstenrot Stiftung ist es, Grundlagen für städtebauliche Orientierungen zu erarbeiten. Sie sollen den Städten dabei helfen, in der Infrastrukturplanung wie auch den Weichenstellungen für einen zukunftsgerichteten Städtebau die zu erwartenden Entwicklungen adäquat zu berücksichtigen und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Stadtentwicklung zu schaffen.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Infrastruktur finden Sie unter »Daten und Fakten«.

v.l.n.r. (hinten): Thomas Weber, Wulf-Holger Arndt, Arne Koerdt, Irene Schlünder, Wolfgang Aichinger, Jürgen Gies, Tilman Bracher, Sylvia Kanzler
 v.l.n.r. (vorn): Martina Hertel, Antje Stegmann, Johanna Theunissen, Jörg Thiemann-Linden, Anne Klein-Hitpaß, Simone Harms mit Sophia, Stefanie Hanke mit Caspar, Garnet Glaser (nicht abgebildet: Klaus J. Beckmann)
 Foto: David Ausserhofer.



Urbane Mobilität nachhaltig gestalten

»Nachhaltige Mobilität« stand auch 2011 – neben der drohenden Erosion der finanziellen Basis des umweltverträglichen städtischen Verkehrs – im Zentrum der politischen Debatte sowie der Forschungs- und Vermittlungstätigkeit des Difu. In ihrem Weißbuch Verkehr vom 28.3.2011 schlägt die EU-Kommission vor, dass Städte ab einer bestimmten Größe Stadtmobilitätspläne auflegen und die sog. externen Effekte des Verkehrs in den Preisen »internalisiert« werden. So will man dem Verkehrsteilnehmer eine Auswahl von Verkehrsalternativen anbieten können, die nicht durch Subventionen gelenkt wird. In seinem Beschluss vom 17.6.2011 begrüßt der Bundesrat das Weißbuch und stimmt darin überein, dass das bestehende Verkehrssystem vor dem Hintergrund der steigenden CO₂-Emissionen und der gesellschaftlichen Kosten des Verkehrs nicht nachhaltig ist. Aus Gründen des Klimaschutzes soll es nach Auffassung der EU in den Städten im Jahr 2030 nur noch halb so viele mit konventionellem Kraftstoff betriebene Pkw geben wie heute. In Projekten und Veranstaltungen befasst sich das Difu mit zahlreichen Aspekten dieses Themas. So zielt insbesondere »die Stadt der kurzen Wege« auf einen integrierten Ansatz zur Vermeidung von Verkehr.

Mobilitätsverhalten und Lebensstile

Das Mobilitätsverhalten zeigt seit der Jahrtausendwende Sättigungstendenzen im Autoverkehr. Die Motorisierungsrate steigt zwar insgesamt noch an, besonders in älteren Altersklassen durch die Frauen. Allerdings ist bei jüngeren Altersgruppen die Autoorientierung nicht mehr so stark ausgeprägt: Pkw- und Führerscheinbesitz verlieren hier an Bedeutung. Allgemein sinkt das Aufkommen im motorisierten Individualverkehr (MIV) und steigt im öffentlichen Verkehr (ÖV) leicht an. Die zurückgelegten Entfernungen nehmen im Durchschnitt jedoch zu.

Das Difu hat eine Übersicht über verschiedene Erhebungen im Personenverkehr erstellt. Neben allgemeinen Kennwerten zum Verkehrsverhalten wie Tagesdistanzen, Verkehrsmittelwahl oder Unterwegszeiten lag ein Schwerpunkt auf der räumlichen Differenzierung. Verkehrskennwerte wurden soweit wie möglich je nach Stadtlagetypen aufbereitet. Die Ergebnisse liefern bessere Grundlagen für die kommunale Planung: bei der Auswahl von Standortalternativen, der Betrachtung von Potenzialflächen oder der Flächennutzungsplanung, in Bezug auf Verkehrsfolgen und Folgekosten von Infrastruktur.

Veröffentlichung: Arndt, Wulf-Holger, und Frank Zimmermann: Mobilitätsverhalten in Deutschland. Aufbereitung und Auswertung von Mobilitätskennwerten, Berlin 2012 (Difu-Impulse, Bd. 1/2012).

Elektromobilität

Die Potenziale des Elektroverkehrs werden in Deutschland z.B. im Programm »Modellregionen Elektromobilität« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) beforscht. Das Difu evaluierte die Projekte der Modellregionen. Dabei zeigte sich: Elektrisch angetriebene Pkw sind für einen wirtschaftlichen Einsatz noch zu teuer. Entwicklungsbedarf besteht zur Energieeffizienz von Batterien und Nebenaggregaten und zu Geschäftsmodellen für die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum. Damit elektrische Fahrzeugkonzepte im Pkw- und Nutzfahrzeugbereich nachhaltig Erfolg haben können, müssen sie stärker in integrierte Mobilitätskonzepte (z.B. Carsharing) eingebunden werden.

Während der ÖPNV (Straßenbahnen, Züge, O-Busse) bereits elektrisch unterwegs ist, »boomt« jetzt auch der Markt der elektrounterstützten Zweiräder (»Pedelects«). Diese erschließen neue Einsatzbereiche für den Fahrradverkehr, z.B. in hügeligen Gebieten oder für Radfahrten mit weiten Entfernungen. Letzteres kann z.B. auf dem Land bei ungenügenden ÖPNV-Angeboten eine Alternative zum Auto darstellen.

Kommunale Handlungsfelder und Umsetzung

Die Städte und Regionen Europas stehen bei der Gestaltung eines nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Verkehrssystems vor ähnlichen Aufgaben. Gemeinsam können sie z.B. Konzepte für einen nachhaltigen Stadtverkehr erarbeiten, zur Verbesserung des ÖPNV beitragen oder Impulse für großräumige Verkehrskorridore entwickeln, mit denen sich Güterverkehr von der Straße auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Bahn und Schiff verlagern lässt. Im Rahmen eines vom Bund geförderten Forschungsvorhabens erarbeitete das Difu eine Studie zu fünfzehn ausgewählten Projekten, die im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG im Themenfeld Mobilität und Verkehr durchgeführt wurden. Die Studie zeigt Städten und Regionen die Handlungsfelder und Möglichkeiten transnationaler Kooperationen auf.

Veröffentlichung: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Transnationale Perspektiven für Mobilität und Verkehr. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können (Bearbeitung: Zwickler-Schwarm, Daniel, und Jürgen Gies, Difu), Bonn 2012.

Ein Difu-Seminar befasste sich mit den Handlungsmöglichkeiten, die Städte haben, um verkehrsbedingte Schadstoffbelastungen zu verrin-

gern. Luftverunreinigungen, CO₂-Emissionen und zugleich Lärmbelastungen lassen sich effektiv bekämpfen, indem der Umweltverbund gestärkt und verkehrssparende Siedlungsstrukturen entwickelt werden.

Zentrales Problem nachhaltiger Mobilität ist ihre Umsetzung. Obwohl entsprechende Konzepte bereits seit Mitte der 1990er-Jahre bekannt sind, werden sie nur bruchstückhaft realisiert und hängen zudem stark vom Engagement einzelner Personen ab. Der öffentliche Verkehr ist im Verbund mit neuen Entwicklungen im Radverkehr – Stichworte: Pedelects und Schnellradwege – ein wichtiger Baustein für nachhaltige Mobilität und damit für bessere Lebensqualität in der Stadt.

Unter dem Motto »Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was« fand im Januar 2011 die dritte Fachtagung der – gemeinsam mit dem Umweltbundesamt veranstalteten – Reihe »kommunal mobil« statt. Die Veranstaltungsreihe bietet ein Forum für die Fachöffentlichkeit, ihre stadt- und verkehrsplanerischen Lösungen vorzustellen, zu diskutieren und Anregungen mitzunehmen.

Veröffentlichung: Gies, Jürgen (Hrsg.): Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was. Dokumentation der Fachtagung »kommunal mobil« am 24./25. Januar 2011 in Dessau-Roßlau, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 5/2011).

Mit der Regionalisierung des Schienenpersonen-nahverkehrs und dem Inkrafttreten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) 1996 war die Aufgabenträgerschaft neu in die deutsche ÖPNV-Welt eingeführt worden – 15 Jahre Erfahrung wurden zum Anlass genommen, sich mit dem Thema kritisch auseinanderzusetzen.

Die Handlungsmöglichkeiten der Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr sind klar umrissen. Anders ist es in dem Teil des ÖPNV, der dem Regime des PBefG unterliegt, d.h. bei Bussen, Stadt- und Straßenbahnen sowie U-Bahnen. Das dortige Kompetenzgeflecht erweist sich als deutlich schwieriger und ist in der alltäglichen Arbeit mit zahlreichen Fallstricken gespickt. Im Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht existieren zahlreiche Hürden, und eine klärende Novellierung des nationalen Rechts konnte auch 2011 nicht umgesetzt werden, obwohl die Verordnung bereits seit Ende 2007 vorliegt und zwei Jahre später in Kraft getreten ist. »Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer Hand« war Thema eines Difu-Seminars im Juni 2011.

Kompetenzzentrum für den Radverkehr

In vielen Kommunen galt die besondere Aufmerksamkeit der Verkehrspolitik auch 2011 dem Thema Fahrrad. So hat Berlin eine neue Radverkehrsstrategie vorbereitet, Bonn möchte mit einem »Strategiekonzept zur ganzheitlichen

→ Gemeinsame Fachtagung mit dem UBA zur nachhaltigen Mobilität

→ Aufgabenträgerschaft im ÖPNV

→ Studie zu INTERREG-Projekten in den Bereichen Mobilität und Verkehr

Förderung des Radverkehrs« Fahrradhauptstadt 2020 werden, und die »Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg« entwickelt ein regionales Schnellradwegenetz für den Alltagsverkehr bis 20 km Länge. Seit 2004 betreibt das Difu das zentrale Fahrradportal für Bund, Länder, Kommunen und Fachöffentlichkeit zum Nationalen Radverkehrsplan. Es bietet eine umfassende Sammlung von Praxisbeispielen, Quellen und Nachrichten rund um das Thema Radverkehr und wird vom BMVBS gefördert. Um das Fahrradportal herum stellt das Difu als Kompetenzzentrum für den Radverkehr Unterstützungsstrukturen für die kommunale Radverkehrsförderung bereit: Die Literaturdatenbank bietet bereits über 1000 Literaturquellen zum Download. In der Moderation von Beteiligungsverfahren und Arbeitsprozessen wurden Grundlagen für die Radverkehrsstrategie des Berliner Senats und den Nationalen Radverkehrsplan 2020 gelegt. Die Fahrradakademie vermittelt in Veranstaltungen für Städte und Gemeinden, Regionen und Landesbehörden in allen Bundesländern »Fahrradwissen« an die kommunalen Akteure (siehe auch Teil C »Fortbildung – Fahrradakademie«).

Die Reihe »Forschung Radverkehr« fasst in kompakten Dossiers die Praxiserfahrungen und Forschungsergebnisse aus Deutschland und anderen europäischen Ländern zusammen. In bisher 18 Ausgaben mit unterschiedlichen Akzenten wurden praxisnahe Hinweise und gute Beispiele als Orientierung für die Kommunen zusammengestellt. Einen Schwerpunkt bildet das Thema Fahrradparken, das mit zunehmendem Radverkehr zur planerischen Herausforderung wird (Ausgaben zum Fahrradparken an Bahnhöfen, in der Einkaufscity, in dicht bebauten Wohngebieten). Im englischsprachigen Teil des Fahrradportals nrvp.de bietet die Reihe »Cycling Expertise« aktuelle Erfahrungen aus Deutschland, aufbereitet für Kommunen in anderen europäischen Ländern.

Veröffentlichungen: BMVBS (Hrsg.): Empfehlungen der von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer MdB berufenen Expertinnen und Experten zur Weiterentwicklung des Nationalen Radverkehrsplans, Berlin 16.9.2011.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.): Radverkehrsstrategie für Berlin – Fortschreibung 2011.

Siehe auch: www.nrvp.de, www.nrvp.de/transferstelle, www.fahrradakademie.de, www.nationaler-radverkehrsplan.de/nrvp2020

Öffentliche Fahrradverleihsysteme

Mit der Integration von Fahrradverleihangeboten in den ÖPNV befassen sich die im Wettbewerb »Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme – Neue Mobilität in Städten« prämierten und vom BMVBS geförderten Modellprojekte in Mainz (»MeinRad«), Nürnberg (»Norisbike«), Kassel (»Konrad«), der Metropolregion Ruhr, Stuttgart und auf der Insel Usedom. Wissenschaftlich begleitet werden sie vom Difu zusammen mit dem Wuppertal-Institut. Die Prozessevaluation hat gezeigt: Beim Aufbau solcher Systeme müssen Verzögerungen für alle Planungs- und Umsetzungsphasen einkalkuliert werden. Für die politische Unterstützung und die Planung förderlich ist das frühzeitige Einbeziehen relevanter Akteure, z.B. mit Blick auf die Flächenfreigabe für die Stationen. In den Verträgen sollten verbindliche Zusagen zu Lieferterminen mit den Betreibern vereinbart werden.

Erfolgsfaktoren für die Akzeptanz von Fahrradverleihsystemen sind einfache Bedienbarkeit, etwa mittels Kommunikationsterminal, eine weitgehende tarifliche ÖV-Einbindung sowie klare Informationen, die Nutzungshürden abbauen und auf das System hinweisen. Systeme, die diese Merkmale schon im frühen Betriebsstadium aufweisen, z.B. das Modellvorhaben Nürnberg, konnten gute Erfolge bei der Nutzung erzielen.

Ideenwand zum Nationalen Radverkehrsplan 2020 auf dem Nationalen Radverkehrskongress 2011 in Nürnberg.
Foto: Fahrradakademie.



Veröffentlichungen: BMVBS/BBSR (Hrsg.), Bracher, Tilman, Martina Hertel, Susanne Böhrer-Baedeker u.a.: Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme. Modellvorhaben am Start, Berlin 2012.

Siehe auch: <http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahrradverleihsysteme/>

Die Stadt der kurzen Wege für Alltagswege wieder entdecken

»Die Stadt der kurzen Wege« ist zwar ein Leitbild der Stadtplanung und eine wichtige Perspektive für künftige Zeiten mit hohen Energiepreisen, aber heute liegen die bevorzugten Orte der Haushalte für Arbeit, Einkaufen und Freizeit oft weit auseinander – verbunden durch schnelle Straßen bei hoher Autoverfügbarkeit. Im europäischen Projekt »Active Access« arbeiten 15 Partner aus zehn europäischen Ländern zusammen, darunter auch Energieagenturen und Institutionen der Gesundheitsförderung. Mit wissenschaftlicher Begleitung durch das Difu wird praktisch erprobt, wie sich der Nahraum bereits im heutigen Alltag zu Fuß und mit dem Rad wieder entdecken lässt. Denn lange Autofahrten durch kurze Wege abzulösen, bedeutet Energieeinsparung, Bewegungsförderung und nicht zuletzt Unterstützung des wohnungsnahen Einzelhandels.

Mit pfiffigen Aktionen wird eine neue »Kultur der kurzen Wege« initiiert. Grundlage der stadtteilbezogenen Aktionen ist die Analyse verborgener Stärken und Schwächen im Stadtteil, z.B. über ein Fußgängerqualitäts-Audit. Sichtbare Zeichen der politischen Akzeptanz im Straßenraum dafür, dass Fußgänger und Radfahrer willkommen sind, müssen nicht teuer sein (z.B. Querungshilfen, Fahrradwegweisung). Gemeinsame »Planungsspaziergänge« und »Radtouren mit guter Laune« vermögen auch aus teilweise rivalisierenden Akteuren vor Ort ein starkes Team für den eigenen Stadtbezirk oder die eigene Gemeinde zu bilden.

Veröffentlichungen: Siehe www.nrvp.de/active-access, www.active-access.eu, www.eltis.org

Mit der Thematik kurzer Distanzen befasste sich auch ein Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes. Vor dem Hintergrund des – in der Biodiversitätsstrategie des Bundes verankerten – Flächensparziels wurden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, eine Stadt der kurzen Wege umzusetzen. Im Hinblick auf eine flächensparende Verkehrs- und Siedlungsentwicklung kommt dem ÖPNV eine Schlüsselrolle zu. Er ist selbst ein flächensparendes Verkehrsmittel, und seine Achsen sollten die Leitlinien für eine kompakte Siedlungsentwicklung bilden, damit die Flächeninanspruchnahme deutlich verringert werden kann. Siedlungsbrachen an ÖPNV-Trassen sollten konsequent (erneut) genutzt werden.

Veröffentlichung: Beckmann, Klaus J., Jürgen Gies, Jörg Thiemann-Linden und Thomas Preuß: Leitkonzept – Stadt und Region der kurzen Wege – Gutachten im Kontext der Biodiversitätsstrategie, 2011 (Umweltbundesamt, Texte Nr. 48/2011), <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4151.pdf>

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge

Das gemeindliche Straßennetz muss nicht nur unterhalten, sondern vielerorts auch aus- und umgebaut werden. Gerade Letzteres kann durch das Instrument der Straßenausbaubeiträge zumindest teilweise gegenfinanziert werden.

→ Europäisches Projekt
»Active Access«

In den meisten Bundesländern werden Straßenausbaubeiträge von Grundstückseigentümern dann erhoben, wenn eine konkrete Baumaßnahme durchgeführt wird. Eine Umlegung der Kosten auf die Anlieger der Straße, die ausgebaut wird, ist aber oft politisch schwer durchsetzbar. Aus diesen Gründen haben einige Bundesländer sog. wiederkehrende Straßenausbaubeiträge eingeführt. Diese werden in regelmäßigen, meist jährlichen Abständen von allen oder einem abgegrenzten Kreis von Grundstückseigentümern in der Gemeinde erhoben und einem gemeinsamen Topf für Straßenausbauarbeiten in einem bestimmten Gebiet zugeführt. Sie erleichtern gegenüber den einmaligen Beiträgen die gleiche Verteilung der Lasten. Denn es zahlen grundsätzlich mehr Bürger ein, weil alle Grundstückseigentümer im Gebiet abgabepflichtig sind, nicht nur die Anlieger. Außerdem ist die jährliche Umlage für den Einzelnen weniger belastend, weil die Beiträge nicht für eine Ausbaumaßnahme auf einmal aufgebracht werden müssen. Allerdings gibt es auch bei der Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge Fallstricke, die es zu umgehen gilt. 2012 wird das Difu eine Expertise zum Thema veröffentlichen.

Städtischer Wirtschaftsverkehr als Stör- und Standortfaktor

Bis zu 40 Prozent des städtischen Straßenverkehrs sind dem Wirtschaftsverkehr zuzurechnen. Ein funktionierendes Wirtschaftsleben braucht eine effiziente Stadtlogistik für Güter und Personen. Gleichzeitig tragen Lkw wesentlich zu Luftschadstoffbelastungen, zu Lärm und Unfällen bei, und es fehlt der für große Lkw erforderliche Platz. Neben (weiteren) Aktivitäten zum Thema »Gigaliner« hat das Difu für Anfang 2012 eine Internationale Konferenz zum städtischen Wirtschaftsverkehr vorbereitet und das Thema »Wirtschaftsverkehr – Stör- und Standortfaktor« in der Reihe »Difu-Dialoge« aufgegriffen.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Mobilität finden Sie unter »Daten und Fakten«.

v.l.n.r.: Anna Hogrewe-Fuchs, Nicole Langel, Andrea Wagner, Ilka Appel, Sigrid Künzel, Franziska Wittkötter (nicht abgebildet: Cornelia Rösler, Vera Völker)
Foto: Jennifer Rumbach.



Im kommunalen Umweltschutz spielten 2011 vor allem Themen rund um Klimaschutz und Klimawandel eine herausragende Rolle. Dies ist nicht zuletzt auf die Katastrophe von Fukushima und die nachfolgende Beschleunigung der Energiewende zurückzuführen.

Leitfaden »Klimaschutz in Kommunen«

→ Bewährte Arbeitshilfe umfangreich ergänzt und aktualisiert

Der Klimaschutz auf lokaler Ebene hat in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Damit reagieren die Kommunen auf die Tatsache, dass lokal gehandelt werden muss, um den nicht mehr zu leugnenden klimatischen Veränderungen etwas entgegenzusetzen. Dabei müssen das 2007 beschlossene Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung sowie erweiterte gesetzliche Rahmenbedingungen für Maßnahmen des Klimaschutzes beachtet werden. Die Umsetzung von Strategien, Programmen und Gesetzen stellt für Kommunen jedoch eine große Herausforderung dar. Ein aktueller Praxisleitfaden – vom Difu und Partnern erarbeitet – soll ihnen hierbei wertvolle Unterstützung bieten.

→ Fachkongress zum Thema Aktionsbündnisse rund um das kommunale Energiemanagement

Worauf kommt es bei der Entwicklung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes an? Wie können Klimaschutzaktivitäten initiiert und begleitet werden? Welche guten Beispiele bieten Orientierung? Welche Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz gibt es in Verwaltungen? Diesen und

weiteren Fragen rund um den kommunalen Klimaschutz widmet sich der neue Praxisleitfaden »Klimaschutz in Kommunen«. Erarbeitet wurde er im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unter Federführung des Difu in Kooperation mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und dem Klima-Bündnis. Finanziert wurde das Projekt aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU. Der Leitfaden ist die vielfach nachgefragte, inhaltlich und strukturell grundlegend überarbeitete und um aktuelle Schwerpunkte und Handlungsfelder ergänzte Neufassung des bewährten, schon 1997 herausgegebenen Handbuchs gleichen Titels.

Veröffentlichung: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) in Kooperation mit Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (ifeu) und Klima-Bündnis – Climate Alliance – Alianza del Clima e.V.: Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden, Berlin 2011 (Difu-Sonderveröffentlichung).

Kommunales Energiemanagement

Mehr als 200 kommunale Energiebeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet tauschten sich am 21. und 22. März in Goslar auf dem »16. Deutschen Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten« aus. Das Schwerpunktthema lautete 2011 »Aktionsbündnisse rund um das

kommunale Energiemanagement«. Der jährlich stattfindende Fachkongress richtet sich an Energiebeauftragte aus Städten, Gemeinden, Kreisen und kommunalen Unternehmen sowie an Ratsmitglieder.

Netzwerke zur Zusammenarbeit mit anderen Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie weiteren Akteuren nehmen angesichts der schwierigen Haushaltssituation in den Kommunen eine immer wichtigere Rolle ein. Dies gilt auch für den Bereich des kommunalen Energiemanagements. Dieser könnte, eingebunden in Netzwerke und gemeinsam mit Kooperationspartnern – Nachbarstädten und -gemeinden, lokalen Energieversorgern, ortsansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Bürgerinnen und Bürgern – deutlich effektiver sein.

Insgesamt wurden in 20 verschiedenen Workshops Beispiele zu Bündnissen, Partnerschaften und Netzwerken aus der kommunalen Praxis vorgestellt und diskutiert. Ziel war es zu zeigen, wie Kommunen mithilfe strategischer Partnerschaften wirtschaftliche Ziele sinnvoll mit energetischen Erfordernissen verbinden können. Berücksichtigt wurden auch so aktuelle Bereiche wie »Energieeffizienz«, »Erneuerbare Energien«, »Energie im Gebäudemanagement« sowie »Beratung und Öffentlichkeitsarbeit«. Neben der Vermittlung von praxisgerechtem Fachwissen bot die Veranstaltung traditionell breiten Raum für den Erfahrungsaustausch.

Die Dokumentation des Kongresses erscheint im Frühjahr 2012 in der Reihe »Difu-Impulse«.

Umfrage Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimawandel in Kommunen

In einem internen Projekt befragte das Difu 2011 Kommunen nach ihren Maßnahmen und Projekten zum kommunalen Klimaschutz, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zu kommunalen Anpassungsstrategien angesichts des drohenden Klimawandels. Ziel war es, die aktuellen Entwicklungen, Bedarfe und Handlungskonzepte zu Klimaschutz und Klimawandel in den Kommunen einzuschätzen, um so passende Angebote zur Unterstützung der Kommunen bei diesen Aufgaben entwickeln zu können.



Kommunikative Pause beim Energiebeauftragtenkongress in Goslar.
Foto: Franziska Wittkötter.

Besonders spannend ist dieses Projekt, weil von Oktober bis November 2007 bereits eine Befragung zu genau diesen Themen vom Difu durchgeführt worden war. Befragt wurden 2011 848 Kommunen, darunter alle Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Bei kleineren Gemeinden wurde im Hinblick auf Einwohnerzahl und Lage eine repräsentative Auswahl getroffen. Im Rahmen der zweiten Umfrage wurden erstmals auch Landkreise befragt. Selbstverständlich wurden alle Kommunen einbezogen, die auch schon 2007 teilgenommen hatten – gerade hier sollte geprüft werden, wie sich Maßnahmen und Projekte entwickelt haben und wie sich beispielsweise der Einsatz erneuerbarer Energien etabliert hat. Gleichzeitig geht es auch um Erkenntnisse darüber, wie Kommunen auf die dem Klimawandel geschuldeten Rahmenbedingungen reagieren.

Die Auswertung wird im Frühjahr 2012 veröffentlicht.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Umwelt finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ Vergleichbarkeit zu Studie aus dem Jahr 2007

→ Kommunen zu den Themen Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimawandel befragt

Kommunaler Umweltschutz

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz

v.l.n.r. (hinten): Sigrid Künzel, Ilka Appel, Anna Hogrewe-Fuchs
v.l.n.r. (Mitte): Ulrike Vorwerk, Nadine Thoß, Franziska Wittkötter
v.l.n.r. (vorn): Ines Fauter, Andrea Wagner, Dina Lieder
(nicht abgebildet: Cornelia Rösler, Vera Völker, Steffen Ehlers)
Foto: Jennifer Rumbach.



→ Information und Beratung für Kommunen

Speziell für Kommunen wurde beim Difu die »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« eingerichtet. Sie bietet Veranstaltungen zu unterschiedlichen Aspekten des kommunalen Klimaschutzes und telefonische Beratungen zum Förderprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) an. Auf ihrer Homepage stellt sie umfassende Informationen zum Thema zur Verfügung. Außerdem richtet sie gemeinsam mit dem BMU jährlich einen Wettbewerb aus. Unterstützt wird die Servicestelle von den kommunalen Spitzenverbänden als Kooperationspartnern.

Veranstaltungen und Informationen

→ Umfangreiche Informationen für Antragsteller des kommunalen Förderprogramms

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bundesweit agierenden Servicestelle stehen den Kommunen seit Sommer 2008 als Ansprechpartner zur Seite. Mehrmals im Jahr organisiert die Servicestelle Fachveranstaltungen, die sich mit Aspekten des Klimaschutzes befassen und kommunalen Akteuren eine Möglichkeit zum fachlichen Austausch bieten. Im Jahr 2011 standen diese Themen auf dem Programm: sozial-ökologische Projekte im kommunalen Klimaschutz, Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens als Beitrag zum kommunalen Klimaschutz, Erfahrungsaustausch zum Klimaschutzmanagement.

→ www.kommunaler-klimaschutz.de – Homepage rund um den Klimaschutz in Kommunen

In Kooperation mit dem BMU und dem Umweltbundesamt fand im Dezember 2011 in Bonn die Fachtagung »Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel« statt. In Zusammenarbeit mit dem BMU und den kommunalen Spitzenverbänden richtet die Servicestelle zudem jährlich eine »Kommunalkonferenz« aus, in deren Rahmen auch die Gewinner des Wettbewerbs »Kommunaler Klimaschutz« prämiert werden. Die 4. Kommunalkonferenz stand unter dem Titel: »Kooperation und Vernetzung – Aktuelle Herausforderungen für den kommunalen Klimaschutz« und fand am 23. und 24. November in Berlin im Humboldt Carré statt.

Darüber hinaus organisierte die »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« zusammen mit dem BMU und dem Projektträger Jülich zwischen Mai und September in verschiedenen Städten zwölf »Informations- und Vernetzungstreffen für Antragsteller aus Kommunalverwaltungen«. Im Mittelpunkt stand hier die Nutzung des BMU-Förderprogramms für Kommunen vom Antrag bis zur Projektumsetzung.

Wissenswertes zum kommunalen Klimaschutz bietet die Homepage der Servicestelle. Interessierte finden hier unter anderem Infomaterialien und Links, Beschreibungen bereits realisierter

Klimaschutzmaßnahmen und -projekte, Beispiele kommunaler Klimaschutzkonzepte, die Richtlinie und die Merkblätter zum BMU-Förderprogramm für Kommunen, Übersichten über weitere kommunalrelevante Förderprogramme und Wettbewerbe zu Klimaschutzmaßnahmen.

Das Team der Servicestelle beantwortet telefonische und schriftliche Anfragen und berät kommunale Akteure, die auf Basis der »Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative« des BMU Fördermittel beantragen wollen. Um das Förderprogramm weiter bekannt zu machen, wird es von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Servicestelle auch auf Veranstaltungen Dritter vorgestellt.

Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz«

Mit dem Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz« erhalten Kommunen und Regionen jedes Jahr die Chance, sich für vorbildliche Klimaschutzprojekte auszeichnen zu lassen. Der in Kooperation mit dem BMU bundesweit durchgeführte Wettbewerb ermöglicht den Gewinnern, ihre erfolgreich realisierten Klimaschutzprojekte einem breiten Publikum vorzustellen. Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs liegen in den Händen der Servicestelle. 2011 übergab Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen

den neun Gewinnerkommunen persönlich ihre Auszeichnungen. Das Preisgeld von insgesamt 240 000 Euro müssen die Gewinnerkommunen wieder in den Klimaschutz investieren – so sorgt der Wettbewerb dafür, dass das Thema Klimaschutz vor Ort auch weiterhin aktuell bleibt.

Die Nationale Klimaschutzinitiative

Gefördert wird die Servicestelle im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU. Deren Ziel ist es, die Potenziale für den Klimaschutz durch die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien kostengünstig zu realisieren. Städte, Gemeinden und Kreise bilden eine zentrale Zielgruppe der umfassenden Initiative. Sie müssen sich der Herausforderung stellen, klimaschädliche Emissionen effektiv und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reduzieren, denn gerade bei ihnen wird aufgrund der räumlichen Konzentration unterschiedlichster Nutzungen ein großer Teil der klimaschädigenden Emissionen erzeugt.

Veröffentlichung: Deutsches Institut für Urbanistik, »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« (Hrsg.): Kommunaler Klimaschutz 2010. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte (Bearb.: Anna Hogrewe-Fuchs, Ulrike Vorwerk), Köln 2011.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« finden Sie unter »Daten und Fakten«.



Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen, Difu-Institutsleiter Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann mit Teammitgliedern der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«: Cornelia Rösler, Anna Hogrewe-Fuchs, Franziska Wittkötter, Ulrike Vorwerk, Nadine Thoß (v.l.n.r.)
Foto: Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz.



v.l.n.r.: Maic Verbücheln,
Thomas Preuß
Foto: David Ausserhofer.

Kreislaufstadt 2030

Im Jahr 2010 hat das Difu im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) das Vorhaben »Szenarien für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik – am Beispiel: Die nachhaltige Stadt 2030« begonnen. In dem Projekt werden nacheinander zwei »Themenstränge« bearbeitet: »Kreislaufstadt 2030« und »Nachhaltige Wirtschaft in der Stadt«. Während 2011 die Arbeiten am Teilbericht zur Kreislaufstadt 2030 in die Endphase traten, wird der zweite Themenstrang »Nachhaltige Wirtschaft in der Stadt« erst 2012 abgeschlossen (siehe auch Teil B »Wirtschaft«). Die Teilberichte »Kreislaufstadt 2030« und »Nachhaltiges Wirtschaften in der Stadt« werden 2012 gemeinsam in einer Studie veröffentlicht.

→ Ist eine Kreislaufstadt implementierbar?

Grundlage des Projektes bildete ein partizipativer Szenario-Prozess. In ihm wurden mittels anschaulicher, integrierter Zukunftsbilder Handlungsoptionen, Strategieelemente und Vernetzungsansätze für eine nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet.

→ Was ist eine Kreislaufstadt?

Der Kreislaufgedanke ist bereits seit über 20 Jahren Teil der umweltpolitischen Debatte. In der Praxis sind Kreisläufe bisher jedoch noch nicht umfassend etabliert; sie werden in urbanen Regionen lediglich in Ansätzen sektoral umgesetzt. Umfassend integrierte Konzepte existieren nicht.

Eine Kreislaufstadt erhebt den Anspruch, auf verschiedenen Ebenen, möglichst lokal und integriert, geschlossene Kreisläufe aufzubauen sowie beim Entwickeln, Erneuern, Verändern und Wirtschaften mit Ressourcen nachhaltig umzugehen. In der Kreislaufstadt werden einzelne Kreisläufe somit nicht nur in sich geschlossen, sondern vor allem integriert betrachtet und ressourcenübergreifend miteinander verbunden. Eine Kreislaufstadt stellt Anforderungen an technische, strukturelle und organisatorische Vorgehensweisen sowie an Arbeits- und Entscheidungsprozesse.

Im Teilbericht »Kreislaufstadt 2030« wurden mehrere Themenfelder bearbeitet: Abfall, Energie, Flächen, Wasser/Abwasser, Mobilität, Nahrungsmittel und der »Faktor Mensch«. Sie waren ausgewählt worden, weil sie in urbanen Räumen – wenn sie im Sinne einer Kreislaufstadt umgesetzt werden – eine Antwort auf globale und nationale Herausforderungen wie etwa den Klimaschutz und die Ressourcennachfrage geben. Um Anknüpfungspunkte an vorhandene Ideen, Strukturen und Techniken zu finden, wurden aktuelle Visionen und Leitbilder identifiziert sowie Beispiele aus der Praxis beschrieben. Es zeigte sich: Wege hin zu einer Kreislaufstadt existieren, wobei vereinzelte technische und organisatorische Praxisbeispiele die Richtung vorgeben. Um eine Kreislaufstadt zu schaffen, bedarf es einer

Balance aus Top-down-Steuerung einerseits und Selbstorganisation sowie Selbstentwicklung dezentraler Ansätze und Konzepte, d.h. bottom-up, andererseits. Vor diesem Hintergrund müssen Akteure wie Bund, Länder, Kommunen, Privatwirtschaft, Interessengruppen und Bürgerschaft aktiv werden.

Eine Kreislaufstadt wird eine Vielzahl von Vorteilen generieren. Ziele wie die Energiewende und die Erhöhung der Ressourceneffizienz werden unterstützt. Des Weiteren wird neben den positiven ökologischen Aspekten die lokale Ökonomie gestärkt, so dass die Einnahmen der Kommune aus Gewerbe- und Einkommensteuer steigen. Lebensqualität und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger werden verbessert, der Gestaltungsspielraum der Kommune erhöht. Die Umsetzung ist zunächst jedoch mit dem Einsatz enormer personeller und finanzieller Mittel verbunden, die auf der lokalen Ebene nicht zur Verfügung stehen. Finanzielle Anreize müssen deshalb von der EU oder der Bundesebene ausgehen.

Flächenkreislaufwirtschaft

Planung, Nutzung, Nutzungsaufgabe, Brachliegen und Wiedereinbringen von Flächen sind integrale Bestandteile der Flächenkreislaufwirtschaft. Deren Prämisse ist es, bestehende Flächenpotenziale zu mobilisieren und für neue Nutzungen vorrangig in Anspruch zu nehmen. Vorbild sind die heute bereits etablierten Stoffkreisläufe etwa in der Abfallwirtschaft. Die gebaute Stadt wird als System verstanden, dessen Baukörper unterschiedliche Nutzungsphasen durchläuft. In der Flächenkreislaufwirtschaft ist nicht mehr die »grüne Wiese« der vorrangige »Rohstoff«, sondern Brachflächen und Baulücken. Flächenkreislaufwirtschaft zielt auf eine konsequente Innenentwicklung und Aufwertung von Siedlungsflächen sowie auf eine wirksame Mengensteuerung bei der Neuinanspruchnahme von Flächen. Sie ist ein strategischer, langfristig ausgerichteter Politikansatz, der Ideen der Nachhaltigkeitsdebatte aufgreift und dort entwickelte Managementregeln für eine nachhaltige Flächenpolitik verwertet. Hierfür bedarf es unter anderem der Zusammenführung aller relevanten öffentlichen und privaten Akteure, der Berücksichtigung deren spezifischer Anreiz- und Reaktionsmuster, eines Sets anreizadäquater Instrumente, um die Angebots- und die Nachfrageseite der Bodenmärkte zu lenken, einer Kombination dezentraler und zentraler Steuerungsinstrumente sowie der Einbeziehung stadtregio-naler Wirkungszusammenhänge.

Der Politik- und Strategieansatz der Flächenkreislaufwirtschaft wurde in Deutschland im ExWoSt-Vorhaben »Fläche im Kreis« von 2003 bis 2007 untersucht und erprobt. Im »Central Europe«-Vorhaben »Circular Flow Land Use Management (CircUse)« wird das Konzept der Flächenkreislaufwirtschaft in die Praxis verschiedener europäischer Staaten transferiert. CircUse hat eine Laufzeit von 2010 bis 2013 und wird von zwölf Partnern und drei assoziierten Institutionen aus sechs Ländern – Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Italien, Österreich und Deutschland – gemeinsam durchgeführt.

Das Difu bearbeitet im CircUse-Projekt federführend das Arbeitspaket »Kommunikation, Wissenstransfer und Dissemination«. In diesem Zusammenhang hat das Difu im Jahr 2011 einen Pilottrainingskurs zur Flächenkreislaufwirtschaft entwickelt und durchgeführt, der sich vor allem an Planungsexperten aus Verwaltungen, an Flächeneigentümer, die Lokalpolitik und Vertreter der Landwirtschaft richtet. Neben der Vermittlung von Prinzip, Zielen und Strategie der Flächenkreislaufwirtschaft werden regionale Flächenpotenziale und Entwicklungsszenarien, Akteure und Instrumente der Flächenkreislaufwirtschaft erörtert sowie Aktionspläne für eine Flächenkreislaufwirtschaft skizziert.

An weiteren Projektbausteinen ist das Difu fachlich beteiligt. 2011 wurde ein Flächenmanagement-Tool als Informationssystem für lokale Behörden fertiggestellt und getestet. Es dient vor allem dazu, unterschiedliche Brachflächentypen, Baulücken und untergenutzte Flächen zu erfassen und zu bewerten, und basiert auf transnational abgestimmten Flächendefinitionen. Außerdem wurden Managementstrukturen für die Etablierung einer Flächenkreislaufwirtschaft in den Pilotregionen Polens und Österreichs entwickelt. In allen sechs Pilotregionen wurde 2011 begonnen, Aktionspläne für eine Flächenkreislaufwirtschaft zu erarbeiten. In diesen Aktionsplänen werden konkrete Arbeitsschritte, Maßnahmen und Projekte definiert sowie Verantwortlichkeiten und Kooperationspartner für die jeweiligen Aktivitäten festgelegt.

Die Aktionspläne und die Erfahrungen, die mit ihrer Umsetzung gemacht werden, münden in Empfehlungen für die Ausgestaltung der nächsten Förderperiode 2014–2020 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Ziel von CircUse ist es, das Flächenmanagement in die neuen Regionalprogramme systematisch zu integrieren.

→ Managementregeln für eine nachhaltige Flächenpolitik

→ Welche Vorteile ergeben sich durch eine Kreislaufstadt?

→ Pilottrainingskurs zur Flächenkreislaufwirtschaft

→ Flächenmanagement-Tool für Behörden

Informationen und Veröffentlichungen zum Thema finden sich unter www.circuse.eu. Darüber hinaus entstanden im Themenfeld Flächenkreislaufwirtschaft und Flächenmanagement verschiedene Veröffentlichungen, z.B. im Förderschwerpunkt REFINA (vgl. hierzu Teil B »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA«).

Veröffentlichungen: Preuß, Thomas, Maic Verbücheln und Uwe Ferber: Flächenkreislaufwirtschaft – Erprobung und Umsetzung. Vorstellung des Projekts »Circular Flow Land Use Management«, in: Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis, Jg. 20, H. 3/2011, S. 67–70.

Verbücheln, Maic, und Thomas Preuß: Guideline for Preparation of a CircUse Training Course in Partner Countries, Berlin 2011.

Preuß, Thomas, Maic Verbücheln und Uwe Ferber: Circular Flow Land Use Management Strategy, Berlin 2011.

Ferber, Uwe, und Thomas Preuß: Flächenmanagement als europäisches Thema, in: Planerin, H. 2/2011, S. 27–29.

Ferber, Uwe, und Thomas Preuß: Circular Land Use Management in Cities and Urban Regions – A Policy-mix Utilizing Existing and Newly Conceived Instruments to Implement Innovative Strategic and Policy Approach, in: Tira, Maurizio, Erwin van der Krabben und Bruno Zanon (Hrsg.): Land Management for Urban Dynamics. Innovative Methods and Practices in a Changing Europe, Santarcangelo di Romagna 2011, S. 303–316.

Rekommunalisierung in der Abfallwirtschaft vorgelegt worden. Darin wurden Kommunen vorgestellt, die diesen Schritt gegangen sind. 2011 wurden im Rahmen des Difu-Vorhabens »Rekommunalisierung – eine Bestandsaufnahme« die 2009 untersuchten Akteure noch einmal zu ihren Erfahrungen befragt. Die Ergebnisse zeigen: Die Kommunen schätzen die eigene Entwicklung nach der Entscheidung pro Rekommunalisierung positiv ein. Definierte Ziele wie verbesserte Wirtschaftlichkeit, Stärkung der Region etc. wurden erreicht.

In der aktuellen Difu-Studie »Rekommunalisierung – eine Bestandsaufnahme« werden verschiedene andere relevante Sektoren wie etwa Energie, Wasser, ÖPNV, Krankenhäuser betrachtet (weitere Informationen zu dieser Studie in Teil B »Steuerung und Aufgabenorganisation«).

Veröffentlichungen: Libbe, Jens, Stefanie Hanke und Maic Verbücheln: Rekommunalisierung – eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011 (Difu-Paper).

Libbe, Jens, und Maic Verbücheln: Rekommunalisierung als Option, in: Müll und Abfall, Dezember 2011, S. 570–577.

Rekommunalisierung in der Abfallwirtschaft

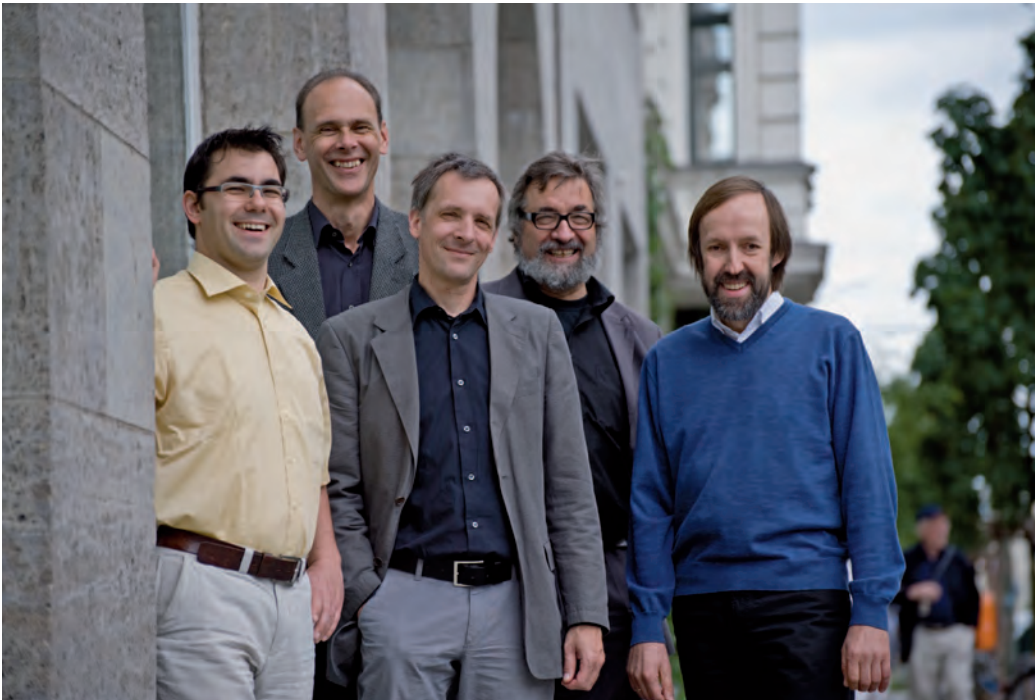
→ Erneute Befragung der Akteure

Das Thema Rekommunalisierung in der Abfallwirtschaft wird seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Bereits 2009 war vom Difu eine Studie zur

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Umwelt finden Sie unter »Daten und Fakten«.



Arbeitsgruppe im CircUse-Pilottrainingskurs im Frühjahr 2011 in Bärnbach (Österreich). Foto: Thomas Preuß.



v.l.n.r.: Stefan Schneider,
Busso Grabow, Jens Libbe,
Klaus J. Beckmann,
Rüdiger Knipp
Foto: Doris Reichel.

Kommunen stehen vor einem Dilemma: Ihre Aufgaben und die an sie gestellten Anforderungen wachsen stetig, während ihre Handlungsmöglichkeiten tendenziell abnehmen – vor allem durch die in vielen Fällen dramatische Finanzlage. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund haben sich die Städte und Gemeinden seit Beginn der 1990er-Jahre umfassenden Reformbemühungen unterworfen. New Public Management, in Deutschland praktisch ausgeformt als Neues Steuerungsmodell, wurde vielfach zum neuen Leitbild der Verwaltung. Neben anderen Elementen war ein wichtiger Bestandteil die stärkere Dienstleistungs- und »Kunden«-Orientierung. Bei der »Binnenmodernisierung« mussten und müssen die Kommunen teilweise »Lehrgeld« zahlen und die Erfahrung machen, dass Transformationen in der Verwaltung kontinuierliches Lernen erfordern.

Bei der inneren Modernisierung gibt es zumindest einen Grundkonsens über die Richtung des Weges. Wesentlich unübersichtlicher stellt sich die Lage dar, wenn es um die Rolle geht, welche die Kommunen in der Aufgabenwahrnehmung im Verhältnis zu ausgelagerten Einrichtungen oder rein privaten Unternehmen als Träger von Aufgaben der Daseinsvorsorge einnehmen. Nach einer »Privatisierungswelle« in den letzten Jahrzehnten steht derzeit wieder häufiger die Frage der Re-kommunalisierung von Dienstleistungen oder der

verstärkten kommunalen Kooperation mit einer gemeinsamen Leistungserbringung im Raum; »Außenmodernisierung« wird immer mehr zu einem virulenten Thema. Gleichzeitig stehen entsprechende Überlegungen unter verschärfter wettbewerbsrechtlicher Beobachtung durch die Europäische Kommission.

Das Difu nimmt in seiner Forschung und Fortbildung beide Entwicklungen auf, die Ausdruck veränderter politischer, gesellschaftlicher, demografischer, wirtschaftlicher und technologischer Rahmenbedingungen sind.

Binnenmodernisierung

Auch wenn die Ansprüche an kommunale Verwaltungsleistungen steigen, stehen gleichzeitig dafür nur begrenzte – tendenziell sogar schrumpfende – Mittel zur Verfügung. Ein großer Teil der Aufgaben in allen Kommunen (zumindest des jeweiligen Bundeslandes) muss nach den gleichen gesetzlichen Grundlagen wahrgenommen werden. Genau dies eröffnet bei konsequentem Einsatz von Informationstechnologien große Rationalisierungspotenziale, nicht nur bei den »Massengeschäften«, sondern auch bei anspruchsvolleren Verwaltungsleistungen. Interkommunale Kooperation, die Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben in eigenständige Shared-Services-Einheiten und öffentlich-öffentliche Kooperationen

→ Kooperationen und
Shared Services

→ Aufsuchende Stadt,
aufsuchende Verwaltung

versprechen neue Möglichkeiten zur Umsetzung transparenter Verwaltungsabläufe, für eine stärkere Orientierung der Angebote an den Kundenwünschen und damit eine bessere Servicequalität. Ein Difu-Seminar beschäftigte sich mit der Frage, was hinter diesen »Versprechungen« steht, und stellte dazu Erfahrungen, Lösungsansätze und gute Praxisbeispiele aus der öffentlichen Verwaltung vor.

Zu ausgewählten Aspekten der Binnenmodernisierung führte das Difu 2011 verschiedene Fortbildungsveranstaltungen durch. So werden – angesichts des Aufgabenwandels und der Bewältigung neuer Aufgaben aufgrund zahlreicher sich ändernder Rahmenbedingungen – in den Kommunalverwaltungen die Arbeit mit Kennzahlen und deren Messung zunehmend wichtiger. Im Seminar »Kennzahlen in der kommunalen Praxis – großer Wurf oder Muster ohne Wert?« wurde diskutiert, welche wichtigen Informationen Kennzahlen liefern können, um die Effizienz des Verwaltungshandelns zu steigern. Kennzahlen geben bei Zielabweichungen frühzeitig Hinweise für die Einleitung von Korrekturmaßnahmen, beeinflussen das Kosten- und Qualitätsbewusstsein aller Beschäftigten positiv und sind nicht zuletzt ein wichtiges Steuerungselement im neuen kommunalen Haushaltswesen.

→ Doppik und Kennzahlen
als neue Steuerungselemente

Die Reform des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens ist mit der Vorlage der ersten kommunalen Jahresabschlüsse auf doppischer Grundlage in eine neue Phase getreten. Dies war Anlass genug, in einem Difu-Seminar »Bilanzpolitik und Bilanzanalyse im neuen kommunalen Rechnungswesen« eine Art Zwischenbilanz zu ziehen. Dabei zeigte sich: Die erhobenen differenzierten Daten zu Aufwendungen und Erträgen, kommunalem Vermögen und Ressourcenverbrauch erhöhen tatsächlich die Aussagekraft der Rechnungslegung und können so zu einer besseren Steuerung der Kommune führen.

→ Rekommunalisierung
primär Thema im Energiesektor

Die Vorzüge der Doppik und hierbei insbesondere die konsequente Nutzung bilanzpolitischer und bilanzanalytischer Instrumente und Verfahren für die bessere Steuerbarkeit der Kommune vermögen zu überzeugen.

Immer wieder werden in Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik korrupte Verflechtungen aufgedeckt. Rechtstreue als Funktionsprinzip von Gemeinschaften scheint ihren hohen Stellenwert immer mehr einzubüßen. Daher werden auch in Kommunalverwaltungen zunehmend Maßnahmen und Instrumente einer wirksamen Korruptionsprävention eingesetzt. Dass insbesondere die Führungskräfte herausgehobene Verantwortung bei der Prävention und Aufdeckung von Korruptionsdelikten tragen, zeigte das Difu-Seminar »Korruptionsprävention im Rathaus«.

Zu den programmatischen Handlungsfeldern einer dienstleistungsorientierten, aktivierenden und partizipativen Stadt gehört die aufsuchende Verwaltung. Nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger oder die Wirtschaftsakteure kommen als »Bittsteller« ins Rathaus. Verwaltung und (andere) Akteure der Daseinsvorsorge gehen viel mehr als bisher auf Bürgerschaft und Unternehmen zu. Der »proaktive« Kontakt zu den Adressaten von Politik und Verwaltung mit Blick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung, sozialraumorientiertes Handeln, dezentrale und virtuelle Serviceeinrichtungen sind Gestaltungselemente der Aufsuchenden Stadt. Konzept und Umsetzungsbeispiele vermittelt ein Sammelband zu Möglichkeiten und Ideen des Bürokratieabbaus.

Veröffentlichung: Grabow, Busso: Aufsuchende Stadt, aufsuchende Verwaltung, in: Brüggemeier, Martin, und Klaus Lenk (Hrsg.): Bürokratieabbau im Verwaltungsvollzug – Better Regulation zwischen Go-Government und No-Government, Berlin 2011, S. 159–177.

Organisation der Aufgabenwahrnehmung

Rekommunalisierung steht als Thema gegenwärtig ganz oben auf der kommunalen Agenda. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht eine Stadt prüft, ob der Wiedereinstieg in das operative Geschäft der Ver- und Entsorgung lohnt. Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist zugleich Spiegelbild der grundsätzlichen Frage, inwieweit es in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung einen Bedarf an öffentlicher Leistungserbringung gibt. Das Difu hat 2011 eine Bestandsaufnahme der aktuellen Debatte erstellt. Neben der Analyse des rechtlichen und ökonomischen Bezugsrahmens von Entscheidungen pro Rekommunalisierung wurde eine Querschau über die Bereiche Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Abfallwirtschaft und stationäre Krankenversorgung hinweg vorgenommen.

Die Studie macht deutlich: Es gibt gute Gründe, in Kernbereichen der Daseinsvorsorge wieder verstärkt auf die Option Rekommunalisierung zurückzugreifen. Allerdings ist das Rekommunalisierungspotenzial in den einzelnen Sektoren unterschiedlich groß. Auch sollte die Eigentumsfrage nicht allein im Zentrum der Überlegungen stehen – es geht auch um die Steuerung der Unternehmen und deren Rückbindung an die Ziele der Kommunen. Dies gilt besonders für den Bereich der technischen Infrastrukturen. Dort sind in den kommenden Jahren infolge energiepolitischer und demografischer Entwicklungen große Herausforderungen zu bewältigen.

Veröffentlichung: Libbe, Jens, Stefanie Hanke und Maic Verbücheln: Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011 (Difu-Paper).

Zu einer optimierten Form der Aufgabenwahrnehmung gehört es, die jeweils geeigneten Organisationsformen für die kommunale Leistungserbringung zu finden. Die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten, deren Rechtsrahmen und langfristige Folgen für die Stadtentwicklung sowie die öffentliche Aufmerksamkeit machen die ordnungspolitischen Entscheidungen nicht einfacher. Das Difu hat daher ein Seminar zum Thema Organisationswahl durchgeführt. Dabei ging es unter anderem um die Prämissen, von denen sich die Kommunen bei der Organisationswahl leiten lassen sollten, um verschiedene Organisationsmodelle und um die nötigen Phasen bei der Entscheidungsfindung. In der Veranstaltung wurde bewusst nicht nur auf einen einzelnen kommunalen Aufgabenbereich abgestellt, sondern ganz grundsätzlich die Organisationsentscheidung selbst ins Zentrum gerückt. Rechtliche, strategische und demokratietheoretische Aspekte wurden dabei verknüpft.

Die Vielfalt der Organisationsformen – darüber bestand Einvernehmen – hat sich in der Praxis bewährt und ist Spiegelbild der unterschiedlichen Anforderungen vor Ort. Organisationsentscheidungen sind rechtlich gebunden und überprüfbar (etwa durch die Kommunalaufsicht). Um öffentliche Beteiligungen zu steuern, wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, über transparente Kennzahlen für ein nachhaltiges Portfolio-Management zu verfügen. Kommunen sollten sich dem »Public Corporate Governance Kodex« verpflichten und den Informationsbedarfen ihrer Bürgerinnen und Bürger die notwendige Aufmerksamkeit schenken.

Informierte Stadtpolitik

Kommunalpolitik und -verwaltung versuchen im Sinne einer strategischen Steuerung und Weiterentwicklung, vorhandene Daten stärker zu nutzen

und sich selbst mit anderen Städten und Gemeinden zu vergleichen. Bundesländer, Nationalstaaten und die EU entwickeln Indikatorensysteme, die erkennen lassen (sollen), ob und in welchem Umfang politische Ziele erreicht werden. Seit vielen Jahren gibt es außerdem die Tendenz, dass Interessengruppen und Institutionen versuchen, mithilfe von Städterankings politische Argumentationen zu stützen.

Im Difu-Seminar »Indikatoren, Benchmarks, Städterankings – Zahlenspielerei oder Grundlage informierter Stadtpolitik?« wurden die Möglichkeiten und Grenzen einer indikatorgestützten vergleichenden Stadtpolitik diskutiert. Es wurde empfohlen, selbst aktiv zu werden und die Möglichkeiten einer informierten Stadtpolitik durch intelligenten Methodeneinsatz, stärkeres Berücksichtigen auch subjektiver Indikatoren und Kooperation mit anderen besser auszureizen. In der Auseinandersetzung mit Städterankings und Städtevergleichen Dritter wurde zur »Gelassenheit« geraten. Notwendig ist hier, die methodische Qualität und Seriosität einzuschätzen und, bei ernstzunehmenden Studien, sich mit den Ergebnissen adäquat auseinanderzusetzen.

Um informierte Stadtpolitik ging es auch im Projekt »Kleinräumiger Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung«, das mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 neu aufgelegt wurde. Im Vordergrund standen Fragen der Segregation und Polarisierung in 19 deutschen Städten (siehe ausführlicher in Teil B »Bevölkerung und Soziales«).

→ Vielfalt der Organisationsformen in der Praxis bewährt

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Steuerung und Aufgabenorganisation finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ Städtevergleiche als Beitrag zu einer strategischen Steuerung



Fortbildung

Difu-Veranstaltungen

Fahrradakademie

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Difu-Veranstaltungen

Fortbildung für die kommunale Praxis ist fester Bestandteil des Difu-Aufgabenspektrums. In den Kommunalverwaltungen wird mehr denn je ein hohes Maß an fachlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen gebraucht, deren Entwicklung das Difu mit seinem thematisch breiten und praxisorientierten Fortbildungsangebot effizient unterstützt. Zugleich bietet das Institut im Rahmen seiner Fortbildungsaktivitäten eine Plattform für Erfahrungsaustausch und den Aufbau informeller Netzwerke. Um dieses Angebot dauerhaft in guter Qualität zu gewährleisten, wurden im Difu verschiedene Fortbildungsformate entwickelt, die an den aktuellen Bedarfen und Wünschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerichtet sind. Die Produktpalette des Difu umfasst »Berlin-Seminare«, Fachtagungen, Regionalseminare und Brennpunktseminare zu vielen Themenbereichen sowie auf spezielle Zielgrup-

pen zugeschnittene Veranstaltungsangebote der »Fahrradakademie«, der »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« sowie der »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz«. Hinzu kommen die in erster Linie für das Berliner Fachpublikum konzipierten »Difu-Dialoge« sowie das »Ansprechpartnertreffen«, das 2011 in Mannheim stattfand. Über die Fortbildungsangebote wird vom Difu-Mitarbeiterteam seit vielen Jahren ein intensiver Kontakt mit den Kommunalverwaltungen gepflegt. Der Transfer aktueller Erkenntnisse aus eigener Forschungstätigkeit ist dabei ein wichtiges Element. Besonders geschätzt wird auch »der persönliche Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten und Gemeinden«, so ein Ergebnis der Kundenbefragung des Difu aus dem Jahr 2010, die insgesamt wertvolle Hinweise für die künftige Ausgestaltung der Difu-Fortbildung erbrachte.





v.l.n.r.: Ina Kaube, Bettina Leute, Sylvia Bertz, Kerstin Landua, Rüdiger Knipp, Katrin Rampf, Elke Becker, Gala Rexer
Foto: David Ausserhofer.

2011 hat das Difu insgesamt 32 Veranstaltungen durchgeführt, an denen 1674 Fachkräfte teilnahmen. Diese kamen vorwiegend aus den jeweils zuständigen Fachverwaltungen deutscher Kommunen, aber auch aus städtischen Gesellschaften und Unternehmen sowie kommunalnahen Einrichtungen, Länder- und Bundesministerien, staatlichen Mittelbehörden, aus den Kammern, Planungsbüros und weiteren Einrichtungen. Die Veranstaltungen teilten sich so auf: 25 Seminare, die überwiegend in Berlin stattfanden, acht Fachtagungen, ein Kongress und der 41. Interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung – 2011 in Gotha. Hinzu kamen 18 Veranstaltungen der »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« mit 978 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (siehe hierzu auch »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« in Teil B »Kommunalen Umweltschutz«).

Die Themenvielfalt der Seminare und Fachtagungen im Rahmen des Difu-Veranstaltungsprogramms 2011 war breit gefächert und umfasste eine Vielzahl kommunalpolitischer Aufgabenfelder, unter anderen Stadtentwicklung/Stadtplanung, kommunale Wirtschaftsförderung, Bildungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Im Fokus waren neben »Dauerbrenner-Themen« aber auch

neue Seminarangebote, z.B. zu Städtetourismus oder Inklusion.

Gut nachgefragt waren wie in den Vorjahren Veranstaltungsreihen, in denen zu einem wiederholt behandelten Themenstrang jeweils aktuelle Fragen aufgegriffen werden, z.B. die Reihe »Städtebaurecht aktuell«, der Energiebeauftragtenkongress sowie der interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung. Die beiden Letztgenannten waren mit 191 beziehungsweise 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch 2011 wieder gut besucht.

Die Rückmeldungen zu den Veranstaltungen belegen es eindrucksvoll: Auch 2011 sind die verschiedenen Difu-Veranstaltungen ihrem hohen fachlichen Anspruch gerecht geworden. Insbesondere für Führungs- und Fachkräfte aus den Kommunalverwaltungen ist das Difu ein attraktiver Ort für die Vermittlung und den Austausch auch ressortübergreifender Fachkenntnisse sowie für den Aufbau und die Nutzung informeller Kontakte.

Eine vollständige Auflistung des Difu-Veranstaltungsprogramms 2011 finden Sie in der Veranstaltungsübersicht im Teil G »Daten und Fakten«.

Difu-Veranstaltungen

Difu-Dialoge und Ansprechpartnertreffen: von öffentlich bis exklusiv



v.l.n.r.: Steffi Greiner, Cornelia Schmidt, Sybille Wenke-Thiem, Klaus J. Beckmann
Foto: David Ausserhofer.

Für kommunale Themen interessieren sich viele Menschen. Wie soll das Leben in unserer Stadt künftig aussehen? Was ist wichtig für eine zukunftsfähige und lebenswerte Stadt? Als gemeinnütziges Institut bietet das Difu daher nicht nur kostenpflichtige Fortbildungen für Fachleute an. Die öffentliche Veranstaltungsserie »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« zieht jährlich mittlerweile mehrere Hundert »Stadt-Interessierte« ins Institut. In der Veranstaltungsreihe werden neue Erkenntnisse zu verschiedenen kommunalen Themen im Rahmen von Vorträgen zur Debatte gestellt und anschließend diskutiert. Die Gäste kommen aus Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, öffentlichen und privaten Einrichtungen, Medien sowie der allgemeinen Öffentlichkeit. 2011 wurden fünf Difu-Dialoge durchgeführt.

Eine Übersicht der Dialoge 2011 ist im Teil G »Daten und Fakten« dieses Berichts sowie im Difu-Internetangebot unter: <http://www.difu.de/search/node/Difu-Dialoge%202011> zu finden.

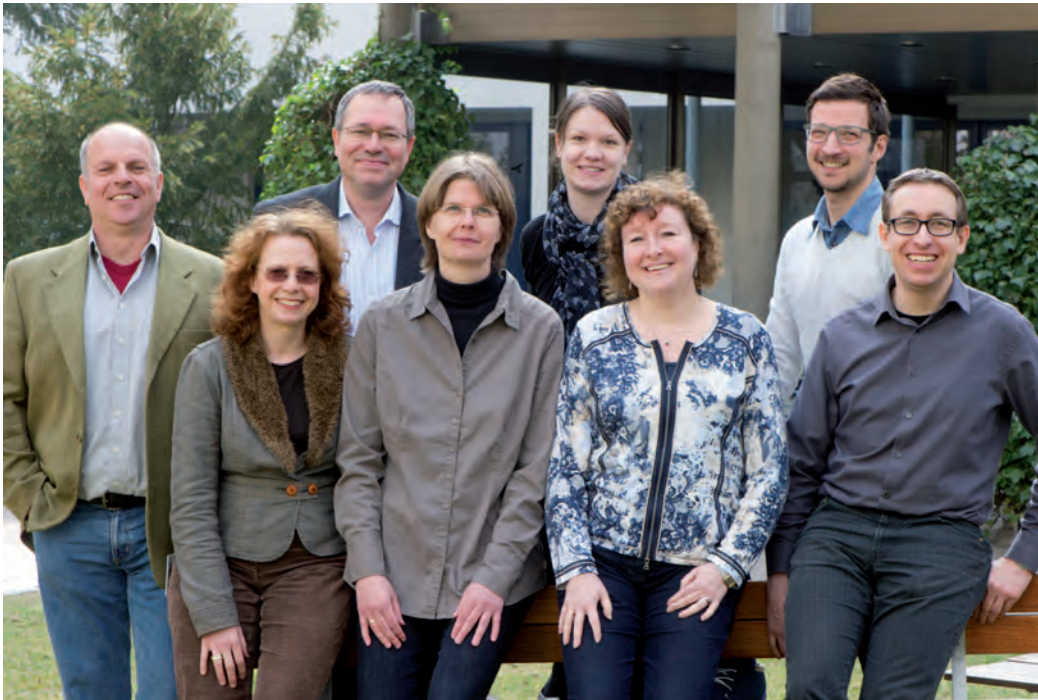
Für die über 100 dem Institut als Zuwender verbundenen Städte und Verbände bietet das Difu u.a. jährlich exklusiv ein zweitägiges Treffen an. Bei der in wechselnden Städten stattfindenden gebührenfreien Fortbildung werden jeweils Workshops sowie Kurzvorträge zu verschiedenen aktuellen stadtrelevanten Themen angeboten.

2011 fand das »Ansprechpartnertreffen« in Mannheim statt. Die Themen des Workshops »Kompetenzbildung in den Städten – Sicht der Städte und Gemeinden auf die Leistungen des Difu« waren:

- Produkte des Difu: Forschung, Fortbildung, Infoprodukte (Print und online); Bewertung und Veränderungsbedarf?
- Themen und Themengenerierung – Rolle von Zukunftsthemen, Grundlagenforschung versus Arbeitshilfen; Themenbreite versus Spezialisierung.

Im Rahmen von Thementischen wurden »Erfahrungsaustausch und Perspektiven: Erwartungen, Selbstverständnis, Funktion der Difu-Ansprechpartner/innen« sowie die »Funktion und künftige Rolle der Difu-Ansprechpartner/innen als Städtevertreter/innen« beleuchtet und anschließend ein Impulsvortrag zu »Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtentwicklung nutzen. Neue Herausforderungen für die Verwaltung« gehalten. Neben dieser inhaltlichen Arbeit in Workshops und Vorträgen mit Diskussion nahm der Erfahrungsaustausch einen sehr wichtigen Raum ein.

Das Treffen 2011 ist im Difu-Extranet dokumentiert: <http://www.difu.de/dokument/difu-ansprechpartnertreffen-2011-virtuelle-tagungsmappe.html>



v.l.n.r.: Thomas Weber, Johanna Theunissen, Tilman Bracher, Simone Harms, Sylvia Kanzler, Garnet Glaser, Wolfgang Aichinger, Arne Koerdt (nicht abgebildet: Klaus J. Beckmann)
Foto: David Ausserhofer.

Seit 2007 unterstützt das Difu Städte und Gemeinden, Regionen und Landesbehörden auch mit Fortbildungen im Bereich Radverkehr. Im Zentrum der Veranstaltungen stehen dabei Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch.

Unter dem Namen »Fahrradakademie« werden Seminare, Workshops, Exkursionen und Konferenzen angeboten. Dabei wechseln sich Vorträge hochkarätiger Referentinnen und Referenten mit Gelegenheiten zum fachlichen Austausch unter Kolleginnen und Kollegen ab.

Insgesamt wurden bisher 109 Seminare, Workshops, Konferenzen und Exkursionen in 45 verschiedenen Städten in Deutschland sowie in den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz durchgeführt. Mehr als 5500 Personen haben insgesamt daran teilgenommen.

Im Jahr 2011 konnten mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) 14 Seminare in zwölf Bundesländern sowie eine Exkursion in die Niederlande realisiert werden. Die Zufriedenheit der Zielgruppen ließ sich im Vergleich zu 2010 weiter steigern. 96 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerteten die Veranstaltungen als gut oder sehr gut.

Im November wurde in Kassel die fünfte Fahrradkommunalkonferenz veranstaltet. Zu dieser Vernetzungskonferenz für öffentliche Verwaltungen konnten erstmals mehr als 200 Personen begrüßt werden.

Im Rahmen einer zusätzlichen Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) wurden sechs Workshops »Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten – StVO und VwV-StVO in der kommunalen Praxis« durchgeführt. Die Veranstaltungen bauten auf einem erfolgreichen Vorjahresformat auf, wurden aber deutlich modifiziert.

Die Fahrradakademie wird vom BMVBS gefördert und vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat unterstützt. Das Difu kooperiert im Rahmen des Projektes darüber hinaus mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen im Rahmen der Fahrradakademie finden Sie im Teil G »Daten und Fakten«.

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)



v.l.n.r.: Rita Rabe, Kerstin Landua, Klaus J. Beckmann, Anne Taubert, Dörte Jessen, Maja Angelika Arlt, Katrin Adam
Foto: David Ausserhofer.

Die AGFJ wird seit 17 Jahren durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Anliegen ist es, mit den jährlich fünf Tagungen die Kooperation und Vernetzung zwischen Jugendhilfe und anderen Institutionen zu fördern. Zudem sind die Veranstaltungen der AGFJ eine wichtige Schnittstelle, um politische Handlungsschwerpunkte des BMFSFJ sowie gesetzliche (Neu-)Regelungen zu vermitteln und den Erfahrungstransfer zwischen BMFSFJ und kommunaler Praxis zu unterstützen. Im Jahr 2011 nahmen insgesamt 759 Personen an den Tagungen teil. Diese fanden zu folgenden Themen statt:

- »Psychisch gestört oder »nur« verhaltensauffällig? Kooperation von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen Dunkelfeld«, Fachtagung in Kooperation mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/ Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm,
- »Wer steuert die Hilfen zur Erziehung? Die Politik, der ASD, die Interessen der freien Träger, der Kostendruck, die Wirklichkeit...?«, Fachtagung für Leiterinnen und Leiter von Jugendämtern und Sozialen Diensten,
- »Wann ist Heimerziehung für Kinder erfolgreich?«,
- »Jugendhilfe an der Nahtstelle zum SGB II – viel Verantwortung, wenig Einfluss? Kommunale Strategien nach der Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes«, Fachtagung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag,

nale Strategien nach der Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes«, Fachtagung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag,

- »Erfolg im zweiten Anlauf!? Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in der kommunalen Praxis«.

Die Auswertung der Themenwünsche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigte es: Es besteht weiterhin großer Bedarf an Austausch und Diskussion zu Themen wie Inklusion, Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Umgang mit psychisch kranken Kindern und Eltern sowie Diagnostik. Das wichtigste Thema aber bleibt der »Kinderschutz«.

Die Tagungsdokumentationen werden in der Schriftenreihe »Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe« veröffentlicht. 2011 wurden rund 2000 Exemplare bestellt. Dazu gehört auch die Sonderdokumentation »Kinderschutz im Spiegel der AGFJ-Tagungen«. Sie wurde anlässlich der oben genannten Tagung zum Bundeskinderschutzgesetz zusammengestellt.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen der AGFJ finden Sie im Teil G »Daten und Fakten«.



Wissensmanagement

Veröffentlichungen/Redaktion

Internet, Datenbanken und IuK-Technik



v.l.n.r.: Patrick Diekelmann,
Christina Bloedorn,
Klaus-Dieter Beißwenger
Foto: David Ausserhofer.

Das Difu veröffentlichte 2011 36 Titel (2010: 35) – in eigenen Publikationsreihen sowie in Projekt-reihen und externen Reihen. Hinzu kommen fünf Veröffentlichungen zur Kinder- und Jugendhilfe; sie werden von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) betreut und herausgegeben, die seit 2009 in das Difu integriert ist. Die Difu-Veröffentlichungen wenden sich vor allem an Adressatenkreise in (kommunaler) Politik und Praxis, in Verbänden und Organisationen, Medien, Hochschulen und der (Fach-)Öffentlichkeit.

Die weitaus meisten Difu-Publikationen wurden in der Redaktion betreut: Das Spektrum der redaktionellen Arbeiten reicht dabei in aller Regel von der Kommunikation mit den Autorinnen und Autoren über die im engeren Sinne redaktionelle Bearbeitung – die zu vermittelnden Inhalte werden zielgruppengerecht konzipiert und »aufbereitet« – bis zu Layout und Gestaltung sowie Planung, Organisation und Kontrolle von Herstellung und Dissemination als Print- und/oder Online-Publikation.

Difu-Arbeitshilfen

In der Reihe Difu-Arbeitshilfen – im Mittelpunkt steht die praxisorientierte Vermittlung von handlungsbezogenem Orientierungswissen – wurde 2011 ein Titel veröffentlicht:

- Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007. Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung, 2., aktualisierte Aufl. 2011

Difu-Impulse

In den acht Bänden der Difu-Impulse des Jahres 2011 wird ausführlich aus den laufenden Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten des Instituts berichtet:

- Flächen ins Netz (FLITZ). Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government
- »Wer zahlt die Zeche?« Das Konnexitätsprinzip – richtig angewandt. Dokumentation der Tagung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag am 1. Dezember 2010
- Friedhofsentwicklung in Kommunen. Stand und Perspektiven
- Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was. Dokumentation der Fachtagung »kommunal mobil« am 24/25. Januar 2011 in Dessau-Roßlau
- Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel
- Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik

Vielfalt der Difu-Publikationsreihen



- ☐ Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand. Dokumentation des 15. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 12./13. April 2010 in Regensburg
- ☐ Standortfaktoren im Wandel. Erkenntnisse aus der Forschung zu Standortfaktoren und Standortwahl von Unternehmen

Difu-Papers

In zwei Ausgaben der Reihe Difu-Papers wurden 2011 kommunalrelevante Forschungsergebnisse in komprimierter Form und aktuell vermittelt:

- ☐ Einzelhandel in den Kommunen und Nahversorgung in Mittel- sowie Großstädten
- ☐ Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme

Sonderveröffentlichungen

Sonderveröffentlichungen dokumentieren in der Regel die Erträge aus »kleineren« Difu-»internen« und drittmittelgeförderten Forschungsprojekten. 2011 erschienen:

- ☐ Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung
- ☐ Städtebauförderung und Doppik. Ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- ☐ Circular Flow Land Use Management (CircUse). Guidelines for Preparation of a CircUse Training Course in Partner Countries
- ☐ ☐ Mit vereinten Kräften! Ergebnisse und Perspektiven von INTERREG B. Ein Beitrag der Deutschen Regionen im Nordseeprogramm
- ☐ ☐ Transnationale Zusammenarbeit im deutschen Nordseeraum (INTERREG B) – Stand und Perspektiven. Expertise
- ☐ ☐ Transnational Cooperation in the German North Sea Region (INTERREG B) – Summary
- ☐ Klimaschutz und Denkmalschutz. Schutz für Klima und Denkmal – Kommunale Praxisbeispiele zum Klimaschutz bei denkmalgeschützten Gebäuden. Hrsg. von der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« beim Difu
- ☐ Kommunaler Klimaschutz 2010 – Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte. Hrsg. von der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« beim Difu
- ☐ ☐ »Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung«. Erarbeitet vom Difu im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) auf Veranlassung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs »Nachhaltige Stadt«
- ☐ ☐ Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen
- ☐ ☐ Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden

- ☐ ☐ 5. Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention«. Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen. September 2010 bis Juni 2011. Dokumentation im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- ☐ Grenzen der Regelungskompetenz der Raumordnungsplanung im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit (Verlag C.H. Beck)
- ☐ ☐ Zum Umgang mit großen innerstädtischen Einkaufszentren. Arbeitshilfe. Auftraggeber: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
- ☐ Stärken- und Schwächenanalyse für das technische Referendariat mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und Empfehlungen für eine entsprechende Marken- und Imagebildung. Auftraggeber: Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst. Sonderstelle beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- ☐ ☐ Jahresbericht 2010

Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)

Das im Difu-Eigenverlag publizierte Periodikum griff in seinen beiden Halbjahresheften 2011 folgende Themen auf:

- ☐ Urban Icons (Heft II/2011)
- ☐ Stadt und Familie (Heft I/2011)

Dokumentationsserien

2011 erschienen drei Ausgaben in den vom Bereich Wissensmanagement betreuten Dokumentationsserien. Die Serie »Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung« (zwei Ausgaben in 2011) dokumentiert nicht im Buchhandel erhältliches Schrifttum wie Gutachten, Forschungs- und Planungsdokumente aus Verwaltung und Wissenschaft. Die Serie »Kommunalwissenschaftliche Dissertationen« weist einmal im Jahr Promotionsarbeiten mit kommunalem Bezug nach. Die in beiden Serien nachgewiesene Literatur ist auch in der Literaturlatenbank ORLIS enthalten (siehe Teil D »Wissensmanagement – Internet, Datenbanken und IuK-Technik«).

Bundestransferstelle Soziale Stadt

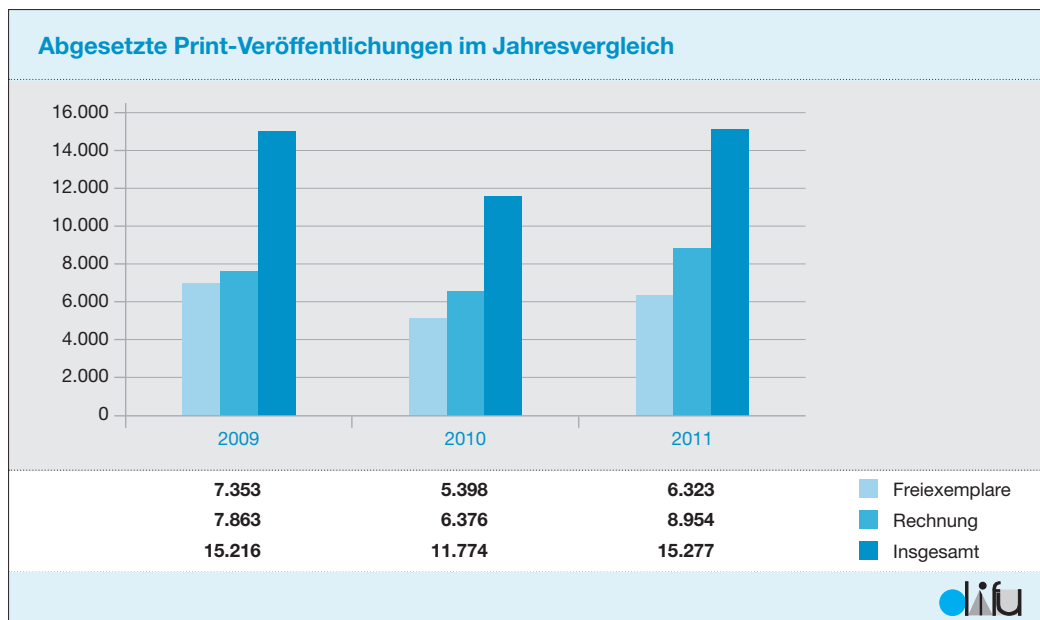
- ☐ Kurzexpertise Verfügungsfonds. Ergebnisse einer Befragung der Ansprechpartner »Soziale Stadt« in den Bundesländern, Berlin, Februar 2010 (Aktualisierung: Mai 2011)

REFINA – Projektübergreifende Begleitung

- ☐ ☐ Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung

→ Zeitschrift im Eigenverlag

→ Veröffentlichungen in größeren Projekten der Auftrags- und Begleitforschung



Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

- Wann ist Heimerziehung für Kinder erfolgreich? Band 81
- Wer steuert die Hilfen zur Erziehung? Band 80
- Psychisch gestört oder »nur« verhaltensauffällig? Kooperation von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen Dunkelfeld. Band 79
- Frühe Hilfen auch für Jugendliche? Gilt der Schutzauftrag § 8a SGB VIII bis zur Volljährigkeit? Band 78
- Kinderschutz im Spiegel der AGFJ-Tagungen

Publikationen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) mit Difu-Bearbeitung

- Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV. BMVBS-Online-Publikation 03, 2011
- Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung. Nutzerhandbuch für den Verkehrsfolgekosten-schätzer Version 1.0. BMVBS-Online-Publikation 02, 2011

Entwicklungen bei den Veröffentlichungen

Aus der umfangreichen Publikationstätigkeit des Difu im Jahr 2011 sollen hier zwei Ergebnisse hervorgehoben werden:

- Die Zahl der abgesetzten Print-Veröffentlichungen konnte im Vergleich zum Jahr 2010 gesteigert werden (vgl. Abb. »Abgesetzte Print-Veröffentlichungen im Jahresvergleich«) – dies in dreierlei Hinsicht: 1.) Es stieg nicht nur die Zahl der Freiexemplare – sie werden vor allem an Multiplikatoren und Zuwender sowie im Rahmen von Drittmittelprojekten abgegeben. 2.) Verglichen mit 2010 (und sogar mit dem besonders erfolgreichen Jahr 2009) wurden mehr Exemplare verkauft, so dass 3.) der Absatz an Printprodukten insgesamt jenen der Jahre 2010 und 2009 übertraf. Die Verbreitung der – online und gedruckt – veröffentlichten Difu-Informationen hat insgesamt weiter zugenommen.
- Die Gesamteinnahmen aus den Veröffentlichungen – ohne AGFJ-Publikationen, aber mit einigen vom Bereich Wissensmanagement verantworteten Dokumentationsprodukten – lagen mit rund 95 000 Euro deutlich über den Einnahmen im Jahr 2010 (rund 75 000 Euro) und erreichten fast wieder die Größenordnung der »Rekord«-Einnahmen aus dem Jahr 2009 (rund 103 000 Euro).

Die oben aufgeführten Online-Publikationen stehen für alle Interessierten kostenfrei zum Download bereit (»open access«). Darüber hinaus stellt das Difu seinen Zuwendern exklusiv Online-Angebote über das Difu-Extranet zur Verfügung. Zu diesen zählen Ergebnis-Berichte über Difu-Fortbildungen samt »virtueller« Tagungsmappe, Vorträge von Difu-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, Aufsätze, Präsentationen, Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen und Zugang zu Difu-Datenbanken.

Unter »Veröffentlichungen« in Teil G »Daten und Fakten« sind die Publikationen von Difu-Autorinnen und Difu-Autoren (Difu-Eigenverlag und externe Verlage) nach Themenbereichen aufgelistet.

→ Von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe betreute Publikationen

→ Veröffentlichungen BMVBS, BBSR, vom Difu bearbeitet

→ »Open Access« und Exklusiv-Angebote

→ 2011 mehr Print-Publikationen abgesetzt als 2010

Internet, Datenbanken und IuK-Technik

v.l.n.r. (hinten): Anna Schares, Christine Grabarse, Peter Gröning, Jörg Schumacher
v.l.n.r. (vorn): Silvio Richter, Beatrixe Albrecht-Thiessat, Steffen Ehlers, Susanne Plagemann, Rita Gräber, Sascha Dannenberg (nicht abgebildet: Christine Bruchmann, Norbert Gietzen, Christina Kratz, Doris Reichel)
Foto: David Ausserhofer.



Der Bereich Wissensmanagement betreut die IT- und Kommunikationsinfrastruktur des Instituts und bündelt als Serviceanbieter die technikgestützten Informationsangebote des Difu, insbesondere alle Internetangebote des Instituts und die Difu-Datenbanken.

Informations- und Kommunikationstechnik

Die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur des Instituts umfasst das Netzwerk, die Internet-/Kommunikationsanbindung, die Server-/Speicherinfrastruktur und die PC-Arbeitsplätze an den beiden Standorten Berlin und Köln.

Aktuell werden insgesamt ca. 120 User betreut. Die Anwender-PCs sind standardmäßig unter Windows XP mit Virenschutz, Webbrowser, Office, Groupware und Acrobat-Reader ausgestattet.

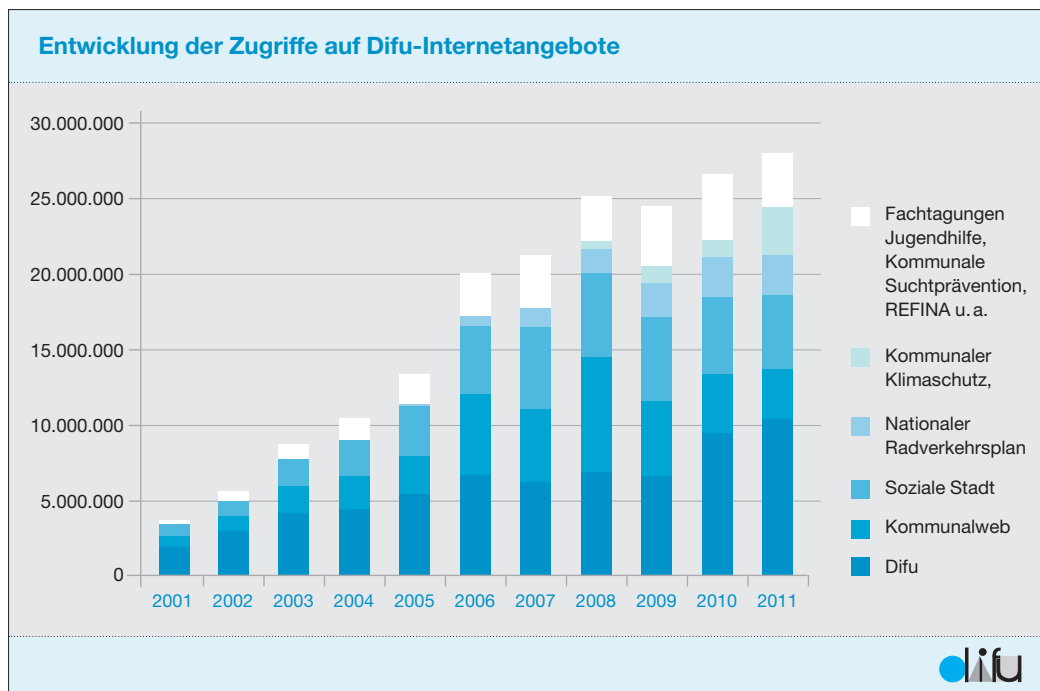
Zusätzlich sind aufgabenbezogen diverse weitere Softwareprogramme im Einsatz wie z.B. SPSS oder Adobe Creative Suite. Wichtige zentrale Anwendungen sind Virenschutz, Backup, Firewall, Groupware, Finanzbuchhaltung, Bibliothekssystem, verschiedene Datenbanken und Internet (CMS, Web, Mail, DNS).

Für 2011 sind folgende Schwerpunkte der Aktivitäten zu nennen:

- Server wurden sukzessive – zunächst im Internetbereich – virtualisiert.
- Die Datensicherung des Storage Area Network wurde erneuert.
- Die beiden Institutsstandorte Köln und Berlin wurden mit Videokonferenzenanlagen zur Kommunikation zwischen beiden Standorten sowie mit externen Partnern ausgestattet.
- Die Allgemeine Verwaltung wurde bei der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung durch Anwendungsentwicklung unterstützt.

Bibliothek

Die Institutsbibliothek erwirbt Literatur für die Arbeitsbereiche und Projekte (Monographien, Periodika, Loseblattsammlungen) und organisiert den Zeitschriftenumlauf (rund 400 Titel) im Institut. Sie unterhält keinen umfangreichen Präsenzbestand, sondern gibt im Rahmen einer engen und langjährigen Kooperation viele Werke an die Senatsbibliothek in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (SEBI). Hierzu zählen insbesondere Publikationen, die das Difu von den Städten erhält. Sie sind der Fachöffentlichkeit über das Fernleihsystem bundesweit zugänglich.



Datenbanken

Das Difu ist Datenbankproduzent und -anbieter von zwei Datenbanken mit kommunalem Bezug sowie einem Volltextserver:

- ORLIS ist ein Literatur-Informationssystem, das Zeitschriftenaufsätze, Bücher, Dissertationen und insbesondere Materialien aus Kommunen und Forschung (sog. Graue Literatur) dokumentiert. Im Jahr 2011 wuchs ORLIS um 8320 neue Literaturhinweise, der Gesamtbestand liegt bei 331 215 Quellen.
- KommDEMOS ist ein Auskunftssystem zu kommunalen Umfragen, das besonderen Schwerpunkt auf die methodischen Aspekte von Umfragen legt. 2011 wurden 75 Umfragen neu aufgenommen, der Gesamtbestand liegt bei 2206.
- Der Volltextserver edoc.difu.de enthält aktuell 6620 elektronische Dokumente, die in ORLIS und KommDEMOS verlinkt sind. 2011 konnten 1390 Dokumente neu aufgenommen werden. Beim Ausbau des Volltextangebots haben Veröffentlichungen und sonstige Materialien (wie Pläne, Berichte, Dokumentationen) der Kommunen Priorität.

Diese Informationsangebote können von den Difu-Zuwenderstädten auf der Website des Instituts kostenlos genutzt werden. Andere Interessierte aus Forschung und Praxis können die Datenbanken, dann allerdings kostenpflichtig, beim Kooperationspartner Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau (www.irb.fraunhofer.de) und über das europäische Portal Ubadoc (www.urbadoc.com) nutzen. Das Difu bringt dort mit ORLIS

die deutschsprachige Planungsliteratur ein. 2011 wurde die OpenURL-Einbindung in lokale Bibliothekssysteme realisiert und den Abonnenten zur Verfügung gestellt.

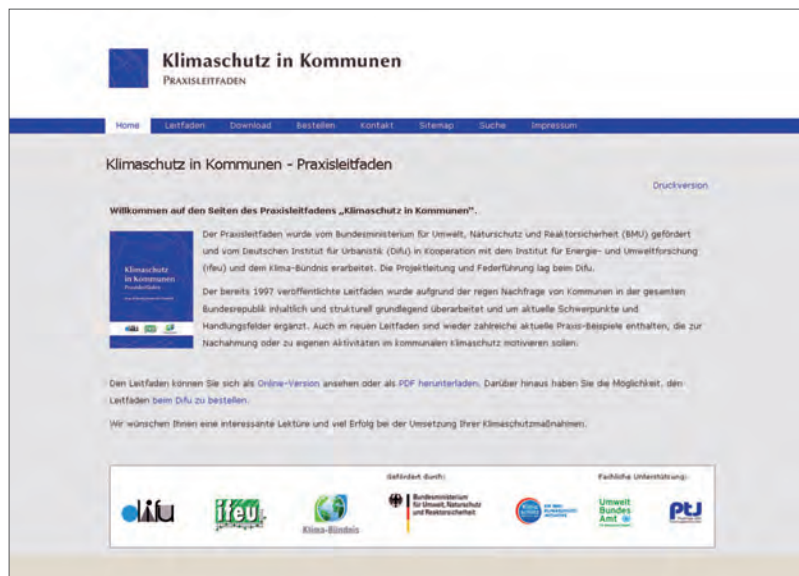
Ubadoc wird durch den Verein Urbandata, dem Partnerinstitutionen aus sieben Ländern angehören, getragen. Die Jahresversammlung 2011 wurde vom Difu am 12.–14.10. in Berlin ausgerichtet.

Für die Projekte »Bundestransferstelle Soziale Stadt«, »Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan«, »Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)« sowie für die »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« werden im Internet kostenlos abrufbare Literaturdatenbanken – als themenspezifische Ausschnitte von ORLIS – angeboten und laufend aktualisiert.

Das Difu beteiligte sich (neben der Universitätsbibliothek Hamburg, der Senatsbibliothek Berlin und der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer) 2011 weiter an dem DFG-geförderten Projekt »Virtuelle Fachbibliothek Verwaltungs- und Kommunalwissenschaften«, das sich an die Wissenschafts-Community richtet.

Internet

Die Internetangebote des Difu bilden neben den Veröffentlichungen und der Fortbildung die dritte Säule im Serviceangebot des Instituts für seine Zuwender und die Fachöffentlichkeit. Das Internet-Team betreut inklusive der Instituts-Homepage insgesamt 17 Domains/Subdomains.



Die Instituts-Homepage (www.difu.de) ist mit ihrem Extranet-Angebot für die Zuwanderstädte Kernelement und Haupteinstieg zu allen Webangeboten des Difu. Von dort aus haben die Städte exklusiven Zugriff auf die Difu-Datenbanken, Volltexte, Vorträge, Seminardokumentationen. Auch der weiteren fachlichen Öffentlichkeit aus Wissenschaft und Kommunen steht auf der Homepage und den Projekt-Websites ein umfangreiches, öffentlich zugängliches Informationsangebot zur Verfügung, das aus über 19000 Webseiten besteht.

Derzeit unterhält das Difu für folgende Projekte eigenständige Websites:

- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (www.fachtagungen-jugendhilfe.de),



- Bundestransferstelle »Soziale Stadt« – Internetangebot zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« (www.sozialestadt.de),
- Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention« (www.kommunale-suchtpraevention.de),
- Fahrradportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (www.nationaler-radverkehrsplan.de),
- REFINA – Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (www.refina-info.de),
- Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (www.kommunaler-klimaschutz.de).

Darüber hinaus betreut das Internet-Team weitere permanente Webangebote:

- www.kommunalweb.de: Portal für kommunale Forschung und Praxis, das Internetquellen, Bücher und Veranstaltungen zu allen kommunalen Themen verzeichnet,
- www.vfk.de: Website des Vereins für Kommunalwissenschaften,
- www.urbandata.org: Website der Europäischen Vereinigung von Informationsanbietern zur Stadtplanung.

Folgende Internetangebote wurden 2011 neu realisiert:

Parallel zur Printausgabe wurde eine vollständige Online-Version des 514-seitigen Praxisleitfadens »Klimaschutz in Kommunen« (www.leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de) erstellt. Der Praxisleitfaden wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert und vom Difu in Kooperation mit ifeu und Klima-Bündnis e.V. erarbeitet.

Als Microsite (folgekosten.difu.de) wird die Download- und Informationsplattform zum Planungswerkzeug »Verkehrsfolgekostenschätzer – Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung« angeboten. Das Planungswerkzeug wurde vom Difu und der Planersocietät im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) unter fachlicher Betreuung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erstellt.

2011 erfolgten über alle Websites zusammen ca. 28 Mio. Seitenaufrufe. Die Gesamtstatistik zeigt in 2011 weiterhin ein stabiles Bild (siehe Abb. »Entwicklung der Zugriffe auf Difu-Internetangebote«). Mit einer Steigerungsrate von 250 Prozent verzeichnete die Internetpräsenz der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« den größten Zuwachs.



Organisation, Personal und Finanzen

Organisation/Organigramm

Institutsleitung und Geschäftsführung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Personal

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services

Institutsleitung und Geschäftsführung

Themenfelder und Projekte

Zukunft der Städte und Stadtregionen

- Nationale Stadtentwicklungspolitik
- Kommunale Aufgaben-erfüllung im Wandel
- Lokale und regionale Governance
- Interkommunale und internationale Kooperationen

AG Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

- Innovative Modelle kommunalen Verwaltungs-handelns
- Dialog zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe
- Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Deutschland

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion

Finanzen

Personal

Interne Services

Verwaltung

Wissensvermittlung

Bereich Fortbildung

- Seminare, Workshops
- Moderationen
- Tagungen, Kongresse
- Ausstellungen

Bereich Wissensmanagement

- Informationsdienste
- Datenbanken
- Internet/Extranet
- Informationstechnik
- Bibliothek

Forschende Arbeitsbereiche und Themenfelder

Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

- Städtebau, Stadtumbau, Denkmalschutz, Baukultur
- Wohnen
- Bau- und Planungsrecht
- Soziale Ungleichheit/stadträumliche Fragmentierung
- Familien- und Jugendhilfe
- Schule und (Aus-)Bildung
- Migration und Integration
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Ältere Menschen in der Stadt

Bereich Wirtschaft und Finanzen

- Strategien kommunaler Wirtschaftspolitik in der Wissensgesellschaft
- Wirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung
- Investitionen und Finanzen
- Innovation und Technologien
- Steuerung und Aufgabenorganisation

Bereich Mobilität und Infrastruktur

- Infrastruktur/Daseinsvorsorge
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Mobilitäts- und Verkehrsmanagement
- Rechtsfragen der Daseinsvorsorge und des Straßenverkehrs
- Öffentlicher Verkehr
- Fahrradverkehr, Fußverkehr

Bereich Umwelt

- Klimaschutz und Energiemanagement
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel
- Stoffstrommanagement und Abfallwirtschaft
- Luftreinhaltung und Lärminderung
- Flächenkreislaufwirtschaft und Bodenschutz
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Umweltrecht

Querschnittskompetenzen

- Grundlagenforschung • Anwendungsbezogene Forschung • Gemeinnützige Gutachten und Beratung • Primärerhebungen • Sekundärstatistische Analysen
- Indikatoren und Monitoring • Evaluationen • Benchmarking • Prognosen • Szenarien • Pläne • Wettbewerbe • Moderation und Mediation

Institutsleitung und Geschäftsführung

E Organisation,
Personal und Finanzen



v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann, Sybille Wenke-Thiem, Christoph Albrecht, Patrick Diekelmann, Arno Bunzel, Anne Klein-Hitpaß, Cornelia Schmidt, Steffi Greiner, Busso Grabow, Klaus-Dieter Beißwenger (nicht abgebildet: Christina Bloedorn)
Foto: David Ausserhofer.

Die Institutsleitung und Geschäftsführung stellt eine der zentralen Schnitt- und Kontaktstellen zu Praxis und Forschung, zu Städten, politischen Gremien und Zuwendern wie auch zur Öffentlichkeit dar. Hierzu tragen auch die (wissenschaftliche) Assistenz der Institutsleitung, die Difu-Stabsstellen »Presse- und Öffentlichkeitsarbeit« (siehe unten) sowie »Redaktion/Veröffentlichungen« (siehe auch Abschnitt D »Wissensmanagement«) wesentlich bei; sie sind direkt der Institutsleitung zugeordnet.

Neben den Leitungsaufgaben ist bei der Institutsleitung und Geschäftsführung das übergreifende Themenfeld »Zukunft der Städte und Stadtregionen, Internationales« angesiedelt. Im Fokus stehen hierbei Arbeiten zur »Nationalen Stadtentwicklungspolitik«, zur »Kommunalen Aufgabenerfüllung im Wandel«, zur »Lokalen und regionalen Governance«, dabei insbesondere zu Partizipation und Beteiligung, sowie zu »Interkommunalen und internationalen Kooperationen« (Näheres zu den Aktivitäten der Institutsleitung und Geschäftsführung siehe in Teil A »Einleitung« sowie in Teil B »Politik, Verwaltung und Recht« sowie »Steuerung und Aufgabenorganisation«). Außerdem werden von der Institutsleitung strategische Forschungsprojekte in den Bereichen Mobilität (zum Beispiel »Evaluation der Modellprojekte Elektromobilität«, »Grund-

konzeption einer modernisierten Bundesverkehrswegeplanung«) bearbeitet. Die Institutsleitung wirkt – zum Teil leitend – an methodisch und inhaltlich wegweisenden Projekten (z.B. »Evaluation Stadtbau West«) mit. Auch die zentralen Aufgaben der Verwaltung (Finanzen, Personal, Interne Services) sind direkt in den Bereich der Institutsleitung und Geschäftsführung integriert.

Über die genannten Forschungsthemen hinaus sind auch die Fortbildungsangebote der »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ, Näheres siehe in Teil C »Fortbildung«) seit der Umstrukturierung des Instituts direkt der Institutsleitung zugeordnet.



v.l.n.r.: Busso Grabow, Klaus J. Beckmann, Arno Bunzel
Foto: David Ausserhofer.

v.l.n.r.: Sybille Wenke-Thiem,
Cornelia Schmidt
Foto: Doris Reichel.



Im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit macht das Institut die Difu-Arbeitsergebnisse und -Fortbildungsangebote den Medien sowie der weiteren (Fach-)Öffentlichkeit bekannt. Als wichtiges Instrument hierfür dient die vierteljährlich in einer Print- und Online-Fassung herausgegebene Zeitschrift »Berichte«. Neben einem Standpunkt zu einem aktuellen kommunalrelevanten Thema enthält sie Beiträge über neue Difu-Forschungsergebnisse, Veranstaltungsangebote und -berichte sowie die weiteren Serviceangebote des Instituts.

Zusätzlich werden die Medien durch Pressemailings sowie über verschiedene Online-Dienste (neben dem Difu-eigenen Internetauftritt z.B. über den »informationsdienst wissenschaft«) über Difu-Arbeitsergebnisse und -Veranstaltungen informiert.

Das Pressteam ist zudem Kontaktstelle für zahlreiche Medienanfragen zu allen kommunalrelevanten Themen. Fernsehen und Hörfunk, internationale, überregionale und lokale Printmedien sowie zahlreiche Fachmedien berichteten 2011 umfangreich über das Institut und seine Aktivitäten, wobei folgende Themen besonders häufig aufgegriffen wurden: Klimaschutz, Mobilität, Nachhaltiges Flächenmanagement, Rekommunalisierung, Konnexität, BauGB-Novelle/Städtebaurecht, Soziale Stadt, Kommunale Infrastruktur,

Suchtprävention, Reurbanisierung, Bürgerbeteiligung.

Hervorzuheben sind in 2011 diverse Artikel, die als Namensbeiträge in renommierten überregionalen Leitmedien platziert werden konnten. Ausgewählte Ausschnitte aus Presseartikeln und Interviews mit Difu-Beteiligung werden stets in der Mediennachlese der Difu-Zeitschrift »Berichte« sowie im Difu-Internet dokumentiert: <http://www.difu.de/presse>



Seit Sommer 2011 ist das Difu im Social-Media-Bereich aktiv und unterhält eine durch die Difu-Pressestelle betreute Seite beim Netzwerk Facebook. Die Abruf- und Fanzahlen ent-

wickelten sich schon nach kurzer Zeit sehr positiv. Daher können sich nun auch Facebook-Nutzer Difu-Neuigkeiten zeitgleich zum Erscheinen direkt auf ihre Nachrichtenseiten bei Facebook übermitteln lassen. Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich geschaltet, so dass auch nicht bei Facebook registrierte Internet-Nutzer die Seite einsehen und den Links folgen können: <https://www.facebook.com/difu.de>.

Auch für Anfragen aus Kommunen, der allgemeinen Öffentlichkeit oder für Besuchergruppen steht das Pressteam zur Verfügung. Im Jahr 2011

informierten sich mehrere internationale Delegationen bei einem Besuch des Instituts über die Arbeit des Difu: Zum Beispiel eine Delegation des Südafrikanischen Städtetages (SALGA) am 23.6.2011, empfangen durch Daniel Zwicker-Schwarm, sowie eine Delegation des Norwegian Institute for Urban and Regional Research (NIBR), die am 23.9. von Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Dr. Jürgen Gies und Anne Klein-Hitpaß empfangen wurde.

Das Institut bietet neben seinen kostenpflichtigen Fortbildungsveranstaltungen auch kostenfreie öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen stadtrelevanten Themen an: »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« (siehe Teil C »Fortbildung«). Für Konzeption und Organisation der Veranstaltungsserie wie des jährlichen Treffens der Difu-Ansprechpartnerinnen und -partner aus den Kommunen (siehe Teil C »Fortbildung«) zeichnet das Difu-Presseteam verantwortlich.

Personal

E Organisation,
Personal und Finanzen

Nach Verabschiedung eines Personalentwicklungskonzeptes in 2011 wurde der beruflichen Weiterentwicklung der Difu-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So besuchten insgesamt 58 Beschäftigte 40 verschiedene Fortbildungsveranstaltungen. Die Trainingsformate umfassten gemeinsame modulare Führungskräfte-Trainings, Gruppenfortbildungen und Einzelmaßnahmen, die hauptsächlich dem Erwerb von Fachkenntnissen dienten. Im Berichtsjahr konnten zwei Mitarbeiter neben ihrer Tätigkeit für das Institut erfolgreich ihre Promotion abschließen.

Im Herbst 2011 bestellte das Institut eine Beauftragte für das Betriebliche Gesundheitsmanagement, die als Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um die Gesunderhaltung der Mitarbeiterschaft fungiert.

Insgesamt 44 Personen traten 2011 erstmals oder erneut in das Difu ein, mit drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde ein unbefristeter Arbeitsvertrag geschlossen. 33 Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter verließen das Difu, 25 davon wegen Ablaufs ihrer befristeten Arbeitsverträge, ein Mitarbeiter auf eigenen Wunsch. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 2011 in den Ruhestand verabschiedet.

Per 31.12.2011 waren im Difu 123 Personen beschäftigt:

- 80 Frauen und 43 Männer,
- 50 in Voll- und 73 in Teilzeit,
- 65 unbefristet und 58 befristet,
- 72 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 51 nicht-wissenschaftliche Beschäftigte,
- 108 am Standort Berlin und 15 am Standort Köln,
- darunter 26 studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte.

Das Difu konnte 2011 22 Praktikantinnen und Praktikanten aus unterschiedlichen Studiengängen einen in der jeweiligen Studienordnung vorgeschriebenen bzw. empfohlenen Praktikumsplatz anbieten.



v.l.n.r.: Steffi Hauschild,
Gerhard Handke, Adelheid
Zeitel, Dagmar Kath,
Hanna Körber
Foto: David Ausserhofer.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Stand Dezember 2011)

E-Mail: nachname@difu.de
Internet: www.difu.de
Telefon: 030/39001-Durchwahl

Institutsleitung/Geschäftsführung Durchwahl

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann -214
Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer

Privatdozent Dr. Arno Bunzel -238
Prokurist, stellv. Wiss. Direktor

Dr. rer. pol. Busso Grabow -248
Prokurist, Kaufmännische Leitung

Ass. iur. Steffi Greiner -217
Assistentin des Wissenschaftlichen Direktors

Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß -204
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Cornelia Schmidt -208
Bereichsassistentin, Sachbearbeiterin

Sybille Wenke-Thiem -209
Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstelle Redaktion

Klaus-Dieter Beißwenger -282
Redakteur

Christina Bloedorn -188
Layout

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann -254
Redakteur

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Katrin Adam -136
Bereichsassistentin

Dipl.-Soz. Maja Angelika Arlt -195
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (ab 01.03.2011)

Dipl.-Dok. (grad.) Dörte Jessen -147
Öffentlichkeitsarbeit AGFJ

Dipl.-Soz. Kerstin Landua -135
Leiterin des Bereichs Fortbildung und der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Dipl.-Lehrerin Rita Rabe -271
Literaturdokumentation, Bibliothek

Dipl.-Übers. Anne Taubert -139
Organisation, Tagungsbetreuung, Versand

Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Dr. rer. pol. Stephanie Bock -189
Stadt- und Regionalentwicklung, Gender Mainstreaming, Begleitforschung

Dipl.-Ing. Christa Böhme -291
Integrierte Stadtteilentwicklung, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, Naturschutz, Landschaftsplanung

Privatdozent Dr. Arno Bunzel -238
Bereichsleiter, Prokurist
Städtebau, öffentliches Bau- und Planungsrecht, raumrelevantes Umweltrecht

Dr. rer. nat. Thomas Franke -107
Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Governance

Dipl.-Ing. Franciska Frölich -245
v. Bodelschwingh
Stadtentwicklung, städtebauliche Planung, Planungsrecht

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel -190
Stadtentwicklung, Wohnungspolitik

Dipl.-Soz. Detlef Landua -196
Sozialberichterstattung, empirische Sozialforschung, Methoden und Statistik (ab 01.01.2011)

Dipl.-Ing. Daniela Michalski -270
Baukultur, städtebaulicher Denkmalschutz, städtebauliche Planung (ab 16.05.2011)

Dr. rer. soc. Bettina Reimann -191
Integrationspolitik, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung

Christa Rothäusler
Raumordnung, städtebauliche Planung (bis 30.09.2011)

Jessika Sahr-Pluth -237
Bereichsassistentin

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss -296
Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Stadterneuerung, Städtebau

Dr.-Ing. Angela Uttke
Städtebau, Stadtentwicklung und -gestaltung, Baukultur (bis 19.03.2011)

Bereich Wirtschaft und Finanzen

Nadine Dräger -202
Bereichsassistentin

Dr. Marion Eberlein -206
Kommunale Finanzen (ab 01.10.2011)

Dr. phil. Holger Floeting -221
Innovations- und Technologiepolitik, wirtschaftlicher Strukturwandel, kommunale Wirtschaftsförderung, urbane Sicherheit

Dr. rer. pol. Busso Grabow -248
Bereichsleiter, Prokurist
Kommunale Wirtschaftspolitik, kommunale Finanzen,
empirische Wirtschaftsforschung, integrierte Nachhaltig-
keitspolitik

Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig -293
Kommunale Wirtschaftspolitik, kommunale Finanzen,
demografische Entwicklung, Stadtmarketing, Einzelhandel

Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider -261
Kommunale Investitionen, Finanzierung der Daseinsvorsorge,
Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Doppik

Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze -198
Empirische Stadtforschung, Stadtentwicklung, Statistik

Dipl.-Verwaltungswiss.
Daniel Zwicker-Schwarm -154
Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, Gewerbe-
flächenentwicklung, europäische Zusammenarbeit

Bereich Mobilität und Infrastruktur

Dipl.-Ing. Wolfgang Aichinger 299
Raumplanung, Radverkehr (ab 15.04.2011)

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt -252
Integrierte Verkehrsplanung, Wirtschaftsverkehr

Doris Becker
Bereichsassistentin, Sachbearbeiterin (bis 30.11.2011)

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher -260
Bereichsleiter
Integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, Zukunfts-
fragen der städtischen Mobilität, ÖPNV, Radverkehr

Dr. phil. Jürgen Gies -240
Kommunale Verkehrspolitik, ÖPNV

Garnet Glaser -120
Teilnehmermanagement Fahrradakademie

Ass. iur. Stefanie Hanke -157
Kommunal- und Kommunalverfassungsrecht, Öffentliches
Wirtschaftsrecht, Straßen- und Verkehrsrecht

Dipl.-Ing. Simone Harms -132
Fortbildung Radverkehr, Teilnehmermanagement

Dipl.-Geogr. Martina Hertel -105
Verkehrsplanung, GIS (ab 15.09.2011)

Dipl.-Soz.Päd. (FH) Sylvia Kanzler -184
Fortbildung, Radverkehr, Teilnehmermanagement
(ab 01.09.2011)

Dipl.-Ing. Arne Koerdt -108
Verkehrspolitik, Radverkehr

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt Jens Libbe -115
Städtische Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Steuerung und
Aufgabenorganisation, Öffentliche Unternehmen, Um-
weltmanagement, Begleitforschung, Evaluation

Ass. iur. Irene Schlünder -256
Verwaltungsrecht, Kommunalrecht, Abgabenrecht, Öffent-
liches und Privates Wirtschaftsrecht (ab 15.09.2011)

Dipl.-Geogr. Urte Schwedler
Städtische Infrastruktur, Daseinsvorsorge (bis 30.04.2011)

Antje Stegmann -264
Bereichsassistentin (ab 17.10.2011)

Dipl.-Pol. Johanna Theunissen -133
Fortbildung Radverkehr

Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden -138
Stadtplanung, Mobilität, Radverkehr

Dipl.-Ing. Thomas Weber -134
Fortbildung Radverkehr

Bereich Umwelt (Standort Köln)

Telefon: 0221/340308-0

Ilka Appel -14
Umweltschutz in Stadt- und Regionalentwicklung
(ab 01.12.2011)

Ines Fauter, M.A. -24
»Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« (ab 01.05.2011)

Anna Hogrewe-Fuchs -16
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, »Servicestelle:
Kommunalen Klimaschutz«

Sigrid Künzel -0
Bereichsassistentin

Dipl.-Geogr. Nicole Langel -10
Umweltschutz in Stadt- und Regionalentwicklung

Dina Lieder -15
Assistentin, »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz«

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß 030/39001-265
Flächenhaushaltspolitik, Flächenkreislaufwirtschaft,
kommunaler Umweltschutz (Standort Berlin)

Adelheid Rehmann -15
»Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« (ab 01.03.2011)

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler -18
Bereichsleiterin
Kommunaler Umweltschutz, Klimaschutz und Energie-
effizienz, Umweltplanung

Dipl.-Geogr. Nadine Thoß -21
»Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz«

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln 030/39001-263
Kommunale Abfallwirtschaft, Stoffstrommanagement,
Klimaschutz, Flächenkreislaufwirtschaft (Standort Berlin)

Dipl.-Ing. Vera Völker -14
Umweltschutz in der Stadt- und Regionalentwicklung

Ulrike Vorwerk, M.A. -17
»Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz«

Dipl.-Ing. Andrea Wagner -19
Umweltschutz in der Stadt- und Regionalentwicklung

Dipl.-Geogr. Franziska Wittkötter -11
»Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz«

Bereich Fortbildung

Sylvia Bertz -258
Bereichsassistentin

Ina Kaube -259
Bereichsassistentin

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp	-242	Petra Devermann	-121
Verwaltungsmodernisierung, strategische Steuerung, öffentliche Finanzwirtschaft, Personalmanagement, Korruptionsprävention, kommunale Bildungspolitik, Integrationsmonitoring, kommunale Sportpolitik		Sachbearbeiterin Haushaltsplanung und -durchführung	
Dr. rer. nat. Gerd Kühn		Roswitha Thieke	-228
Bereichsleiter		Sachbearbeiterin Buchhaltung	
Einzelhandel und Stadtentwicklung, kommunale Wirtschaftsförderung und Gewerbepolitik (bis 31.08.2011)		Dipl.-Ing. Anke Warthemann	-226
Dipl.-Soz. Kerstin Landua	-135/136	Sachbearbeiterin Projekte und Kostenverwaltung	
Bereichsleiterin (ab 01.09.2011)		Andreas Weindl	-125
Bettina Leute	-148	Sachbearbeiter Finanzen	
Bereichsassistentin		Dipl.-Ök. Synke Wenger	-224
		Sachbearbeiterin Projekthaushalt	
Bereich Wissensmanagement			
Beatrice Albrecht-Thiessat	-287	Bereich Verwaltung – Personal	
Bereichsassistentin		Ass. iur. Gerhard Handke	-123
Sachbearbeitung Kommunalweb, kommDEMOS, ORLIS		Sachbearbeiter Arbeitsverträge, Werkverträge und Praktikanten	
Dipl.-Bibl. Christine Bruchmann	-276	Steffi Hauschild	-232
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Literaturdokumentation ORLIS		Sachbearbeiterin Lohn/Gehalt	
Dipl.-Ing. Steffen Ehlers	-102	Dagmar Kath	-231
Web-Content-Management, Internet-Redaktion		Leiterin der Personalstelle	
Dipl.-Math. Norbert Gietzen	-158	Hanna Körber	-229
IT-Administration, Netzwerkmanagement		Sachbearbeiterin	
Dipl.-Ing. Christine Grabarse	-288	Adelheid Zeitel	-122
Web-Content-Management, Internet-Redaktion		Sachbearbeiterin Reisekosten	
Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber	-279	Bereich Verwaltung – Services	
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, Literaturdokumentation, Difu-Bibliothek		Garnet Glaser	-120
Dipl.-Ing. Peter Gröning	-156	Sachbearbeiterin Hausverwaltung und Empfang	
IT-Administration, Netzwerkmanagement		Jelto Köhler	-246
Christina Kratz, LL.B.	-278	Hausmeister und Haustechnik	
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Literaturdokumentation ORLIS		Bianca Kovar	-227
Susanne Plagemann, M.A.	-274	Sachbearbeiterin Beschaffung und Empfang	
Bereichsleiterin		Angelika Meller	-253
Internet, IT-Planung, Datenbankproduktion (ORLIS), Informationsdienste, URBADOC		Sachbearbeiterin Vertrieb der Difu-Veröffentlichungen im Selbstverlag und Registratur	
Doris Reichel, M.A.	-233	Studentische Hilfskräfte	
Web-Content-Management, Internet-Redaktion		Katharina Bager	
Tony Retschei		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
IT-Administration (bis 31.03.2011)		Siiri Flatow	
Silvio Richter	-155	Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
IT-Administration (ab 01.07.2011)		Carolin Genz	
Anna Schares	-278	Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Literaturdokumentation ORLIS (ab 01.09.2011)		Michael Hardinghaus	
Jörg Schumacher	-251	Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Datenbank-Administration, Internet-Administration		Stephan Matzdorf	
Ralf Winkler		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Web-Content-Management (ab 01.06. bis 31.12.2011)		Manuel Ott	
		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Bereich Verwaltung – Haushalt und Finanzen			
Stephanie Böttcher	-127	Friederike Pfeifer	
Sachbearbeiterin Buchhaltung		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
		Viola Schulze Dieckhoff	
		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	

Bernhard Wolters
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Hanna Blieffert
Wirtschaft und Finanzen

Friderike Christian
Wirtschaft und Finanzen

Stefan Licht
Wirtschaft und Finanzen

Jörg Madwig
Wirtschaft und Finanzen

Lisa Melcher
Wirtschaft und Finanzen

Anja Neubauer
Wirtschaft und Finanzen

Mandy Schwausch
Wirtschaft und Finanzen

Josephine Templin-Kobayashi
Wirtschaft und Finanzen

Melanie Wagner
Wirtschaft und Finanzen

David Westenberg
Wirtschaft und Finanzen

Sascha Dannenberg
Mobilität und Infrastruktur

Alexander Hunger
Mobilität und Infrastruktur

Karsten Kirwitzke
Mobilität und Infrastruktur

Sebastian Korn
Mobilität und Infrastruktur

Tobias Mettenberger
Mobilität und Infrastruktur

Franziska Schreiber
Mobilität und Infrastruktur

Julia Thiele
Mobilität und Infrastruktur

Anne-Kathrin Schormüller
Umwelt

Nadine Thoß
Umwelt

Gala Rexer
Fortbildung

Eva Schneider
Wissensmanagement

Ulrike Lorenz
Allgemeine Verwaltung

Josefin Meyer
Allgemeine Verwaltung

Maria Wernicke
Allgemeine Verwaltung

Katja Wergin
Allgemeine Verwaltung

Christoph Albrecht
Institutsleitung

Martin Kluge
Institutsleitung

Jessica Kliem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dörte Maasch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Praktikantinnen und Praktikanten

Stefan Brost (Mobilität und Infrastruktur)

Franziska Dellemann
(Stadtentwicklung, Recht und Soziales)

Konstantin Kiprijanov
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Jessica Kliem
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Cordula Simone Kraft
(Mobilität und Infrastruktur)

Adrian Linke (Wissensmanagement)

Veit Lohse
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Kristin Müller
(Stadtentwicklung, Recht und Soziales)

Kevin Neitzel
(Mobilität und Infrastruktur)

Diana Nikolaizig
(Mobilität und Infrastruktur)

Rebecka Ridder
(Mobilität und Infrastruktur)

Claudia Rock
(Mobilität und Infrastruktur)

Dörthe Röwer
(Wirtschaft und Finanzen)

Lisa Rost
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Patrick Roth
(Stadtentwicklung, Recht und Soziales)

Christian Rouvairé
(Wissensmanagement)

Viola Schulze Dieckhoff
(Stadtentwicklung, Recht und Soziales)

Julika Talke
(Stadtentwicklung, Recht und Soziales)

Sören Theussig
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Stefanie Träber (Wissensmanagement)

Franziska Unruh
(Allgemeine Verwaltung/Personalstelle)

Susanne Wiechmann
(Mobilität und Infrastruktur)

Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services

Finanzen und Finanzierungsstruktur



v.l.n.r.: Stephanie Böttcher,
Busso Grabow, Roswitha
Thieke, Andreas Weindl,
Anke Warthemann, Petra
Devermann, Synke Wenger,
Klaus J. Beckmann
Foto: Doris Reichel.

→ Jahresergebnis auf
hohem Niveau stabilisiert

Das kamerale Jahresergebnis des Jahres 2011 lag – einschließlich der Umstrukturierungshilfe durch den VfK (vgl. unten) – mit 8,32 Mio. Euro um gut 0,2 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis. Damit hat das Difu seine Haushaltssituation nach der Umstrukturierung und dem Übergang in die neue Rechtsform weiter stabilisiert.

→ Öffentliche Hand mit
Abstand wichtigster
Finanzmittelgeber

Der einwohnerbezogene Beitrag, den die kommunalen Zuwender jährlich an das Difu zahlen, blieb unverändert. In der Summe erreichten die Zuwendungen der insgesamt 105 Städte und Verbände bzw. Planungsgemeinschaften, die zusammen rund 23 Millionen Einwohner repräsentieren, mit über 1,5 Mio. Euro wieder das Vorjahresniveau.

Im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung wurden durch den Bund und das Land Berlin als institutionelle Zuwendung 1,35 Mio. Euro bereitgestellt. Der Anteil der institutionellen Zuwendungen durch den Bund und das Land Berlin betrug damit 16 Prozent des Gesamthaushalts.

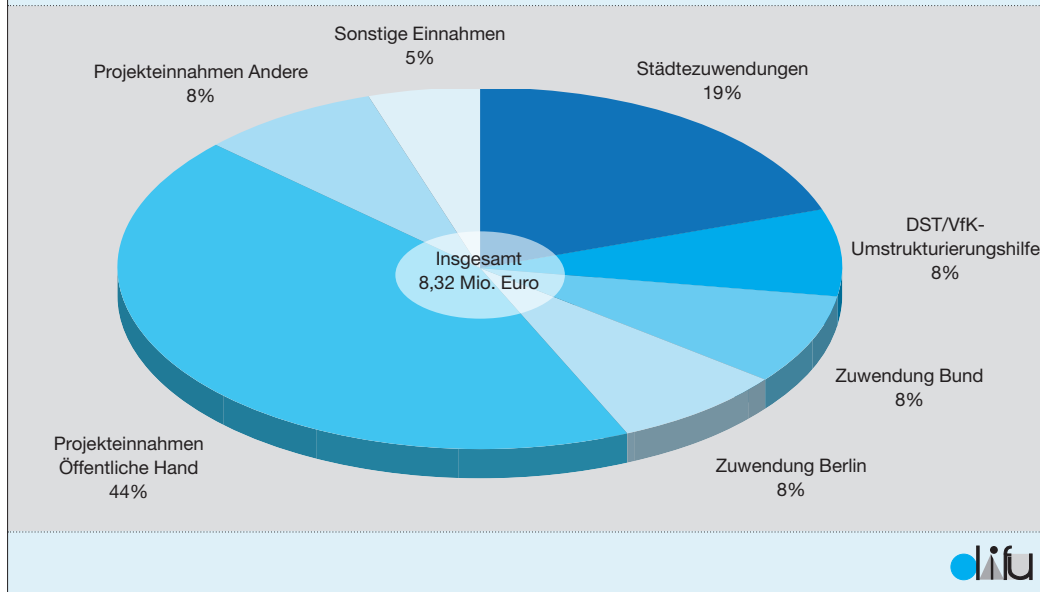
Der VfK als Gesellschafter des Difu leistete letztmals im Jahr 2011 keine direkte Zuwendung an das Institut. Im Gegenzug hat der VfK seit dem Jahr 2007 umfangreiche Mittel für die Neustrukturierung und den Umzug des Difu bereitgestellt, die anteilig für das Jahr 2011 630 000 Euro betragen.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Projekteinnahmen mit etwa 4,3 Mio. Euro nochmals leicht erhöht. In diesen Einnahmen ist allerdings auch ein nicht unerheblicher Anteil an »durchlaufenden Mitteln« (etwa für Veranstaltungen oder Werkverträge) enthalten. Insgesamt ist der Anteil der durch Projekte, Veröffentlichungen und Seminare erzielten Einnahmen mit 57 Prozent fast unverändert geblieben. 84 Prozent der Einnahmen aus Projekten sind Fördermittel des Bundes, der Länder oder der Kommunen. 87 Prozent der gesamten Einnahmen des Instituts kommen somit von der öffentlichen Hand.

Durch größere, länger laufende Drittmittelprojekte und auch nach dem Jahreswechsel 2011/2012 erfolgreiche Projektakquisitionen ist das bereits vertraglich fixierte Drittmittelvolumen für das Jahr 2012 erfreulich hoch. Damit ist bereits ein großer Teil der für einen ausgeglichenen Haushalt notwendigen Drittmittel (gemessen an den im Wirtschaftsplan 2012 geplanten Projekteinnahmen) gesichert.

Im Jahr 2011 wurden die Vorarbeiten zur Einführung einer Kosten-Leistungsrechnung (KLR) als internes Steuerungsinstrument abgeschlossen, die spezifisch auf die Bedürfnisse des Difu als Forschungs- und Fortbildungseinrichtung zugeschnitten sind. Ziele der KLR am Difu sind die Erhöhung der Kostentransparenz, die Verbesse-

Finanzierungsstruktur des Difu 2011



rung der Möglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Selbststeuerung im Hinblick auf eine effektive und effiziente Aufgabenwahrneh-

mung sowie die Optimierung der Steuerungsmöglichkeiten auf allen Verantwortungsebenen des Instituts.

Interne Services

Die internen Serviceleistungen werden in vier Aufgabenbereichen gebündelt:

- Empfang, Telefon, Posteingang, Beschaffung, Warenannahme, Büromaterialausgabe,
- Kopieren, Binden, Postversand,

- Hausverwaltung und
- (elektronische) Aktenführung und Registratur.

Das Institut ist an seinem Standort über einen zentralen Empfang erreichbar, über den auch alle allgemeinen telefonischen Anfragen mit hoher Servicequalität bedient werden.

→ Interne Services: Hohe Qualität nach innen und außen



v.l.n.r.: Garnet Glaser, Bianca Kovar, Angelika Meller
(nicht abgebildet: Jelto Köhler)
Foto: Doris Reichel.



Kontakte und Kooperationen

Difu-Zuwender

Wissenschaftlicher Beirat

Mitgliedschaften, Gremien
und weitere Aktivitäten

Durch die enge Kooperation und den ständigen Kontakt zwischen dem Deutschen Institut für Urbanistik und den Städten stellt das Difu sicher, dass seine Forschungs- und Fortbildungsarbeit praxisorientiert gestaltet ist. Besonderen Wert legt es daher auf Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung der Städte. Über die reine Forschungs- und Fortbildungsarbeit hinaus engagieren sich Difu-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zudem in verschiede-

nen kommunalrelevanten Gremien und Arbeitsgruppen. So sind sie unter anderem in Gremien des Deutschen Städtetages als Ständiger Gast, in Beiräten der einzelnen Bundesministerien oder als Jurymitglieder aktiv. Besonders wichtig ist hierbei auch die intensive Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Berliner Senatskanzlei und den verschiedenen Berliner Senatsverwaltungen.

F Kontakte und Kooperationen

Difu-Zuwender

2011 zählte das Difu über hundert Städte (meist Großstädte), Verbände und Planungsgemeinschaften zum Kreis seiner Zuwender.

Neben Fortbildungsangeboten, schriftlichen Unterlagen und der telefonischen Beratung bietet das Institut ein spezielles Angebot für seine

Zuwender im Difu-Extranet an. Außerdem findet jährlich – meist in wechselnden Städten – ein »Ansprechpartnertreffen« statt. Vertreterinnen und Vertreter der Difu-Zuwender(städte) nehmen gebührenfrei an dieser exklusiv für sie angebotenen Veranstaltung teil (siehe auch C »Fortbildung«).

Zuwenderstädte

Aachen	Forchheim	Landau	Regensburg
Amberg	Frankfurt/M.	Landshut	Rheine
Aschaffenburg	Friedrichshafen	Langenhagen	Rosenheim
Bautzen	Garbsen	Leipzig	Rüsselsheim
Beelitz	Gelsenkirchen	Lingen	Saarbrücken
Berlin	Gießen	Ludwigsburg	Schweinfurt
Bielefeld	Gotha	Lünen	Stadtroda
Bocholt	Göttingen	Lutherstadt Wittenberg	Stendal
Bochum	Hamburg	Magdeburg	Stuttgart
Bonn	Hamm	Mainz	Suhl
Bottrop	Hanau	Mannheim	Sulzbach-Rosenberg
Braunschweig	Hannover	Marburg	Trier
Bremen	Heidelberg	Mühlhausen	Tübingen
Celle	Hennigsdorf	Mülheim/Ruhr	Unna
Cottbus	Herne	München	Weiden
Cuxhaven	Hildesheim	Münster	Weimar
Darmstadt	Iserlohn	Neuss	Wiesbaden
Dortmund	Jena	Nürnberg	Wismar
Dresden	Kaiserslautern	Offenbach	Wolfsburg
Düsseldorf	Karlsruhe	Offenburg	Wuppertal
Erfurt	Kiel	Oldenburg	
Erlangen	Koblenz	Passau	
Essen	Köln	Plauen	
Esslingen	Konstanz	Potsdam	
Falkensee	Kronberg	Prenzlau	
Flensburg	Lahr	Ravensburg	

Weitere Zuwender

Regionalverband Ruhr
Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/
Rhein-Main
Region Hannover

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-
Fläming
Verband Region Neckar
Verband Region Stuttgart
Zweckverband Großraum Braunschweig

Wissenschaftlicher Beirat

Beraten wird das Institut von einem Wissenschaftlichen Beirat, der mindestens einmal jährlich (2011: am 16. Juni) tagt. Er berät Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung in fachlicher Hinsicht, vor allem im Hinblick auf Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung für die fachliche und wissenschaftliche Arbeit des Instituts sind, insbesondere das Arbeits- und Fortbildungsprogramm, Projekte und Produkte, die Leitlinien der fachlichen Tätigkeit der Gesellschaft sowie die langfristige strategische Ausrichtung und Entwicklung der Gesellschaft.

Der Beirat besteht aus 20 Mitgliedern: sechs Praktikerinnen und Praktikern, sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, drei Mitgliedern, die von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Difu aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, drei Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bundesministerien in den Beirat zu entsenden. Das Land Berlin ist berechtigt, zwei Vertreterinnen und Vertreter in den Beirat zu entsenden. Die Beiratsmitglieder werden jeweils auf drei Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist möglich.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

Praxis

Oberbürgermeister a. D. Dr. h.c. Martin Biermann,
Stadt Celle
Beigeordnete Verena Göppert, Hauptgeschäftsstelle
des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln
Beigeordneter Folkert Kiepe, Hauptgeschäftsstelle
des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln
Oberbürgermeister a. D. Dr. Gerhard Langemeyer,
Stadt Dortmund

Erster Bürgermeister Christian Specht, Stadt Mannheim
Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Planungsdezernent
der Stadt Leipzig

Wissenschaft

Professor Dr. rer. pol. Franz Josef Bade, Technische Universität Dortmund
Professor Dr. Dr. h.c. Ulrich Batts, Humboldt-Universität zu Berlin
Professor Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum
Professorin Dr. Gisela Färber, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
Professorin Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber, Technische Universität Berlin
Professor Dr. Dirk Vallée, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (seit 2011)

Bund und Land Berlin

Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin/Bonn, Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung
Ministerialrat Dr. Patrick Graichen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ministerialdirigent Berthold Leber, Bundesministerium der Finanzen, Berlin/Bonn (bis 2011)
Ministerialdirigent Uwe Schröder, Bundesministerium der Finanzen, Berlin/Bonn (ab 2011)
Staatssekretärin Maria Krautberger, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin (bis 2011)
Senatsrat Günter Schulz, Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu

Dr. Stephanie Bock, Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Berlin
Anna Hogrewe-Fuchs, Bereich Umwelt, Köln
Thomas Preuß, Bereich Umwelt, Köln (Standort Berlin)



Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Instituts für Urbanistik, Sitzung im Dezember 2009. Foto: Sybille Wenke-Thiem.

Mitgliedschaften, Gremien und weitere Aktivitäten

F Kontakte
und Kooperationen

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt

Mitglied, Arbeitsausschuss 1.8 »Güterverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitskreis 1.8.3 »Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Ständiger Gast, Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Oberbürgermeistertreffen Ost des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Umweltausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Kulturausschuss des Deutschen Städtetages.
Mitglied, Beirat für Raumentwicklung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat für Verkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Mitglied, Nationale Plattform Elektromobilität, Arbeitsgruppe Rahmenbedingungen.
Mitglied, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).
Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.
Mitglied, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, acatech.
Leiter, Themennetzwerk »Mobilität und Logistik, Luft- und Raumfahrt« in der acatech.
Mitglied, Arbeitsgruppe »Boden« in der acatech.
Mitglied, Arbeitsgruppe »Stadt der Zukunft« in der acatech.
Leiter, Arbeitsgruppe »Verkehrsplanung« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitskreis 1.1.7 »Beteiligungsverfahren« in der FGSV.
Mitglied, Arbeitskreis 1.1.9 »Verkehrsentwicklungsplanung« in der FGSV.
Mitglied, Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V., Köln (DVWG).
Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL).
Mitglied, Transferbeirat des LOEWE-Schwerpunkts »Eigenlogik der Städte«.
Mitglied, Beirat des Stadtforums Berlin.
Mitglied, Beirat, Stadtentwicklungsplan München.
Mitglied, Beirat, Verkehrsentwicklungsplan Dresden.
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des Städtetagsnetzwerks NRW.
Mitglied, Redaktionsbeirat der Zeitschrift »Nahverkehr«.

Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des InnoZ.
Mitglied und Vorsitzender des Preisgerichts »Bürgerstiftungspreis« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Fachpreisrichter, Städtebaulicher Ideenwettbewerb »City-Bahnhof Ulm« (2011).

Dr. rer. pol. Stephanie Bock

Ständiger Gast, Kommission »Frauen in der Stadt« des Deutschen Städtetages.
Mitglied, Fachbeirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.

Dipl.-Ing. Christa Böhme

Mitglied, Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AGGSE) beim Deutschen Institut für Urbanistik.
Mitglied, Beratender Arbeitskreis »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
Jurymitglied, KfW-Award 2011 »Europäisch leben – europäisch wohnen« mit dem Jahresthema »Effizienz mit Charme – Energiebewusstes Sanieren und Bauen im städtischen und dörflichen Kontext«.

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher

Mitglied/Sprecher, Arbeitsgruppe »FahrRat« (zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.
Mitglied, Arbeitskreis 1.7.3 »City-Maut« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitsausschuss 2.5 »Fußverkehr und Radverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitskreis 2.5.1 »Aktuelle Themen des Radverkehrs« (ERA-AK) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Bund/Länder-Arbeitskreis »Fahrradverkehr«.
Mitglied, »Beirat Radverkehr« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Ständiger Gast, Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr des Deutschen Städtetages.
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des VCD.

Privatdozent Dr. Arno Bunzel

Mitglied, Fachkommission Baurecht des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Planungs- und Bauausschuss des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.
Stellvertretender Vorsitz, Nutzerbeirat der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
Mitglied, Gesellschaft für Umweltrecht.

Dr. phil. Holger Floeting

Mitglied, Netzwerk TA – Netzwerk der deutschsprachigen Technikfolgenabschätzungs-Community.
Mitglied, Arbeitskreis »Geographie der Telekommunikation und Kommunikation« der Deutschen Gesellschaft für Geographie.
Mitglied, Programm-Komitee REAL CORP 2011, 16. Internationale Konferenz zur Stadtplanung und Regionalentwicklung in der Informationsgesellschaft GeoMultimedia 2011.

Dr. rer. nat. Thomas Franke

Mitglied, Arbeitskreis »Quartiersforschung« der Deutschen Gesellschaft für Geographie.
Ständiger Gast, Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages.

Dr. phil. Jürgen Gies

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe Verkehrsfinanzierung der DST-Fachkommission Verkehrsplanung.

Dr. rer. pol. Busso Grabow

Ständiger Gast, Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages.
Jurymitglied, Auswahl der nationalen Vorschläge für den European Enterprise Award, Institut für Mittelstandsforschung, Bonn.
Jurymitglied, Auswahl PPP-Innovationspreis 2011 des »Behörden-Spiegel« und des Bundesverbandes PPP.

Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber

Mitglied, Arbeitskreis One-Person-Libraries (OPL) Berlin-Brandenburg.

Ass. iur. Stefanie Hanke, LL.M.

Ständiger Gast, Arbeitskreis Rechtsfragen der DST-Fachkommission.

Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig

Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel

Ständiger Gast, Fachkommission Wohnungswesen des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Mitglied, KGSt-Arbeitskreis »Kommunale Fortbildung«.

Mitglied, »Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik« (hervorgegangen aus dem KGSt-Innovationszirkel Integrationspolitik).

Dipl.-Ing. Arne Koerd

Ständiger Gast, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr.

Mitglied, Arbeitskreis 2.5.1 »Aktuelle Themen des Radverkehrs« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Leitungsteam Gemeinsamer Fachausschuss »Radverkehr« von SRL und ADFC.

Dipl.-Soz. Kerstin Landua

Ständiger Gast, Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Großstadtjugendämter, Deutscher Städtetag.

Mitglied Beirat, AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.

Mitglied, Arbeitskreis Sozialplanung, Organisation und Qualitätssicherung des Deutschen Vereins für Öffentliche und private Fürsorge e.V.

Dipl.-Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe

Mitglied, Deutsche Gesellschaft für Evaluation.

Mitglied, Fachbeirat des BDZ – Bildungs- und Demonstrationszentrum für dezentrale Abwasserbehandlung e.V., Leipzig

Dipl.-Ing. Daniela Michalski

Ständiger Gast, Arbeitskreis »Kommunale Denkmalpflege« des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe »Denkmalschutz« des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

Susanne Plagemann, M.A.

Ständiger Gast, IT-Arbeitskreis der Leibniz-Gemeinschaft.

Präsidiumsmitglied, Europäischer Verein Urban-data.

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß

Beirats- und Jurymitglied, Netzwerk 21-Kongress Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerke für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen sowie Deutscher Nachhaltigkeitspreis »Zeitzeichen« 2011.

Dr. rer. soc. Bettina Reimann

Mitglied, AG Politiktransfer des Kooperationsprojekts für nachhaltige Prävention und Präventionsforschung (KNP), Hannover/Köln.

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

Ständiger Gast, Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte.

Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte.

Ständiger Gast, Amtsleiterkonferenz Umwelt des Städtetags NRW.

Ständiger Gast, Arbeitskreis Energieeinsparung des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe Nachhaltiges Wirtschaften des Deutschen Städtetages.

Jurymitglied, Bundesstiftung Umwelt und Deutsche Umwelthilfe, Wettbewerb »Klimaschutzkommune«.

Jurymitglied, Bundesstiftung Umwelt und Deutsche Umwelthilfe, Preisverleihung »Klimaschutzkommune« (Laudatorin).

Dipl.-Sozialwiss.

Antje Seidel-Schulze

Mitglied, Verband Deutscher Städtestatistiker.

Mitglied Lenkungsrunde, KOSIS-Verbund Urban Audit.

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Ständiger Gast, Fachkommission Stadtplanung des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Geogr.

Jörg Thiemann-Linden

Mitglied, Arbeitskreis 1.1.9 »Verkehrsentwicklungsplan«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis 2.5.1 »Aktuelle Themen des Radverkehrs« (ERA-AK), Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis 2.5.3 »Barrierefreie Verkehrsanlagen«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Shared-Space-Arbeitskreis »Straßenraum« und Arbeitskreis »Radverkehr« der SRL.

Mitglied, Vortragstätigkeit/Exkursionsleitung im Arbeitskreis Straßenraum der SRL.

Gründungsinitiative für Netzwerk Shared Space (Verbände- und Expertennetzwerk für innovative Straßenraumgestaltung).

Dipl.-Ing. Vera Völker

Gast, Arbeitsgruppe Denkmalschutz des Städtetages NRW.

Sybille Wenke-Thiem

Ständiger Gast, Presseausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Jahreskonferenz der Städtischen Pressereferenten, Deutscher Städtetag.

Ständiger Gast, Seminar der Städtischen Pressereferenten des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Verwaltungswiss.

Daniel Zwicker-Schwarm

Ständiger Gast, Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages.



Daten und Fakten

Forschungsprojekte im Überblick

Veröffentlichungen

Veranstaltungen

Vorträge

Forschungsprojekte im Überblick

Laufende Projekte 2011

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales			
	Difu-Dialoge zur Stadtforschung	eigenfinanziert	Beckmann
	AG Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung	eigenfinanziert	Böhme
	REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement)	Bundesministerium für Bildung und Forschung über Projektträger Jülich	Bock
	Evaluierung Stadtumbau West	Weeber + Partner	Beckmann
	Planspiel Baugesetzbuch (BauGB)	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Bunzel
	Bundestransferstelle Soziale Stadt Baustein VII	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Böhme/Franke
	Fachliche Begleitung Planspiel BauGB	eigenfinanziert	Bunzel
	Expertise Evaluierung Flächennutzungsplanung Berlin	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	Bunzel
	Nachnutzung militärischer Liegenschaften	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	Bunzel
	Zertifizierung »Europafähige Kommune«	Bertelsmann Stiftung	Landua, D.
	Fachliche Begleitung Zertifizierung »Europafähige Kommune«	eigenfinanziert	Landua, D.
	Evaluierung Bestandsentwicklung Billbrook	Freie und Hansestadt Hamburg	Bock
	Fachliche Begleitung Evaluierung Bestandsentwicklung Billbrook	eigenfinanziert	Bock
	Expertise Satzungsrecht Uferbereich	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg	Bunzel
	5 Jahre Leipzig Charta	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Franke
	Fachliche Begleitung 5 Jahre Leipzig Charta	eigenfinanziert	Franke
	»senior expert LeO«	Stadt Leipzig	Franke
	Infrastrukturkosten von Baumaßnahmen	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	Bunzel
Bereich Wirtschaft und Finanzen			
	Jahresgutachten 2009/2010 zu den Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber	Informationszentrum Mobilfunk e.V.	Grabow
	Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung	Grabow
	KfW-Umfrage zu kommunaler Haushaltslage, Finanzierungsbedarfen und Investitionstätigkeiten 2010 bis 2012	KfW Bankengruppe	Grabow
	DynAss – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur	Bundesministerium für Bildung und Forschung über Projektträger VDI	Floeting

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
	Transnationale Projekte zu Mobilität und Verkehr	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Zwicker-Schwarm
	Fachliche Begleitung Transnationale Projekte zu Mobilität und Verkehr	eigenfinanziert	Zwicker-Schwarm
	Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte	Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis	Grabow
	Erstellung eines Regionalwirtschaftlichen Gutachtens zum Flughafen BER (zusammen mit GIB – Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH)	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	Grabow
	Studie: »Investitionsbedarf in den alters- und demografiegerechten Umbau der Infrastruktur von Städten und Gemeinden«	KfW Bankengruppe	Grabow
	Vorstudie – Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt Köln	Stadt Köln	Schneider

Bereich Mobilität und Infrastruktur

	Fahrradportal	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Fahrradakademie	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Active Acces	Europäische Union	Bracher
	Transferstelle Fahrrad International 2009–2011	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Forschungsassistent Leihräder	Wuppertal-Institut	Bracher
	Infrastruktur und Stadtentwicklung Wüstenrot II	Wüstenrot Stiftung	Libbe
	Nationaler Radverkehrsplan 2.0	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Koerdt
	Masterplan Parken Berlin	LK Argus	Bracher

Bereich Umwelt

	Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten	teilnehmerfinanziert	Rösler
	Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Rösler
	CircUse – Circular Flow Land Use Management	Europäische Union	Preuß
	Internetzeitschrift »Umsicht«	eigenfinanziert	Rösler
	Demografischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz	Umweltbundesamt	Wagner
	Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Wagner

Institutsleitung

	Grundkonzeption für einen nachhaltigen Verkehrswegeplan	Umweltbundesamt	Beckmann
	Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Landua, K.

Abgeschlossene Projekte 2011

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales			
	Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht	eigenfinanziert	Bunzel
	Bundestransferstelle Soziale Stadt, Baustein VI	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Böhme/Franke
	Leipziger Osten	Stadt Leipzig	Franke
	Umsetzungen und Wirkungen des Stadtbezirksmanagements in Hannover	Landeshauptstadt Hannover	Franke
	5. Bundeswettbewerb Suchtprävention	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Böhme
	Erstellung einer Broschüre zum Thema Verstetigung der Sozialen Stadt NRW	Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH	Franke
	Raumordnungsplanung quo vadis?	Freiherr vom Stein-Akademie	Bunzel
	Fachgutachten zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt	Friedrich-Ebert-Stiftung	Franke
	Kommunale Datenlage »Sucht«/ »Schuleingangsuntersuchungen«	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Böhme
Bereich Wirtschaft und Finanzen			
	Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Zwicker-Schwarm
	Wertschöpfungskompetenz Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt e.V. (IRMA)	Audi AG und andere	Floeting
	Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Hollbach-Grömig
	Städtebauförderung und Doppik	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Schneider
	Städtebroschüre zur nachhaltigen Stadt (auf Veranlassung der Oberbürgermeister des Dialogs »Nachhaltige Stadt«)	Rat für Nachhaltige Entwicklung	Grabow
	Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des INTERREG IV B Nordseeprogramms	Nationale Kontaktstelle des Nordseeprogramms bei der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg	Zwicker-Schwarm
	Kleinräumiger Städtevergleich II	res urbana GmbH	Seidel-Schulze
	Difu-Städtebefragung 2011	eigenfinanziert	Grabow
	Expertise Stadtentwicklungsmonitoring	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	Seidel-Schulze

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
--	--------------------	--------------	----------------

Bereich Mobilität und Infrastruktur

	Kommunal mobil – Kommunen trauen sich was	Umweltbundesamt	Gies
	Stadt der kurzen Wege	Umweltbundesamt	Gies
	Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten 2011	Deutscher Verkehrssicherheitsrat	Koerdts/Weber
	CMB-Curriculum	Technische Universität Dresden	Thiemann-Linden
	Stadtentwicklungsplan (StEP) Ver- und Entsorgung des Landes Berlin	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	Libbe

Bereich Umwelt

	Leitfaden Kommunalen Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Rösler
	Endenergieeffizienz	Prognos AG	Rösler
	Klimagerechte Stadtentwicklung	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Rösler
	Umfrage »Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Klimawandel in Kommunen«	eigenfinanziert	Rösler
	Erstellung eines Flyers zur erfolgreichen energetischen Altbau- und Sanierung in Kommunen	Landeshauptstadt Düsseldorf	Rösler
	Good-Practice-Austausch Kommunalen Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Rehmann

Bereich Wissensmanagement

	Virtuelle Fachbibliothek	Deutsche Forschungsgemeinschaft	Plagemann
--	--------------------------	---------------------------------	-----------

Institutsleitung

	Modellregionen Elektromobilität	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Beckmann
	Stärken- und Schwächenanalyse für das technische Referendariat des Oberprüfungsamtes des BMVBS mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und Empfehlungen für eine entsprechende Marken- und Imagebildung	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Beckmann

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen 2011 nach Themenbereichen sowie Autorinnen und Autoren aus dem Difu (**fett gesetzt**; ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Städtebau und Stadtentwicklung

Beckmann, Klaus J.: Städtebauförderung hat dazu beigetragen, dass Sanierungsprozesse nicht zu sozialen Verwerfungen führten. Interview, Mai 2011, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.): 40 Jahre Städtebauförderung, Berlin, S. 47.

Beckmann, Klaus J.: Umbau der Städte – Chancen überwiegen, in: Stadt der Zukunft. Sonderveröffentlichung des Reflex-Verlags, Berlin.

Bock, Stephanie: Für jeden etwas?! – Aus dem Handbuch für Flächenmanagement oder Ansätze zu Kommunikation und Wissenstransfer zum Thema Flächensparen, in: Siemer, Bernd, und Thomas Weith (Hrsg.): Perspektive Flächenmanagement: Wissen und effiziente Lösungen für Umbruchregionen, Münster, S. 69–74.

Bock, Stephanie: Lernen und Weiterbilden, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 212–218.

Bock, Stephanie: Prozesse des nachhaltigen Flächenmanagements initiieren, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 57–59.

Bock, Stephanie: REFINA: 45 Forschungsvorhaben für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs, in: DW – Die Wohnungswirtschaft, 64. Jg., Nr. 9, September 2011, S. 30.

Bock, Stephanie: Regionalplanerische Ansätze, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 379–384.

Bock, Stephanie, und Christa Böhme: Urbane Landwirtschaft – ein Beitrag zur zukunftsfähigen Stadt(entwicklung)?, in: DW – Die Wohnungswirtschaft, 64. Jg., Nr. 10, Oktober 2011, S. 28–30.

Bock, Stephanie, und Ajo Hinzen: Kommunikation und Fortbildung, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 164–165.

Bock, Stephanie, und Ajo Hinzen: Späte Einsichten in die Flächenpolitik – Flächeninanspruchnahme in Deutschland: (k)ein Anlass zur Entwarnung, in: Planerin, H. 2/2011, April 2011, S. 5–7.

Bock, Stephanie, und Jens Libbe: Nachhaltiges Flächenmanagement: Prozesse beginnen und managen, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis.

Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 55–56.

Bock, Stephanie, und Thomas Preuß: Flächenverbrauch: Fakten, Trends und Ursachen, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 20–31.

Bock, Stephanie, und Angela Uttke: Wer interessiert sich schon für die Fläche? Strategische Kommunikation zum Thema Fläche, in: Planerin, H. 2/2011, April 2011, S. 30–32.

Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin.

Bock, Stephanie, Ajo Hinzen, Jens Libbe, Thomas Preuß, André Simon und Daniel Zwicker-Schwarm: Urbanes Landmanagement. Urbane Landwirtschaft, urbanes Gärtnern und Agrobusiness – Aktuelle Entwicklungen, Forschungsrelevanz, Forschungsfragen. Studie für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin.

Böhme, Christa: Bürgerchaftliches Engagement im Programm »Soziale Stadt«, in: Ammann, Herbert (Hrsg.): Grenzen-Los! Fokus Gemeinde. Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Referate der 2. Internationalen Vernetzungskonferenz 2010 in Rüschlikon, Zürich, S. 264–269.

Böhme, Christa, und Thomas Franke: Soziale Stadt – wie weiter?, in: vdw-magazin, H. 2/2011, S. 20–24.

Böhme, Christa, und Thomas Franke: Die Zukunft der Sozialen Stadt. Brennpunktseminar des Difu am 17. Mai 2011 in Berlin, www.gesundheitliche-chancengleichheit.de.

Floeting, Holger: Instrumente interkommunaler Kooperation, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 410–417.

Floeting, Holger, und Thomas Preuß: Neue Finanzierungsformen und ökonomische Steuerungsanreize zur Flächensteuerung, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 350–357.

Franke, Thomas: Auswirkungen der Kürzungen im Programm Soziale Stadt aus der Perspektive ausgewählter Länder und Kommunen, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Nr. 6/2011, S. 315–320.

Franke, Thomas (Hrsg. von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung): Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt. Sind die Entwicklung benachteiligter Stadtteile und lokale Integrationsprozesse gefährdet?, Bonn.

Franke, Thomas, und Christa Böhme: Evaluation Programmumsetzung Soziale Stadt im

Leipziger Osten. Evaluationsbericht – Kurzfassung, Berlin.

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen (Bearbeitung: **Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss**), Düsseldorf.

Grabow, Busso: Städte machen sich für ein nachhaltiges Deutschland stark, in: Die Wohnungswirtschaft, 64. Jg., Nr. 10/2011, S. 24–25.

Grabow, Busso, Klaus-Dieter Beißwenger, Stephanie Bock, Lisa Melcher und Stefan Schneider: Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, Hrsg. vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, Texte Nr. 36, Berlin, Juni 2011, www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Staedte_fuer_ein_nachhaltiges_Deutschland_texte_Nr_36_Juni_2011.pdf

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt, BMVBS-Online-Publikation 3/2012 (Bearbeitung: **Hollbach-Grömig, Beate, Christa Böhme, Hanna Blieffert und Holger Floeting**).

Libbe, Jens: Szenarien helfen, Handlungskorridore zu erkennen, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 74–77.

Michalski, Daniela, Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz: Historische Stadtkerne vor neuen Herausforderungen – Qualitätssicherung und Baukultur durch Städtebaulichen Denkmalschutz, in: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz, Nr. 36, Berlin, S. 120–131.

Preuß, Thomas, und Holger Floeting: Kosten der Flächeninanspruchnahme, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 312–318.

Zwicker-Schwarm, Daniel: Akteure aktivieren und einbinden, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 118–120.

Zwicker-Schwarm, Daniel: Kooperation mit privaten Akteuren, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, Berlin, S. 121–123.

Wohnen

- Jekel, Gregor:** Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften, in: DW – Die Wohnungswirtschaft, Februar 2011, S. 46–48.
- Jekel, Gregor:** Kommunale Wohnungspolitik im Spannungsfeld von Versorgungsauftrag und Finanzen, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin, S. 52–58.
- Jekel, Gregor:** Ohne Kommunikation keine Stärkung des genossenschaftlichen Wohnens, in: DW – Die Wohnungswirtschaft, März 2011, S. 42–44.
- Jekel, Gregor:** Marktgerechte Weiterentwicklung von Wohnungsgenossenschaften, in: DW – Die Wohnungswirtschaft, Januar 2011, S. 46–48.
- Jekel, Gregor:** Auf dem Weg zur »exklusiven« Innenstadt? Yellow-Paper »Stadt der Zukunft«, <http://www.euractiv.de/stadt-der-zukunft/artikel/auf-dem-weg-zur-exklusiven-innenstadt-005661> (25.11.2011).
- Jekel, Gregor:** Zusammenarbeit zwischen Wohnungsgenossenschaften und Kommunen, in: DW – Die Wohnungswirtschaft, April 2011, S. 42–44.
- Kort-Weiher, Gesine, und **Gregor Jekel:** Wohnungsgenossenschaften und Stadtentwicklung, in: der städtetag 3/2011, S. 24–27.

Bevölkerung und Soziales

- Beckmann, Klaus J.:** »Kommunen, hört die Signale!«, Demografischer Wandel, in: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hrsg.): Post-Oil City. Die Stadt von morgen, München, S. 32–37.
- Böhme, Christa:** Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte für eine gesundheitsfördernde Quartiersentwicklung – Kriterien guter Praxis, in: Gesundheit Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Dokumentation 16. bundesweiter Kongress »Armut und Gesundheit – Verwirklichungschancen für Gesundheit«, Berlin 2011.
- Stender, Klaus-Peter, und **Christa Böhme:** Gesundheitsförderung und Gesunde/Soziale Stadt/Kommunalpolitische Perspektive, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden, Hamburg (Neuausgabe 2011), S. 236–241.
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Kommunale Gesundheitsförderung: ertragreich, effektiv und effizient, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin, S. 70–72.
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung von jungen Menschen – ein Praxisprojekt, in: KKH-Allianz in Zusammenarbeit mit Medizinische Hochschule Hannover (Hrsg.): Weißbuch Prävention 2010/2011. Gesund jung?! Herausforderung für die Prävention und Gesundheitsförderung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Heidelberg, S. 192–194.
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Wie sich Partizipation durch (Begleit-)Forschung aktivieren und fördern lässt – Ein Beispiel aus dem

Bereich Gesundheitsförderung, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin, S. 65–69.

- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen. Ergebnisse des 5. Bundeswettbewerbs »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention«, in: projugend, H. 4/2011, S. 28–31.
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): 5. Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention«. Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen. September 2010 bis Juni 2011. Dokumentation (Autor/inn/en: **Christa Böhme, Bettina Reimann und Michael Bretschneider**), Berlin.

- Reimann, Bettina:** Krankenkassen als Partner in der gesundheitsfördernden Stadtentwicklung. Anforderungen für Aktivitäten im Setting Stadtteil, in: Printnewsletter des Kooperationsverbundes »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten«, Nr. 2/2011, S. 2–3, auch: <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/krankenkassen-als-partner-in-der-gesundheitsfoerdernden-stadtentwicklung/>
- Reimann, Bettina:** Krankenkassen als Partner in der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung, in: Gesundheit Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Dokumentation 16. Kongress »Armut und Gesundheit – Verwirklichungschancen für Gesundheit«, CD-ROM, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Berlin.
- Reimann, Bettina:** Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Ergebnisse der Präventionsforschung nutzen, Köln, S. 26–27.

Politik, Verwaltung und Recht

- Beckmann, Klaus J. (Hrsg.):** Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin.
- Beckmann, Klaus J.:** Die Straße gegen die Räte? Wie Kommunikation grundsätzlich misslingen kann, in: Difu-Berichte 2/2011, S. 2–4 (Difu-Standpunkt).
- Beckmann, Klaus J.:** Wissenschaftliche Politikberatung durch Beiräte des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Politikberatung in der Raum- und Stadtentwicklung, Informationen zur Raumentwicklung, H. 7–8/2011, S. 497–503.
- Bock, Stephanie:** Gleiche Teilhabe für alle? – Partizipation aus Genderperspektive, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin, S. 19–22.
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann:** Neue Qualitäten der Bürgerbeteiligung oder alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin, S. 13–18.

Bunzel, Arno: Finanzierung städtebaulicher Folgeinvestitionen als Gegenstand städtebaulicher Verträge, in DVBl. 2011, S. 796–802.

Bunzel, Arno: Kommentierungen zu § 214 BauGB, in: Bleicher, Ralf, Arno Bunzel, Thomas Engel, Jörg Finkeldei und Lucia Wecker: Baurecht. Ergänzbare Vorschriftenammlung mit Kommentar, XXX. Ergänzungslieferung 2011, Kronach u.a.

Bunzel, Arno: Novellierungsbedarf bei der BauNVO? Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetags, in: Mitschang, Stephan (Hrsg.): Aktuelle Fragestellungen des Städtebau- und Umweltrechts. Ansatzpunkte für eine BauGB- und BauNVO-Novelle, Frankfurt am Main u.a.

Bunzel, Arno: Bessere Raumordnungsplanung bei Wahrung der kommunalen Planungshoheit, in: Stadt und Gemeinde 2011, S. 217–219.

Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke: Grenzen der Regelungskompetenz der Raumordnungsplanung im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit, Schriftenreihe der Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften, Band 1, Wiesbaden.

Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke (Hrsg.): »Wer zahlt die Zeche?«. Das Konnexitätsprinzip richtig angewandt, Difu-Impulse 7/2011, Berlin.

Franke, Thomas: Raumorientiertes Verwaltungshandeln und integrierte Quartiersentwicklung. Doppelter Gebietsbezug zwischen »Behälterräumen« und »Alltagsorten«, Wiesbaden.

Hanke, Stefanie: Welche gesetzlichen Vorgaben sind bei interkommunalen Kooperationen zu berücksichtigen?, in: Kommune 21, H. 5/2011, S. 20–21.

Hanke, Stefanie: Rechtliche Aspekte interkommunaler Kooperationen, in: KommunalPraxis spezial, H. 2/2011, S. 89–92.

Hanke, Stefanie, und Dirk Steinbach: Klausur Öffentliches Recht: Die lärmende Jugendherberge, in: Juristische Arbeitsblätter, Nr. 3/2011, S. 202–210.

Nationale Kontaktstelle des INTERREG IV B Nordseeprogramms c/o Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Transnationale Zusammenarbeit im deutschen Nordseeraum (INTERREG B) – Stand und Perspektiven. Expertise (Bearbeitung: **Zwicker-Schwarm, Daniel, Beate Hollbach-Grömig, Andrea Wagner**), Hamburg.

National Contact Point for the INTERREG IV B North Sea Region Programme c/o Senate Chancellery of the Free and Hanseatic City of Hamburg (Ed.): Transnational cooperation in the German North Sea Region (INTERREG B), Summary (Bearbeitung: **Zwicker-Schwarm, Daniel, Beate Hollbach-Grömig, Andrea Wagner**), Hamburg.

Nationale Kontaktstelle des INTERREG IV B Nordseeprogramms c/o Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.): Mit vereinten Kräften! Ergebnisse und Perspektiven von INTERREG B. Ein Beitrag der Deutschen Regionen im Nordseeraum (Bearbeitung: **Zwicker-Schwarm, Daniel, Beate Hollbach-Grömig, Andrea Wagner**), Hamburg.

Wirtschaft

Stefan Blümling, Jürgen Bunde und **Busso**

Grabow: Digitales Gewerbeflächeninformationssystem, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis, Berlin, S. 271–275.

Grabow, Busso, Daniel Zwicker-Schwarm und Stefan Blümling: Informationsaustausch zwischen Kommune, Flächeneigentümern und Immobilienmaklern, in: Bock, Stephanie, Ajo Hinzen und Jens Libbe (Hrsg.): Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis, Berlin, S. 135–139.

Grabow, Busso, Josiane Meier, Antje Seidel-Schulze, Daniel Zwicker-Schwarm, Jürgen Bunde und Stefan Blümling: Flächen ins Netz (FLITZ). Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government, Difu-Impulse 8/2011, Berlin.

Floeting, Holger, und Daniel Zwicker-Schwarm: Corporate Citizens – Wie sich Unternehmen in den Kommunen engagieren und Kommunen dies unterstützen können, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin, S. 37–42.

Floeting, Holger, Dietrich Henckel und Josiane Meier: Schöne bunte Arbeitswelt. Arbeitsmärkte zwischen Globalisierung und Lokalisierung, in: Belina, B., N. Gestring, W. Müller und D. Sträter (Hrsg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten, Münster, S. 43–68.

Thierstein, Alain, Michael Bentlage, Arno Brandt, Renate Brost-Krätke, Benjamin Buser, Benedikt C. Doepfer, Claudia Drangmeister, **Holger Floeting,** Stefan Krätke, Harald Pechlaner, Daniel Schrödel und Daniel Voßen: Wert schöpfungskompetenz der Region Ingolstadt. Studie im Auftrag der Audi AG in Kooperation mit IngolStadtLandPlus Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt e.V., München.

Finanzen und Investitionen

Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not – Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: Kommunalwirtschaft im Umbruch? Im Aufbruch? – Wege zur Zukunftsfähigkeit, in: Zeitschrift Kommunalwirtschaft, H. 12/2011, S. 707–713.

Grabow, Busso, und Stefan Schneider: Nachhaltige Finanzen im Konzern Stadt, in: RaumPlanung, H. 10–11/2011, S. 229–235.

Grabow, Busso, und Stefan Schneider: Nachhaltige Finanzen in der Stadt der Zukunft, in: EurActiv Deutschland (Hrsg.): Stadt der Zukunft, Yellow-Paper, S. 52–53, http://www.euractiv.de/fileadmin/images/EurActiv_Yellow-Paper_Stadt_der_Zukunft_2011.pdf

Grabow, Busso, und Stefan Schneider: Kommunale Investitionen – Investitionsbedarf, Investitionstätigkeit, Finanzierungsmöglichkeiten. Ergebnisse des KfW-Kommunalpanel 2010, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not – Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin, S. 7–10.

Schneider, Stefan: Mit kleinen Schritten zum neuen Sportplatz, in: FreeLounge, H. 1/2011.

Schneider, Stefan: Strategisches Investitionsmanagement. Langfristig erfolgreich trotz knapper Kassen, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not – Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin.

Schneider, Stefan, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig und Jens Libbe: Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel. Das Beispiel der Neuen Bundesländer, Difu-Impulse 4/2011, Berlin.

Schneider, Stefan, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig und Jens Libbe: Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel. Das Beispiel der Neuen Bundesländer, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not – Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin, S.11–20.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Städtebauförderung und Doppik. Projektabschlussbericht (Bearbeitung: **Schneider, Stefan, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig und Mandy Schwausch**), Bonn.

Infrastruktur

Beckmann, Klaus J., und Jens Libbe: Infrastruktur und Stadtentwicklung. Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung zeigt Herausforderungen und Handlungsoptionen für die technische und soziale Infrastrukturplanung der Städte auf, in: Stadt und Gemeinde, H. 4/2011, S. 154–156.

Kluge, Thomas, und **Jens Libbe:** Effiziente kommunale Wasserinfrastruktur, in: Planerin, H. 3/2011, S. 10–12.

Kluge, Thomas, und **Jens Libbe:** Energie- und ressourceneffiziente kommunale Wasserinfrastruktur, in: Kommunalwirtschaft, H. 3/2011, S. 155–157 sowie in der Sonderausgabe »Sparkassen im kommunalen Raum«, Juli 2011, S. 70–72.

Kluge, Thomas, und **Jens Libbe:** Municipal Governance Model for Implementing Novel System Solutions. Poster at the IWA Conference, www.cof2011stockholm.se/uploads/files/cof2011_poster_kluge-and-libbe.pdf

Libbe, Jens: Notwendigkeit dezentraler Infrastrukturen, in: Pinnekamp, Johannes (Hrsg.): 3. Aachener Kongress DEZENTRALE INFRASTRUKTUR, Aachen 2011, Reihe Gewässerschutz – Wasser – Abwasser, S. 1–12.

Libbe, Jens: Investitionen in Bildung und Kultur – Fass ohne Boden oder Zukunftsertrag?, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin, S. 60–66.

Mobilität

Arndt, Wulf-Holger, Stefan Schneider, Michael Lehmbruck, Michael Frehn und Achim Tack: Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau

und Stadtentwicklung (BMVBS) und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), BMVBS-Online-Publikation 03/2011.

Arndt, Wulf-Holger, Michael Frehn, Michael Lehmbruck, Stefan Schneider und Achim Tack: Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung. Nutzerhandbuch für den Verkehrsfolgekosten schätzer Version 1.0., herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), BMVBS-Online-Publikation 02/2011.

Beckmann, Klaus J.: Elektromobilität – Mobilität der Zukunft?, in: Österreichische Gemeindezeitung, H. 04/2011, S. 12–14.

Beckmann, Klaus J.: Elektroverkehr in Städten: Wie man es richtig machen sollte, in: Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, 32. Jg., H. 2/2011, S. 32–36.

Beckmann, Klaus J.: Nachhaltige Mobilität – Herausforderungen für die Kommunen, in: Gies, Jürgen (Hrsg.): Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was, Difu-Impulse 5/2011, Berlin, S. 157–175.

Beckmann, Klaus J., Jürgen Gies, Thomas Preuß und Jörg Thiemann-Linden: Leitkonzept – Stadt und Region der kurzen Wege. Gutachten im Kontext der Biodiversitätsstrategie im Auftrag des Umweltbundesamtes, Dessau-Roßlau, UBA Online-Publikation.

Bracher, Tilman: Stadtverkehr, in: Schwedes, Oliver (Hrsg.): Verkehrspolitik. Eine interdisziplinäre Einführung, Wiesbaden 2011, S. 275–295.

Gies, Jürgen: Organisation und Finanzierung von Verkehrsverbünden, in: Bracher, Tilman, u.a. (Hrsg.): HKV – Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung. Für die Praxis in Stadt und Region, 62. Ergänzungslieferung, Dezember 2011, Berlin.

Gies, Jürgen (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung »kommunal mobil« am 24./25. Januar 2011 in Dessau-Roßlau, Difu-Impulse 5/2011, Berlin.

Hanke, Stefanie: Die rechtlichen Instrumente des Parkraummanagements – Spielräume und Grenzen, in: KommunalPraxis spezial 2011, S. 52–55.

Umwelt

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) in Kooperation mit: Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg und Klima-Bündnis, Frankfurt/M.: Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden, bearbeitet von: **Bunzel, Arno, Cornelia Rösler, Vera Völker, Franziska Wittkötter** (Difu); Benjamin Gugel, Hans Hertle, Angelika Paar (ifeu); Carsten Kuhn, Madoka Omi, Steffi Schubert, Heike Unterperntinger (Klima-Bündnis), Berlin und Köln.

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.): Kommunaler Klimaschutz 2010. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte. Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Kooperation mit der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz. Difu-Sonderveröffentlichung (Bearbeitung: **Hogrewe-Fuchs, Anna, und Ulrike Vorwerk**), Köln 2011.

Hogrewe-Fuchs, Anna, Anja Mager und Korinna Schack: Kommunalen Klimaschutz erfolgreich gestalten, in: Umwelt – Zeitschrift des Bundes-

ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Januar 2011, S. 14–17.

Ferber, Uwe, und **Thomas Preuß**: Circular Land Use Management in Cities and Urban Regions – a Policy-mix Utilizing Existing and Newly Conceived Instruments to Implement Innovative Strategic and Policy Approach, in: Tira, Maurizio, Erwin van der Krabben und Bruno Zanon (Hrsg.): Land Management for Urban Dynamics. Innovative Methods and Practices in a Changing Europe, Santarcangelo di Romagna, S. 303–316.

Ferber, Uwe, und **Thomas Preuß**: Flächenmanagement als europäisches Thema, in: Planerin, H. 2/2011, S. 27–29.

Preuß, Thomas, Maic Verbücheln und Uwe Ferber: Circular Flow Land Use Management Strategy, Difu, Berlin.

Preuß, Thomas, Maic Verbücheln und Uwe Ferber: Flächenkreislaufwirtschaft – Erprobung und Umsetzung. Vorstellung des Projekts »Circular Flow Land Use Management«, in: Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis, Jg. 20/2011, Nr. 3, S. 67–70.

Rösler, Cornelia: Gute Ideen für weniger Kohlendioxid. Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz«, in: Stadt und Gemeinde Interaktiv, Nr. 3/2011, S. 101–103.

Rösler, Cornelia: Kommunales Energiemanagement, in: Ökologisches Wirtschaften, H. 3/2011, S. 28–29.

Rösler, Cornelia (Hrsg.): Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand, Difu-Impulse 2/2011, Berlin und Köln.

Verbücheln, Maic, und Hadia Köhler: Optimierung der Sammlung FCKW-haltiger Kühlgeräte in Nordrhein-Westfalen, herausgegeben vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/studie_difu_fckw_sammlung.pdf

Verbücheln, Maic, und **Thomas Preuß**: Guideline for Preparation of a CircUse Training Course in Partner Countries, Difu, Berlin.

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.): Klimaschutz und Denkmalschutz. Difu-Sonderveröffentlichung (Bearbeitung: **Völker, Vera**, und **Sigrid Künzel**), Köln 2011.

Steuerung und Aufgabenorganisation

Grabow, Busso: Aufsuchende Stadt, aufsuchende Verwaltung, in: Brüggemeier, Martin, und Klaus Lenk (Hrsg.): Bürokratieabbau im Verwaltungsvollzug – Better Regulation zwischen Go-Government und No-Government, Berlin, S. 159–177.

Libbe, Jens: Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen? Difu Berichte 3/2011, S. 2–3 (Difu-Standpunkt).

Libbe, Jens, und **Stefanie Hanke**: Rekommunalisierung als probates Mittel zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage?, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Difu-Impulse 3/2011, Berlin, S. 21–26.

Libbe, Jens, und **Stefanie Hanke**: Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge, in: Der Gemeindehaushalt, H. 5/2011, S. 108–113.

Libbe, Jens, **Stefanie Hanke** und **Maic Verbücheln**: Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme, Difu-Papers, Berlin.

Libbe, Jens, und **Maic Verbücheln**: Rekommunalisierung als Option, in: Müll und Abfall, H. 12/2011, S. 570–577.

Weitere Themen

Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst. Sonderstelle beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Stärken- und Schwächenanalyse für das technische Referendariat mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und Empfehlungen für eine entsprechende Marken- und Imagebildung. Endbericht. Bearbeitung: **Beckmann, Klaus J.**, **Christa Böhme**, **Franciska Frölich v. Bodelschwingh**, **Christa Rothäusler**, **Wolf-Christian Strauss**, **Juliane Brandt (Mitarb.)**, **Stephan Matzdorf (Mitarb.)**, **Björn Schumacher (Mitarb.)**, Berlin 2011.

Veranstaltungen

1. Difu-Veranstaltungsprogramm

Berlin-Seminare

- Inklusion statt Integration II: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?**, 12.–13.1.2011 in Berlin, Knipp/Hebborn (DST)
- Spielhallen II: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale**, 19.–20.1.2011 in Berlin, Kühn
- Interkommunale Kooperation, Shared Services und öffentlich-öffentliche Partnerschaften**, 3.–4.2.2011 in Berlin, Floeting
- Hauptverkehrsstraßen II – im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung**, 21.–22.2.2011 in Berlin, Koerdt/Arndt
- Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz II – Wege der Kooperation und Kommunikation**, 21.–22.2.2011 in Köln, Lorke/Uttke/Bartella (DST)
- Chancen und Reichweite von Ehrenamt zur Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur**, 28.2.–1.3.2011 in Berlin, Franke/Strauss
- Alternative Finanzierung von Beschaffungsformen**, 3.–4.3.2011 in Berlin, Schneider/Grabow
- Ältere Migranten in der Stadt – Handlungsfeld und Potenzial für Kommunen**, 22.3.2011 in Berlin, Seidel-Schulze
- Demografischer Wandel: Wo stehen Städte und Gemeinden heute?**, 28.–29.3.2011 in Berlin, Hollbach-Grömig/Franke
- Kennzahlen in der kommunalen Praxis – großer Wurf oder Muster ohne Wert?**, 24.–25.3.2011 in Berlin, Knipp
- Zwischen Rekommunalisierung und Privatisierung – die geeignete Organisationsform für die kommunale Leistungserbringung finden**, 31.3.–1.4.2011 in Berlin, Libbe/Hanke
- Korruptionsprävention im Rathaus**, 7.–8.4.2011 in Berlin, Knipp
- Urbane Landwirtschaft – ein Beitrag zur zukunftsfähigen Stadt(entwicklung)?**, 26.–27.5.2011 in Berlin, Bock/Böhme/Müller (anstiftung & ertomis)
- Ausgaben- und Aufgabenverantwortung in einer Hand – Handlungsspielräume der Aufgabenträger im ÖPNV**, 9.–10.6.2011 in Berlin, Gies/Bracher
- Städtebaurecht aktuell: Neue umweltbezogene Anforderungen**, 16.–17.6.2011 in Berlin, Bunzel
- Kommunale Wirtschaftsförderung: Erfolgreiche Bestandssicherung und -entwicklung!**, 20.–21.6.2011 in Berlin, Zwicker-Schwarm/Kühn
- Sauber, leise, klimaneutral – was kann die kommunale Verkehrspolitik leisten?**, 8.–9.9.2011 in Berlin, Bracher/Gies
- Gender Mainstreaming in der kommunalen Praxis**, 26.–27.9.2011 in Berlin, Bock/Jekel
- Bilanzpolitik und Bilanzanalyse im neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen**, 29.–30.9.2011 in Berlin, Knipp/Schneider

- Städtetourismus als Wirtschaftsfaktor: Handlungsfelder, Trends und Perspektiven**, 17.–18.10.2011 in Berlin, Hollbach-Grömig/Floeting
- Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in der Stadt – das Zusammenwirken von Stadtplanung, Energieversorgung und Klimaschutz**, 20.–21.10.2011 in Berlin, Libbe/Verbücheln/Rapp (AGFW)
- Weiterentwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke – der Übergang Kindertageseinrichtungen – Schule**, 27.–28.10.2011, in Berlin, Knipp/Hebborn (DST)/Göppert (DST)
- Indikatoren, Benchmarks, Städterankings – Zahlenspielerlei oder Grundlage informierter Stadtpolitik?**, 3.–4.11.2011, Grabow/Seidel-Schulze
- »Die Geister, die ich rief«: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe**, 10.–11.11.2011 in Berlin, Böhme/Reimann
- »No-Go-Areas«, »Kriminalitätsschwerpunkte« und »Inseln der Sicherheit«: Was macht Räume in der Stadt zu sicheren oder unsicheren Orten?**, 24.–25.11.2011 in Berlin/Floeting

Regional-Seminare, Brennpunkt-Seminare, Fachtagungen, Konferenzen, Kongresse

- Kommunal mobil: Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was**, 24.–25.1.2011 in Dessau, Bracher/Hoffmann (Umweltbundesamt/UBA)
- Profit Center Veranstaltungshallen! Wirtschaftsförderung – Ergebnisoptimierung – Wertschöpfung**, 7.–8.2.2011 in Berlin, Kühn/Huter (DST)
- Sozial-ökologische Projekte im kommunalen Klimaschutz**, Dortmund 16.2.2011, Vorwerk
- 16. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten**, 21.–22.3.2011 in Goslar, Rösler
- Raumordnungsplanung quo vadis – Zwischen notwendiger Flankierung der kommunalen Bauleitplanung und unzulässigem Durchgriff**, 29.3.2011 in Berlin, Bunzel
- Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen – Wer sitzt am Steuer?**, 11.–12.4.2011 in Berlin, Kühn/Offer (DST)
- 41. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung**, 11.–13.5.2011 in Gotha, Strauss/Kühn
- Zukunft der Sozialen Stadt**, 17.5.2011 in Berlin, Franke/Böhme
- Preisverleihung und Fachtagung Suchtprävention**, 6.–7.6.2011 in Berlin, Böhme/Reimann
- Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens als Beitrag zum kommunalen Klimaschutz**, 22.6.2011 in Hannover, Wagner
- Erfahrungsaustausch zum Klimaschutzmanagement**, 11.10.2011 in Osnabrück, Wittkötter

- Kommunkonferenz »Kooperation und Vernetzung – aktuelle Herausforderungen für den kommunalen Klimaschutz«** (in Kooperation mit BMU und kommunalen Spitzenverbänden), 23.–24.11.2011 in Berlin
- Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel** (in Kooperation mit BMU und UBA), 12.–13.12.2011 in Bonn, Rösler
- 13 eintägige **»Informations- und Vernetzungstreffen für Antragsteller aus Kommunalverwaltungen«** (in Kooperation mit BMU und Projektträger Jülich), Mai–September 2011 in verschiedenen Städten

2. »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« und Difu-Ansprechpartnertreffen

(Institutsleitung und Pressestelle)

- Elektromobilität – Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken**, 12.1.2011 in Berlin, Beckmann, Hanke, Klein-Hitpaß
- Wohnungsgenossenschaften und -baugesellschaften – Partner der Kommunen in der Stadtentwicklung**, 16.2.2011 in Berlin, Bielka (extern; Staatssekretär a.D., degewo Berlin), Bock, Jekel
- Optimierung des Rücklaufs von Stoffströmen – Beispiele für eine nachhaltige Wertstoffwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung von schadstoffhaltigen Abfällen**, 9.3.2011 in Berlin, Verbücheln
- Stadt der kurzen Wege – für alle. Welche Rolle spielt das Fahrrad?**, 23.11.2011 in Berlin, Gies, Aichinger
- Wirtschaftsverkehr – Stör- und Standortfaktor in der Stadt**, 14.12.2011 in Berlin, Menge (extern; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin), Arndt
- Difu-Ansprechpartnertreffen**, 8. und 9.9.2011 in Mannheim, Beckmann, Grabow, D. Landua, K. Landua, Hogrewe-Fuchs, Plagemann, Reimann, Schmidt, Wenke-Thiem

3. Fahrradakademie

(A. Koerdt und Fahrradakademie-Team)

- Radverkehr außerorts**, am 3.2.2011 in Kiel, 4.2.2011 in Göttingen, 7.2.2011 in Augsburg
- Schulwegsicherheit**, am 10.3.2011 in Magdeburg, 14.3.2011 in Nürnberg, 16.3.2011 in Bremen, 21.3.2011 in Paderborn, 22.3.2011 in Frankfurt (Main)
- Internationale Exkursion in die Niederlande**, am 6.–8.4.2011
- Integration des Radverkehrs**, am 2.–3.5.2011 in Osnabrück, 4.–5.5.2011 in Leipzig, 16.–17.5.2011 in Mannheim

Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten, am 20.6.2011 in Kassel, 21.6.2011 in Schwerin, 20. 9.2011 in Detmold, 26.9.2011 in Offenburg, 28.9.2011 in Saarbrücken, 5.10.2011 in Lauf (bei Nürnberg)

5. Fahrradkommunalkonferenz, am 9.–10. 11.2011 in Kassel

Erfolgsfaktor Kommunikation!, am 17.11.2011 in Stuttgart, 23.11.2011 in Köln, 24.11.2011 in Berlin

4. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

(K. Landua und AGFJ-Team)

Psychisch gestört oder »nur« verhaltensauffällig? Kooperation von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen Dunkelfeld. Fachtagung in Kooperation mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/ Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm am 13.–14.1.2011 in Berlin

Wer steuert die Hilfen zur Erziehung? Die Politik, der ASD, die Interessen der freien Träger, der Kostendruck, die Wirklichkeit...? Fachtagung für Leiter/innen von Jugendämtern und Sozialen Diensten am 7.–8.4.2011 in Berlin

Wann ist Heimerziehung für Kinder erfolgreich?, am 19.–20.5.2011 in Berlin

Jugendhilfe an der Nahtstelle zum SGB II – viel Verantwortung, wenig Einfluss? Kommunale Strategien nach der Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Fachtagung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag am 27.–28.10.2011 in Berlin

Erfolg im zweiten Anlauf!? Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in der kommunalen Praxis, am 24.–25.11.2011 in Berlin

Vorträge

Vorträge und Lehrtätigkeiten 2011 nach Themenbereichen sowie Autorinnen und Autoren aus dem Difu (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Städtebau und Stadtentwicklung

Beckmann, Klaus J.: »Renaissance der (Innen-) Städte – aktuelle Entwicklungstendenzen«, 4. Dialog zur Stadtentwicklung: »wohnen findet innen.stadt – Ein Dialog zur Stadtentwicklung«, 26.01.2011, Landeshauptstadt Düsseldorf.

Beckmann, Klaus J.: »Wie sieht gutes Leben in der Stadt aus?«, Forum Privater Haushalt »Leben findet stadturne Herausforderungen«, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, 24.02.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Die Zukunft der Sozialen Stadt – Einführung«, Difu-Brennpunkt-Seminar, 17.05.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Stadtumbau«, Stadtforum »Stadtentwicklung Berlin 2020 – IBA als Instrument?«, 19.05.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Integrierte Stadtentwicklung – Illusion, Hoffnung oder Realität?«, Verabschiedung von Stadtdirektor Norbert Schröder-Klings, 27.05.2011, Freiburg i.Br.

Beckmann, Klaus J.: »Leben in der Stadt der Zukunft – Ausgangsbedingungen, Handlungsbedarf, Handlungsprinzipien, Beispiele«, Workshop »Zukunftsfähigkeit Wiesbaden – Szenarien für eine umfassende Attraktivitätssteigerung in der öffentlichen Wahrnehmung«, 30.09.2011, Wiesbaden.

Beckmann, Klaus J.: »Stadtentwicklung mit der Wirtschaft. Wo bleiben die kommunale Politik und die Bürgerschaft?«, 5. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, 13.10.2011, Kassel.

Beckmann, Klaus J.: »Die Geister, die ich rief: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe«, Difu-Seminar, 10.11.2011, Berlin.

Bock, Stephanie: »Nachhaltiges Flächenmanagement – Ausgewählte Ergebnisse des BMBF-Förderschwerpunktes REFINA und anderer Projekte«, 02.02.2011, TU Berlin (im Rahmen des Master-Studiengangs Stadtplanung).

Bock, Stephanie: »Projektübergreifende Begleitung REFINA«, 24./25.05.2011, Bonn (BMBF-Workshop »Wissenschaftler im Dialog: das lernende Programm II«).

Bock, Stephanie: Moderation Abschlusstagung des Forschungsprojekts »Konversionsflächenmanagement zur nachhaltigen Wiedernutzung freigegebener militärischer Liegenschaften«, 15.09.2011, Berlin.

Böhme, Christa: Teilnahme gemeinsame Anhörung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses, des Sozialausschusses und des Migrationsausschusses des Rates der Landeshauptstadt Hannover zum Thema »Kürzung der Städtebaufördermittel durch den Bund«, 24.08.2011, Hannover.

Böhme, Christa: »Kinderrechte im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt« im Rahmen

der Arbeitsgruppe »Vorrang für Kinderrechte in der Stadtplanung«, 16. Offenes Forum der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, 29.09.2011, Berlin.

Böhme, Christa: »12 Jahre Programm »Soziale Stadt« (1999–2011): Konzeption – Instrumente – Handlungsfelder – Wirkungen – Perspektiven«, Seminar »Soziale Fragmentierung und Stadtplanung« der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 19.10.2011, Bad Urach.

Bunzel, Arno: Lehrtätigkeit im Rahmen des Postgraduierten-Studiengangs »Real Estate Management« der TU Berlin.

Bunzel, Arno: »Naturschutzfachliche Anforderungen bei Konversion«, Workshop »Militärflächenkonversion und Naturschutz«, 18.01.2011, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Kiel.

Bunzel, Arno: »Zukunft von Einfamilienhausgebieten«, Expertengespräch zum Projekt der Wüstenrot Stiftung »Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung von Einfamilienhausgebieten der 1950er- bis 1970er-Jahre«, 10.02.2011, Stuttgart.

Bunzel, Arno: »Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten der Raumordnungsplanung im Lichte der kommunalen Planungshoheit«, wissenschaftliche Fachtagung des Difu und der Freiherr vom Stein-Akademie für europäische Kommunalwissenschaften e.V. »Raumordnungsplanung quo vadis? Zwischen notwendiger Flankierung der kommunalen Bauleitplanung und unzulässigem Durchgriff«, 29.03.2011, Berlin.

Bunzel, Arno: »Künftige Herausforderungen für die deutschen Städte und Gemeinden«, Sitzung des Planungs- und Bauausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, 19.08.2011.

Reimann, Bettina: »Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtteilentwicklung nutzen: Neue Anforderung an die Verwaltung«, Difu-Ansprechpartnertreffen, 09.09.2011, Mannheim.

Reimann, Bettina: »Gemeinsames Leben in der Stadt. Wie tragen Kommune und Kirche zur Lebensdienlichkeit der Stadt bei?«, Tagung »Kirche findet Stadt. Kommune und Kirche im urbanen Raum«, 01.11.2011, Evangelische Akademie Villigst, Schwerte.

Strauss, Wolf-Christian: »Verstetigung im Programm Soziale Stadt – Warum ist das wichtig?«, Abschlussfest des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in der Pliensauvorstadt, 14.10.2011, Esslingen.

Wohnen

Jekel, Gregor: »Wohnungsgenossenschaften und -baugesellschaften – Partner der Kommunen in der Stadtentwicklung«, Difu-Dialog, 16.02.2011, Berlin.

Jekel, Gregor: »Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen – Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften«, gemeinsame Sitzung des Genossenschaftsausschusses des VdW Rheinland Westfalen und des Fachausschusses für Genossenschaften des VdW südwest, 02.03.2011, Düsseldorf.

Jekel, Gregor: »Gemeinschaftliche Wohnformen – Gruppenprozesse und Gruppenfindung«, Sommer-Forum Generationendialog 2011, 19.08.2011, Langen (Hessen).

Bevölkerung und Soziales

Seidel-Schulze, Antje: »Kleinräumiger Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung 2010 und 2011. Entstehung, Methode und Ausblick«, BBSR-Workshop »Sozialmonitoring«, 07.12.2011, Bonn.

Böhme, Christa: »Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Gesundheitsförderung im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt«, Expertenworkshop »Gesundheitsförderung im Quartier. Wege zur Nachhaltigkeit«, 18.04.2011, Hannover.

Böhme, Christa: »Aktuelle Situation in der Gesundheitsförderung und Prävention im Programm Soziale Stadt«, Hessisches Forum »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten«, 18.05.2011, Frankfurt am Main.

Böhme, Christa: »5. Bundeswettbewerb Kommunale Suchtprävention ›Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen‹ – Wettbewerbsergebnisse im Überblick«, 24. Sitzung des beratenden Arbeitskreises der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung für den Kooperationsverbund »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten«, 13.09.2011, Köln.

Reimann, Bettina: »Mehr Gesundheit im Quartier. Ausgangslage, Herausforderungen und Umsetzungserfolge gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklung«, Medizinische Hochschule Hannover, Studiengang Public Health, 19.01.2011, Hannover.

Reimann, Bettina: »Wie gelingen eine qualitätsgesicherte und nachhaltig wirksame Prävention und Gesundheitsförderung im Quartier? Herausforderungen und Umsetzungserfolge«, KNP-Jahrestagung »Gesund aufwachsen in Kita, Schule, Familie und Quartier«, 19.05.2001, Bonn.

Politik, Verwaltung und Recht

Beckmann, Klaus J.: »Interkommunale Netzwerke als Lösung für zukünftige Herausforderungen – Demographie, Klima, Mitwirkung«, Finissage des INTERREG IV-Projektes »Städte gestalten die Zukunft«, 01.06.2011, Konstanz.

Beckmann, Klaus J.: Vortrag Preisverleihung Bürgerstiftungs-Preis 2011 der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, 5. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, 11.10.2011, Kassel.

Bock, Stephanie: »Rahmenbedingungen und Querschnittsaufgaben Gesellschaft/Gender«, Regionalforum »Herausforderungen« des Regionalverbandes Ruhr, 23.11.2011, Oberhausen.

Böhme, Christa: Inputvortrag Workshop: »Kaum drin, schon wieder draußen? BürgerInnenbeteiligung in der Sozialen Stadt«, Symposium »Bündnispartner BürgerInnen« des Gesunde-Städte-Netzwerkes, 19.05.2011, Bad Honnef.

Bunzel, Arno: »Planspiel zur BauGB-Novelle 2011«, Fachtagung der TU Berlin »Klimagerechte Stadtentwicklung – Die neuen Regelungen der BauGB-Novelle 2011«, 19.09.2011, Berlin.

Bunzel, Arno: »Umgang mit konfliktreichen öffentlichen Infrastrukturvorhaben: die Perspektive des Planungsrechts«, Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 13.10.2011, Mannheim.

Bunzel, Arno: »Rechtsgrundlagen für eine energieeffiziente Stadtentwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energie«, Difu-Seminar »Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in der Stadt – das Zusammenwirken von Stadtplanung, Energieversorgung und Klimaschutz«, 21.10.2011, Berlin.

Reimann, Bettina: »Partizipation und Kooperation vor Ort und im Netz – neue Herausforderungen für Kommunen und Bürgerschaft«, Tagung »Stadt und Netz: Transparenz, Beteiligung, Kooperation«, City&Bits/zebralog, 16.11.2011, Frankfurt am Main.

Zwicker-Schwarm, Daniel: »Transnational Cooperation in the North Sea Region: Results and Future Challenges«, Veranstaltung »Joining Forces! Results and Perspectives of INTERREG B« der norddeutschen Bundesländer im Ausschuss der Regionen (AdR), 22.11.2011, Brüssel.

Wirtschaft

Grabow, Busso: »Internationalisierung der kommunalen Wirtschaftsförderung«, 109. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages, 21.10.2011, Brüssel.

Zwicker-Schwarm, Daniel: »Globalisierung, Standortwettbewerb und Wirtschaftsförderung«, Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V., 12.11.2011, Dresden.

Finanzen und Investitionen

Beckmann, Klaus J.: »Investitionen und Erhalt von ÖV-Infrastrukturen – notwendige Basis urbaner Lebensqualität«, 7. DVWG-Nahverkehrsforum »ÖPNV-Infrastrukturen – kommunizieren und finanzieren«, 22.11.2011, Frankfurt am Main.

Beckmann, Klaus J.: »KfW Kommunalpanel 2010«, 39. Oberbürgermeisterkonferenz der Städte in den neuen Ländern, 24.–25.11.2011, Suhl.

Grabow, Busso: »Zukunft der öffentlichen Infrastrukturfinanzierung«, Podiumsdiskussion, Veranstaltung »20 Jahre Aufbauarbeit – Ziel erreicht? Wie fit ist Brandenburgs Wirtschaft für die Zukunft?« der Fraktion der Grünen im Brandenburger Landtag, 23.11.2011, Potsdam.

Infrastruktur

Beckmann, Klaus J.: »Erhalt der kommunalen Infrastruktur – Alle Potenziale nutzen«, Wettbewerb für Städte und Gemeinden 2011, Erfolgskonzepte in der kommunalen Straßenerhaltung, Fachsymposium und Preisverleihung, 30.11.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Zur Zukunft der kommunalen Infrastruktur in einer integrierten Stadtentwicklung«, AG »Nachhaltige Kommunale Infrastruktur der Zukunft«, Konferenz Rio +20 – Nachhaltig vor Ort! Fünfter Netzwerk 21-Kongress in Hannover, 09.12.2011, Hannover.

Grabow, Busso: »Die Rückkehr zur Kommune als Gewährleister der Daseinsvorsorge«, Jahrestagung 2011 der Gesellschaft für Programmforschung, 19.05.2011, Köln.

Libbe, Jens: »Notwendigkeit dezentraler Infrastrukturen«, 3. Aachener Kongress DEZENTRALE INFRASTRUKTUR, 25.01.2011, Leipzig.

Libbe, Jens: »Stadt und Staat 2020 aus Sicht der Stadtplanung und Infrastrukturentwicklung«, XIII. Bürgermeisterseminar des Städteverbandes Schleswig-Holstein, 19.05.2011, Akademie Sankelmark.

Libbe, Jens: Ko-Veranstalter der Hofgeismarer Gespräche zur Gemeingüterwirtschaft »Der öffentliche Wassersektor in Deutschland«, Evangelische Akademie Hofgeismar und Deutsches Institut für Urbanistik, 28.–29.06.2011, Hofgeismar.

Libbe, Jens: »Transition of Urban Water Infrastructure«, 10th Conference on Applied Infrastructure Research (INFRADAY), 07.–08.10.2011, Berlin.

Libbe, Jens: Keynote »Die Zukunft der Daseinsvorsorge – Herausforderungen, Trends, Strukturerneuerung«, ibet-Impulsforum, 29.11.2011, Bregenz.

Libbe, Jens: Lehrbeauftragter zum Thema »Nachhaltige Entwicklung von Infrastruktursystemen« im Modul »Wissenschaft trägt Verantwortung« (Bachelor-Studiengang), Leuphana Universität Lüneburg, Lüneburg.

Mobilität

Arndt, Wulf-Holger: »Qualitative Erhebungsverfahren im Wirtschaftsverkehr«, Beitrag zur 3. Sitzung des AK 1.8.3 »Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, 06.10.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Handlungsfelder für eine nachhaltige Mobilität«, acatech-Strategietreffen Mobilität, 11.01.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J., Anne Klein-Hitpaß und Stefanie Hanke: »Elektromobilität – Hype oder realistische Chance? Voraussetzungen und Risiken«, Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, 12.01.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Nachhaltige Mobilität – Herausforderungen für die Kommunen«, Gemeinsame Fachtagung »kommunal mobil: Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was« des Umweltbundesamtes und des Deutschen Instituts für Urbanistik, 25.01.2011, Dessau-Roßlau.

Beckmann, Klaus J.: »Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrsentwicklung – Lebensraum oder Verkehrsadern«, Difu-Seminar, 21.–22.02.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Konzepte einer zukunfts-fähigen Verkehrs- und Mobilitätsplanung – Rahmenbedingungen für eine nationale Verkehrsinfrastrukturplanung«, Fachtagung des 6. Greifswalder Forums »Umwelt und Verkehr«, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, 31.03.–01.04.2011, Greifswald.

Beckmann, Klaus J.: »Elektromobilität aus der Sicht der Kommunen«, Kommunaler Tag der Elektromobilität der Bundesregierung, 06.04.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Elektromobilität im kommunalen Bereich – Chancen und Herausforderungen«, Konferenz »Elektromobilität in Städten und Regionen« des Österreichischen Städtebundes, 13./14.04.2011, Wels/Oberösterreich.

Beckmann, Klaus J.: »Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was!«, 14. Mainauer Mobilitätsgespräch »Mobilität mit Zukunft – lebenswerte und mobile Stadt«, veranstaltet vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Lennart-Bernadotte-Stiftung, 09.06.2011, Insel Mainau.

Beckmann, Klaus J.: »Künftige individuelle Mobilitätsansprüche«, Veranstaltung »Mobilität von morgen – Die Zukunft des Verkehrs in der Region Stuttgart«, 27.06.2011, Stuttgart.

Beckmann, Klaus J.: »Bahnflächenentwicklung – vielfältige Optionen, aber dornenreicher Weg«, Kundenforum DB I, m – FRs Süd, 07.07.2011, München.

Beckmann, Klaus J.: »Mobilitätsanforderungen der Zukunft in den Kommunen«, Fachtagung »Kommunale Rahmenbedingungen für neue Mobilitätskonzepte der Zukunft«, veranstaltet von der Stadt Offenbach, Amt für Umwelt, Energie und Mobilität und der EnergieRegion. NRW, 27.07.2011, Offenbach.

Beckmann, Klaus J.: »Elektromobilität – Herausforderungen für die Stadt- und Regionalentwicklung«, Kongress »Lebenswelt Elektromobilität«, 09.–10.09.2011, Mannheim.

Beckmann, Klaus J.: »Mobilitätskonzepte«, Innovationsforum Schweiz-Deutschland, 28.11.2011, Schaffhausen/Schweiz.

Bracher, Tilman: »Challenges and Practice of Parking Policy in Germany«, EPA POLIS Workshop on the Role of Parking in Sustainable Urban Mobility Plans, 17.05.2011, Stuttgart.

Bracher, Tilman: Moderation Workshop »Der Mensch im Mittelpunkt. Vorrang für Rad und Füße«, VCD-Kongress »Zukunft und Visionen des Stadtverkehrs im 21. Jahrhundert«, 30.06.2011, Berlin.

Bracher, Tilman: Moderation Forum »Stadtverkehr im 21. Jahrhundert«, Fachkonferenz der Bundes-SGK »Zukunft Stadt«, 01.07.2011, Berlin-Adlershof.

Bracher, Tilman: »Lebensqualität durch umweltgerechte Mobilität«, Beitrag zu einem Fachgespräch des Sachverständigenrates Umweltschutz, 29.07.2011, Berlin.

Bracher, Tilman: Klausurgespräch zur Schwerpunktsetzung der künftigen Verkehrspolitik beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, 16.09.2011, Potsdam.

Bracher, Tilman, und Jörg Thiemann-Linden: »Stadtmobilitätspläne/Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) – Einordnung und Beispiele«, DST-Fachkommission Verkehrsplanung, 13.–14.10.2011, Strasbourg.

Bracher, Tilman: »Mobility Charging in Germany and Europe«, GAZ Workshop on Green Activity Zones, 21.11.2011, Trondheim/Norwegen.

Koerdt, Arne, Wolfgang Aichinger, Tilman Bracher und Jörg Thiemann-Linden: Moderation »Expertenforen«, im Auftrag des BMVBS zur Fortschreibung des Nationalen Radverkehrsplans 2020 (NRVP).

Koerdt, Arne: »Nationaler Radverkehrsplan, Entwicklungen, Strukturen, Projekte«, INTERREG IV A-Projekt »Radeln ohne Grenzen«, 07.06.2011, Kiel.

Thiemann-Linden, Jörg: »Arguments in Stakeholder Involvement. Building Political Support to Encourage Cycling«, Urban Mobility and the Social Space Challenge – 5th World Congress of the Global Network Cities for Mobility, 04.07.2011, Stuttgart.

Thiemann-Linden, Jörg: »Radfahren als Teil einer neuen Mobilitätskultur – Was kann man von Vorbildern wie Kopenhagen lernen?«, Forum Stadtbaukultur, 26.09.2011, Dortmund.

Thiemann-Linden, Jörg: »Kapazitätsorientierte Radverkehrsplanung – für die Vorreiterstädte«, Abschlusskonferenz des EU-Projekts PRESTO, 13.10.2011, Bremen.

Thiemann-Linden, Jörg: »Bedeutung von Rad-schnellwegen im Gesamtverkehrssystem in Deutschland«, Fachdialog Radschnellwege, 23.11.2011, Hannover.

Thiemann-Linden, Jörg: »Nahmobilität – Chancen für eine neue Mobilitätskultur«, Fünfter »Netzwerk21 Kongress« »Rio + 20«, 08.12.2011, Hannover.

Umwelt

Beckmann, Klaus J.: »Kooperationen und Vernetzung – Potenziale, Aufwand und Nutzen für einen erfolgreichen Klimaschutz in Kommunen«, 4. Kommunalkonferenz »Kooperationen und Vernetzung – aktuelle Herausforderungen für den kommunalen Klimaschutz« des Bundesumweltministeriums in Kooperation mit der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, 23.11.2011, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel«, Einführung, Fachtagung in Kooperation mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Umweltbundesamt, Preisverleihung »Anpassungspioniere gesucht!«, 12.–13.12.2011, Bonn.

Bunzel, Arno: »Klimaschutz und Klimaanpassung – vertragliche und bauleitplanerische Gestaltungsmöglichkeiten«, Difu-Seminar »Städtebaurecht aktuell: Neue umweltbezogene Anforderungen«, 17.06.2011, Berlin.

Rösler, Cornelia: »Aktuelle Entwicklungen im kommunalen Klimaschutz«, Sitzung der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, 05.–06.05.2011, Mainz, 29./30.11.2011, Nürnberg.

Rösler, Cornelia: »Klimaschutz in Kommunen«, UmweltamtsleiterInnen-Konferenz, 19.05.2011, Koblenz.

Rösler, Cornelia: »Kommunaler Klimaschutz: Handlungsansätze, Potenziale und Praxisbeispiele«, Fachkonferenz »Zukunft Stadt« der Bundes-SGK, 02.07.2011, Berlin.

Rösler, Cornelia: »Bilanz und Ausblick zur Förderung im kommunalen Klimaschutz«,

Umweltausschuss des Deutschen Städtetages, 01.12.2011, Hannover.

Thoß, Nadine: »Vorstellung der BMU-Klimaschutzinitiative – Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Informationsveranstaltung des Nachhaltigkeitszentrums Thüringen, 22.11.2011, Erfurt.

Thoß, Nadine: »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Informationsveranstaltung des Kreises Stormarn, 30.11.2011, Bad Oldesloe.

Thoß, Nadine: »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Informationsveranstaltung des Nachhaltigkeitszentrums Thüringen, 06.12.2011, Sondershausen.

Verbücheln, Maic: »Optimierung des Rücklaufs von Gasentladungslampen«, 9. Fachkonferenz Entsorgung von Elektro-Altgeräten des VKS im VKU, 15.02.2011, Hannover.

Verbücheln, Maic: »BahnflächenEntwicklungs-Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen (NRW)«, CircUse-Veranstaltung »Conception of the Future Agency«, 3.–4.03.2011, Bärnbach/Österreich.

Völker, Vera: »Förderung kommunaler Klimaschutzkonzepte«, ENNEREG Regio-Forum, 12.05.2011, Neumarkt in der Oberpfalz.

Vorwerk, Ulrike: »Kommunaler Klimaschutz«, Fachtagung »Ambitionierten Klimaschutz voranbringen: Impulse der Nationalen Klimaschutzinitiative« des BMU, 20.10.2011, Berlin.

Vorwerk, Ulrike: »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz – Information und Beratung für Kommunen«, Fachtagung »Kommunale Klimapolitik« der Stadt Syke, 04.11.2011, Syke.

Wittkötter, Franziska: »Das Angebot der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, Sitzung des Fachbereiches »Naturschutz, Umwelt und Tourismus« des Deutschen Tourismusverbandes, 04.05.2011, Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Wittkötter, Franziska: »Kommunale Klimaschutzkonzepte – Erfahrungen der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, Tourismusbarometer – 5. Touristisches Forum 2011 der Finanzgruppe Ostdeutscher Sparkassenverband, 10.10.2011, Potsdam.

Wittkötter, Franziska: »Klimaschutz in Kommunen: Praxisleitfaden des Difu – Interne Organisationsstrukturen – Klimaschutzmanager«, Fortbildung »Klimaschutzmanager in Kommunen« des BEW Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH, 15.11.2011, Essen.

Wittkötter, Franziska: »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen – Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative«, Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften e.V., 24.11.2011, Berlin.

Wittkötter, Franziska: »Die Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz – Information und Beratung für Kommunen«, Hessisches Umweltministerium, 07.12.2011, Wiesbaden.

Steuerung und Aufgabenorganisation

Libbe, Jens: »Rekommunalisierung im Spiegel der städtischen Energieversorgung von morgen«, Veranstaltung »Neue Energien für Berlin.

Perspektiven der Energieversorgung in kommunaler Verantwortung«, Arbeitskreis »Linke Metropolenpolitik«, 12.01.2011, Berlin.

Libbe, Jens: »Rekommunalisierung als Option – Aktuelle Diskussionslinien«, Hofgeismarer Gespräche zur Gemeingüterwirtschaft »Der öffentliche Wassersektor in Deutschland«, Evangelische Akademie Hofgeismar und Deutsches Institut für Urbanistik, 28.–29.06.2011, Hofgeismar.

Libbe, Jens: »Rekommunalisierung – Trend oder Chance für Kommunen?« Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Professur Verwaltungsmanagement/New Public Management, Lehrveranstaltung »Modernisierung des öffentlichen Sektors«, 24.11.2011, Leipzig.

Libbe, Jens: Lehrbeauftragter »Governance öffentlicher Unternehmen« an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

Libbe, Jens: Interview »Rekommunalisierung und die Situation der Berliner Wasserbetriebe«. RBB-Morgenmagazin, 12.02.2011, Potsdam.

Libbe, Jens: Talkrunde »Kommunen in der Schuldenfalle – Was kommt auf die Bürger zu?«. Sendung NDR Info REDEZEIT, 16.02.2011, Hamburg.

Libbe, Jens: Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge der Landesregierung Brandenburg. Anhörung im brandenburgischen Landtag, 08.09.2011, Potsdam.

Libbe, Jens: Interview »Rekommunalisierung als Trend?«, DEMO – Demokratische Gemeinde, Berlin, November 2011.

Weitere Themen

Beckmann, Klaus J.: »Kultur der Stadt – Stadt der Kultur«, Bewertung des Entwurfs der Leitidee im Rahmen der Prüfung und Vorbereitung einer möglichen Bewerbung der Stadt Freiburg um den Status »Kulturhauptstadt Europas«, 25.05.2011, Freiburg i.Br.

Floeting, Holger: »Innovations- und Technologiepolitikforschung an einem kommunalwissenschaftlichen Institut«, Jahrestagung Arbeitskreis »Geographie der Kommunikation und Telekommunikation« der Deutschen Gesellschaft für Geographie, 30.06.2011, Berlin.

Grabow, Busso: »Rankings und Vergleiche, Ein Überblick«, Difu-Seminar »Indikatoren, Benchmarks, Städterankings – Zahlenspielerei oder Grundlage informierter Stadtpolitik«, 03.11.2011, Berlin.

Grabow, Busso: »Städterankings und Messung von Stadtqualitäten«, Arbeitsgruppe/Programm »Future Urban Industries« der Stiftung Neue Verantwortung, 11.11.2011, Berlin.

Seidel-Schulze, Antje: »Vergabe von Umfragen und Qualitätssicherung«, Frühjahrstagung des VDSt, AG Methodik, 12.04.2011, Bielefeld.

Seidel-Schulze, Antje: »Vom sektoralen zum integrierten Monitoring – Beispiele für kommunales Monitoring«, 19.09.2011, Leipzig.

Strauss, Wolf-Christian: »Stärken- und Schwächenanalyse für das technische Referendariat mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen und Empfehlungen für eine entsprechende Marken- und Imagebildung – Präsentation der Untersuchungsergebnisse«, 83. Bundestreffen des Bundesverbands der technischen Referendare, 25.03.2011, Hannover.

Deutsches Institut für Urbanistik



Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

Telefon: 030/39 001-0
Telefax: 030/39 001-100
E-Mail: difu@difu.de

www.difu.de